

Protokoll der 47. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Mittwoch, dem 13. Oktober 1993; Beginn: 09.00 Uhr; Berlin, Reichstagsgebäude; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949–1989“

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 133

Podium

„Der Prager Frühling 1968 und seine Folgen in der CSSR, in den sozialistischen Nachbarländern, insbesondere in der DDR und der VR Polen, sowie im Ost-West-Verhältnis“

unter der Leitung von Gert Weisskirchen 135

Zdenek Mlynar 136

Anna Sabatova 141

Gerd Poppe 145

Timothy Garton Ash 151

Diskussion 156

Podium

„Solidarnosc 1980/1981 und die Folgen in Polen, in den sozialistischen Nachbarländern, insbesondere in der DDR, sowie im Ost-West-Verhältnis“

unter der Leitung von Markus Meckel 197

Wojciech Wiczorek 199

Artur Hajnicz 203

Ludwig Mehlhorn 208

Timothy Garton Ash 215

Diskussion 218

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Am gestrigen Tag haben wir uns zunächst besonders mit dem Berlin-Problem und den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik in der Zeit von 1949 bis 1989 beschäftigt. Heute arbeiten wir an der gleichen Thematik weiter, wählen aber eine andere Optik. Ging es gestern vor allem um die Auswirkungen der internationalen Politik auf die Entwicklung der Deutschlandproblematik und damit um eine außenpolitische Betrachtungsweise, so werden wir uns heute mit Vorgängen außerhalb Deutschlands beschäftigen, die neben allen gesamteuropäischen Folgen auch wesentlichen Einfluß auf die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland gewannen.

Der Prager Frühling des Jahres 1968 und sein Ende durch die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR ist auch vielen in diesem Saal – so vermute ich – noch in lebendiger Erinnerung. Was Alexander Dubcek und andere damals erreichen wollten, den Sozialismus mit menschlichem Antlitz, erschien uns in der DDR als eine kühne Utopie. Mit größter Spannung hörten wir die Sendungen von Radio Prag, in denen davon berichtet wurde, wie die Tschechen und Slowaken darangingen, diesen Traum in die Realität umzusetzen. Die Zeitschrift „Im Herzen Europas“, die in Prag gedruckt wurde und zunächst auch noch in der DDR verbreitet werden konnte, vermittelte uns weitere Eindrücke von der lebendigen Diskussion, an der breiteste Kreise der Gesellschaft unter Führung der Intellektuellen in unserem Nachbarland beteiligt waren. Selbst die Zeitschrift der Prager Allchristlichen Friedenskonferenz, die bis dahin ein regimetreues Winkelblättchen gewesen war, gewann damals Farbe und Leben.

Um so größer war das Entsetzen, als das mit militärischen Machtmitteln zerstört wurde, was da mit friedlichen Mitteln in der Tschechoslowakei schon erreicht worden war. Als auch die letzten der illegalen Sender verstummt waren und die Emigranten aus der CSSR in ihren westlichen Zufluchtsorten Einzelheiten darüber zu berichten begannen, wie die kommunistischen Machthaber den Sozialismus mit menschlichem Antlitz ausgelöscht hatten, verbreiteten sich bald Verbitterung und Resignation auch in der DDR.

Die vielfältigen Proteste gegen die Beendigung des Prager Frühlings, die es auch in der DDR gegeben hatte, verstummten bald. Wenn sich die SED-Machthaber insoweit auch bald wieder sicher glauben konnten, so lernten die Menschen in der DDR durch die Prager Ereignisse doch eine Lektion, die sie auch in der Wende des Jahres 1989 noch beherzigten: Jede grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse in einem Staat des östlichen Machtblocks mußte im Zusammenhang der politischen Entwicklung im gesamten östlichen Machtbereich geplant und durchgeführt werden.

Seit dem Jahr 1968 lernten die DDR-Bürger, in ihrem ummauerten Land wieder international zu denken. Sie hatten erlebt, was ein freier Austausch der

politischen Ideen bedeutet. Sie hatten eine Ahnung davon bekommen, wie eine freie Gesellschaft ihre Geschicke im Widerstreit der Meinungen selbständig gestaltet.

Als in Polen die Solidarnosc-Bewegung als eine Bewegung der Industriearbeiterschaft, die die Kirche und die Intellektuellen unterstützten, zur gestaltenden Kraft wurde, lernten die DDR-Bürger wieder eine neue Lektion. Die Faszination der politischen Freiheit verband sich nun mit der Einsicht, daß politische Freiheiten nicht von Einzelkämpfern erstritten werden können. Der paktgebundenen Vernetzung der Machthaber mußte die Vernetzung der Unterdrückten in den Ländern des Warschauer Vertrages entgegengesetzt werden. Waren die Menschen in der DDR 1968 noch weitgehend Zuschauer geblieben, so entstanden seit den Jahren 1980/81 erste Formen einer internationalen Koordination. Wir suchten über die Staatsgrenzen hinweg, die die Machthaber abzuriegeln versuchten, den Kontakt zueinander und begannen, darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen die friedliche Opposition Erfolg haben könnte.

Gewaltsame Aufstände konnten die Machthaber mit militärischen Mitteln beenden. Einer friedlichen Opposition war so nicht beizukommen. Aus scheinbarer Schwäche wurde so allmählich eine Kraft, die eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken konnte.

Die Menschen in der CSSR und in Polen übernahmen damit die Funktion von Lehrern, die es den anderen Völkern in der realsozialistischen Staatengemeinschaft vormachten, wie sich mit Mut, Zähigkeit und Klugheit etwas verändern läßt.

Bereits zu Beginn der 80er Jahre erkannten kluge und fachkundige Beobachter zudem, mit welcher Geschwindigkeit der Realsozialismus seinem wirtschaftlichen Ende entgegengilte. Die ererbten Ressourcen waren verbraucht. Eine aufgeblähte Rüstungsindustrie und ein gigantischer Sicherheits- und Militärapparat verschlangen, was die Wirtschaft der sozialistischen Staaten noch zu leisten vermochte. Als sich dann schließlich auch noch die internationalen Rahmenbedingungen durch den Wandel in der Sowjetunion grundlegend zu verwandeln begannen, mußten die kommunistischen Machthaber dem Druck der gewaltfreien Opposition weichen.

In der Vorgeschichte der Wende des Jahres 1989 haben der Prager Frühling und der Kampf der Solidarnosc-Bewegung in Polen ihren unverwechselbaren und notwendigen Platz. Diese veränderten zuerst das gesellschaftliche Bewußtsein innerhalb der sozialistischen Staaten, wirkten dann im KSZE-Prozeß auch auf das Ost-West-Verhältnis insgesamt ein und können auch heute noch für die Neugestaltung Europas wichtige Anregungen vermitteln.

Ich bin froh darüber, daß wir heute polnische und tschechische und slowakische Nachbarn unter uns haben und mit ihnen über diese zwei Geschehnisse, die, wie ich versuchte anzudeuten, erheblichen Einfluß auf unsere innenpoliti-

schen Verhaltensweisen und Entwicklungen hatten, miteinander ins Gespräch kommen können.

Ich bitte nun Gert Weisskirchen, daß er das erste Gespräch leitet. Ich wünsche uns allen einen guten Tag und hoffe, daß wir begreifen, daß wir auch in Europa in einem Haus sind.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Wenn man das Jahr 1968 in den letzten beiden Ziffern vertauscht und die 6 auf den Kopf stellt, kommt eine andere Zahl heraus, nämlich das Jahr 1989. In der Tat hat 1968 etwas mit 1989 zu tun. Gestern haben wir schon über 1968 – indirekt aus westlicher Sicht – geredet. Heute reden wir über 1968 aus der Perspektive der Mitte Europas; denn Prag liegt westlicher als Wien, worauf die Prager in jener Zeit, die wir heute debattieren, immer hingewiesen haben.

Ein Zweites darf hinzugefügt werden, um die Mehrstimmigkeit der Zahl 68 deutlich zu machen. Petr Uhl, der Mann Frau Anna Sabatovas, die ich herzlich unter uns begrüße, war 1968 nicht nur in Prag, sondern auch in Paris, und er erfuhr dort, was Studentenrevolte hieß. Ein anderer 68er, der heute nicht hat kommen können, Adam Michnik, war einer der Studentenfürher in Warschau. Er ist dort einer der wesentlichen Vorantreibenden gewesen, die die Verknüpfung des Jahres 1968 zwischen Polen und Westeuropa hergestellt haben.

Ein anderer 68er, der gestern auch schon einmal erwähnt worden ist, der Freund unseres Kollegen Manfred Wilke, nämlich Rudi Dutschke, hat im April 1968 an der Prager Universität eine lebhaftige Debatte geführt, und er hat sich verwundert gezeigt, als er nach West-Berlin zurückkam, wie denn dort über die Perspektive des Jahres 1968 debattiert worden ist, nämlich eher aus einer Sicht, die man damals die eines philosophischen Existentialismus nennen konnte, während er mit einem undogmatischen marxistischem Ansatz versuchte, mit seinen Kommilitoninnen und Kommilitonen in Prag zu debattieren.

Das Jahr 1968 ist also wohl auf der einen Seite ein Jahr der Hoffnungen und auf der anderen Seite mit dem 21. August ein Jahr der Niederlage, ein Jahr des Schmerzes und der Melancholie, nämlich der Melancholie der verlorenen Selbstbestimmung der CSSR.

Alexander Dubcek hat dazu in seinem Buch „Im Namen der Freiheit“ einiges geschrieben. Ein anderer, Timothy Garton Ash, hat das Jahr noch einmal in seinem großen Buch „Im Namen Europas“ reflektiert. Er ist einer, der, damals verschlagen nach Ost-Berlin, mit einem ganz anderen wissenschaftlichen Auftrag miterlebte, wie von innen her die Zerfallsprodukte dessen, was nach 1968 eintrat, deutlich wurden, nämlich die Rekonstruktion oder in vielen Punkten überhaupt erst die Konstruktion, der Aufbau einer zivilen Bürgergesellschaft.

Zdenek Mlynar, ich frage mich häufig: Welche Bedeutung hat das Jahr 1968

für Sie gehabt? Hat es über die Niederlage hinaus vielleicht die Bedeutung gehabt, daß mit dem Sieg der Militärs nicht eigentlich etwas anderes begonnen hat, nämlich der Sieg dessen, was dort besiegt werden sollte? Breschnew sprach davon. Die damalige CSSR, 1968, sie ist der Beginn einer bürgerlichen Demokratie, einer bürgerlichen Gesellschaft. Das mußte zerstört werden.

Ist nicht mit dem Sieg der Militärs die Grundlage für den späten Sieg derer gelegt worden, die versucht haben, sich gegen die damaligen Formen der kommunistischen Nomenklatur aufzulehnen? Ich frage mich, Zdenek Mlynar: Wie hat das jemand erlebt, der 1968 selbst eine führende Rolle in der KPC, Mitglied des Präsidiums gespielt hat?

Vielleicht kann uns Zdenek Mlynar auch noch etwas Zusätzliches sagen. 1968 selbst ist ja vielleicht auch erst durch die bitteren Erfahrungen entstanden, die in den 50er Jahren gemacht worden sind. 1956 – vielleicht kann er das reflektieren. – Zdenek Mlynar, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Wie ich persönlich das Jahr 1968 erlebt habe und welche Konsequenzen ich damals daraus gezogen habe, habe ich auch schon versucht, in einem Buch zu schildern, und zwar in dem Buch „Nachtfrost“. Es wurde 1978 geschrieben und ist 1988 in zweiter Auflage in Deutschland erschienen.

Am Anfang der Debatte möchte ich ein paar Bemerkungen dazu machen, wie ich die Bedeutung des Prager Frühlings für die weitere Entwicklung – nicht nur in der damaligen Tschechoslowakei, sondern auch in anderen Nachbarländern und wahrscheinlich auch für die Ost-West-Beziehungen – sehe.

Die konkreten Dinge, die ich erlebt habe, als ich zum letzten Mal die lebenden Fossilien, von Breschnew angefangen und mit Schiwkow endend, in Preßburg und an anderen Orten traf, können wir in der Diskussion als ein belebendes Moment nutzen.

In der Einleitung möchte ich drei Bemerkungen formulieren.

Erstens. Was war das Jahr 1968 in der Reihe der Versuche, das sowjetartige System nach dem Tode Stalin zu ändern? Ich würde sagen, das Jahr 1968 war wahrscheinlich der letzte noch denkbare Versuch, für das System bedeutende Reformen gleichzeitig von oben, also auf Grund einer Initiative der herrschenden kommunistischen Partei, aber auch schon von unten mit einem Druck der Gesellschaft durchzuführen. Es war aus unserer Sicht – damit meine ich die damaligen Reformkommunisten oder sogar die damalige Führung der Reformkommunisten – nicht, wie Herr Eppelmann gesagt hat, eine Utopie. Sonst hätten wir damit nicht anfangen können.

Mir wird auch immer die Frage gestellt: Habt ihr denn nicht gewußt, daß die Russen kommen müssen? Ja, das haben wir zum Teil schon gewußt. Aber man kann nicht eine neue Politik machen und gleichzeitig davon überzeugt sein, daß das nur schiefgehen kann, weil die Panzer kommen. Aus dieser Sicht war

es auch psychologisch nicht denkbar, das nur als eine Utopie zu verstehen. Aber es war meiner Meinung nach gerade im Falle der Tschechoslowakei damals nicht nur eine Utopie, sondern eine gewisse Möglichkeit, sicher eine relative und begrenzte, aber immerhin eine der Tschechoslowakei eigene Chance des praktischen Ausbaus von Sozialismus. Da es in Jugoslawien gelungen ist, haben wir geglaubt und gesagt: Warum denn nicht auch bei uns? Auch wir hatten dafür gewisse günstige Bedingungen. Das heutige Schicksal von Jugoslawien ist kein Argument dagegen, daß das jugoslawische Modell in den Jahren von 1955 bis 1965 in gewissem Sinne funktionierte und eine gewisse Anziehungskraft hatte.

Was war bei uns die besondere Realität? Warum haben wir geglaubt, es gebe innerhalb der KPC ein Reformpotential, das eine realpolitische Kraft sein könnte? Im Unterschied nicht nur zu Deutschland, wo man die DDR immer als Fortsetzung der Ostzone begriffen hatte, sondern auch im Unterschied zu Polen und im Unterschied zu Ungarn war die Tschechoslowakei ein Land, in dem nach dem Jahre 1945 das sowjetartige System doch mit gewisser Unterstützung von einem großen Teil der Bevölkerung – ungefähr 30 % oder mehr – getragen wurde. Bei den Wahlen 1946 wurde die kommunistische Partei die stärkste Partei.

Ich kann persönlich sagen – ich habe das erst nachher mit den Gefühlen von polnischen Kollegen, damals Genossen, vergleichen können –, daß ich nie das Gefühl hatte, wenn hier Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und freie Wahlen sowie – nicht am Anfang – die Konkurrenz von mehreren Parteien und die Arbeiterselbstverwaltung usw. kämen, ich an der Laterne aufgehängt gehörte. Nein, das war bei uns nicht der Fall. Wir haben eine gewisse, auch historisch begründete Unterstützung gefühlt.

Deshalb gab es diese trügerische Überzeugung, daß unsere Abhängigkeit von Moskau eigentlich nicht so wahnsinnig groß gewesen sei. Wir dachten, wir könnten uns das leisten. Der wichtigste Fehler der Reformkommunisten damals in Prag bestand meiner Meinung nach darin, daß wir die Bedeutung des Sturzes von Chruschtschow 1964 vollkommen falsch bewertet haben. Wir haben geglaubt, das brächte eine Änderung, nicht aber eine Rückkehr zu einem Neustalinismus und ein Ende der Reformen. In dieser Meinung – heute kann ich das schon ganz offen sagen – hat mich auch einer meiner Freunde und meiner Kommilitonen in Rußland bekräftigt, ein gewisser Michail Sergejewitsch Gorbatschow, mit dem ich im Jahre 1967 in Stawropol zusammenkam. Ich hatte ihm grundsätzlich schon erzählt, was wir im Sine hatten.

Er sagte: „Weißt du, Breschnew ist eine reine Übergangsfigur. Da haben sich alle geeinigt. Der schadet niemandem. Der läßt uns alles machen, was wir da unten in den Provinzen machen wollen. Chruschtschow war schon unerträglich. Der hat mir Vorschriften gemacht, ob und in welchem

Ausmaß ich Mais in Stawropol pflanzen muß. Breschnew geht in zwei bis vier Jahren. Dann kommen einige mit der Konzeption. Das, was du da erzählst, paßt möglicherweise für die Tschechoslowakei, nicht aber für uns. Aber auch bei uns ist es notwendig, eine Reform zu machen. Alle Ostblockländer müssen für ihre Entwicklung Freiraum bekommen.“ Damit war er einverstanden.

Dann aber hat sich diese Zwischenzeit der Breschnew-Herrschaft auf ungefähr 20 Jahre verlängert, und als Gorbatschow an die Macht kam, war schon alles vorbei; nicht nur in bezug auf die Generationen und nicht nur bei uns, sondern auch in der Sowjetunion.

Da sehe ich also nicht nur utopische Momente, sondern es waren Gründe dafür vorhanden, warum wir überzeugt waren, es gehe in der Tschechoslowakei. Es gab auch eine gewisse Tradition. Die damals bestimmende Generation war die, die die Jahre von 1945 bis 1948 als politisch bestimmende Periode erlebt hatte: die Volksdemokratie, die noch nicht zum Lachen bestimmt, sondern wirklich ein Versuch war, etwas zu tun, was der Nachkriegszeit entsprach.

Dies galt insbesondere in Prag, wo die Enttäuschung hinsichtlich des Parlamentarismus nach den Erfahrungen mit München noch tief in den Knochen der Bevölkerung steckte. Da die westlichen Demokratien den immerhin demokratischen tschechischen Staat Hitler ausgeliefert hatten und die Schwäche der Parteienzersplitterung spürbar war, wollte man sich auf etwas stützen. Wer war da besser als der slawische große Bruder aus der Zeit der österreichischen Monarchie? Wir haben die Russen doch immer in gewissem Sinne geliebt, aber – im Unterschied zu Polen und den anderen – auf unserem Territorium nie erlebt. Das war der große Bruder, der sich aber – so dachten wir – nie als unerwünschter Gast bei uns längere Zeit aufhalten würde. – Dies möge erst einmal genügen. Ich glaube, daß wir das in der Diskussion vertiefen können.

Zweitens. Was sind die wichtigsten Folgen? In der Tschechoslowakei, glaube ich, waren die Folgen, daß es nach 1968, nach der Niederlage des Prager Frühlings, mit der Erwartung einer Systemänderung, die von oben kommen könnte, vorbei war. Das Reformpotential innerhalb der KP wurde durch die tiefgreifenden Säuberungen ausgerottet. Da beginnt die Entwicklung, bei der die jüngere Generation – darüber wird Anna Sabatova sprechen, weil sie dieser Generation gehört – nicht mehr daran glaubte, daß innerhalb der KPC etwas zu erwarten sei. Das gilt auch für Polen. Am Nachmittag wird darüber gesprochen werden.

Der schon genannte Adam Michnik war einer der ersten, der in den Jahren 1970/71 in Paris gesagt hatte: Nach dem Prager Frühling gibt es nur eine andere Strategie, nämlich parallele Strukturen zu gründen, nicht aber darauf zu hoffen, daß sich die demokratischen Strukturen innerhalb der offiziellen Struktur entwickeln können. Später hat er gesagt: Es gilt, nicht die Parteisekretariate anzuzünden, sondern eigene zu gründen. Das war die Lehre vom Prager Frühling bei den Oppositionellen in den Nachbarländern.

Innenpolitisch ging es darum, daß sich ein Teil der Reformkommunisten als Folge der gemeinsamen Unterstützung langsam bewußt wurde, daß die politische Freiheit und die Bürgerrechte unteilbar sind. Solange ich keine Freiheit hatte, hatte die Freiheit, sich zu äußern, auch kein katholischer Theologe, der mir vorher persönlich nicht gerade so nahe stand. Aber jetzt plötzlich waren wir beide in der gleichen Lage. Das ist die Grundursache für die Möglichkeit, daß sich eine Charta 77 dann formierte. Darüber müssen wir noch sprechen.

Was die anderen sogenannten sozialistischen Länder betrifft, so glaube ich, ist das Wichtigste, was nach dem Prager Frühling kam, die Angst vor Reformen. Die Russen und die Polen und wahrscheinlich auch Ulbricht hatten nach 1956 in der Chruschtschow-Ära die große Angst, es könne zu einem Aufstand kommen. Man dachte an den 17. Juni, an den ungarischen Aufstand, an Polen, an den Oktober 1956, an Streiks usw. Jetzt war das Gespenst der Reformen da. Man dachte, damit beginnt das. Das war der Begriff der kriechenden Konterrevolution. Es steht etwas Unbemerkbare am Anfang. Daraus kann sich etwas entwickeln. Das führte dann auch dazu, daß mit den Reformversuchen Schluß war.

Das, was in Rußland dann von Gorbatschow „Stagnation“ genannt wurde, war nicht nur eine Stagnationsperiode, sondern auch eine Periode der Unterdrückung jeden Versuchs, Reformen innerhalb des Systems ernstzunehmen. Auf russisch habe ich damals den Russen gesagt: Das ist kein „sastoi“. Das ist „sastoi i sashim“. Das ist Stagnation und Unterdrückung.

Das bedeutete dann auch international, daß sogar die kommunistische Bewegung zu dem Schluß kam: So geht das nicht weiter. Irgendwie konnte man sich den Budapester Aufstand in der KPI oder in anderen Parteien noch erklären. Es hieß, ja, das ist immerhin ein Versuch einer Konterrevolution; danach kommt Graf Esterhazy. Jetzt wußte man: Die Panzer sind nicht gekommen, um ehemalige Bodenbesitzer, Kapitalisten zu arretieren, sondern um das Politbüro der KPC in Arrest zu setzen und ein revolutionäres Tribunal vorzubereiten. Da waren sie schon vorsichtig. Danach kam die Formulierung von Berlinguer: Eigentlich bevorzuge ich es, NATO-Mitglied und nicht Mitglied des Warschauer Pakts zu sein.

International war es aber, glaube ich, auch so, daß sich die sowjetische Führung verpflichtet gefühlt hat, die irrsinnige Notwendigkeit, das mit Gewalt zu unterdrücken, zu vertuschen. Eine gewisse Erleichterung bei den nachfolgenden Verhandlungen und bei der Entspannungspolitik bis hin zu Helsinki usw. hängt wahrscheinlich auf indirekte oder gar absurde Weise mit der Unterdrückung des Prager Frühlings zusammen. Zumindest ist das offiziell immer schon so behauptet worden. Ohne die Unterdrückung des Prager Frühlings wäre es aus Sicht von Breschnew undenkbar gewesen, die Schlußakte von Helsinki zu unterschreiben.

Drittens. Die Deutschlandfrage hat damals in der Tschechoslowakei in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Rolle gespielt. Für uns als reformkommunistische Führung war die Deutschlandfrage von riesiger Bedeutung, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zuerst gab es für uns damals eine sich in statu nascendi befindende Entspannungspolitik.

Die Ostpolitik von Willy Brandt war zwar noch nicht da, aber er war immerhin schon Außenminister. Man wußte, es geht in diese Richtung. Das sage ich nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern das sage ich auch an die Adresse der Amerikaner. Die Entspannung von damals ist nicht zu vergleichen mit der Entspannung, die es 1987 oder 1988 gab.

Es war für uns damals aber eine große Hoffnung, daß es zu dieser Entspannung kommen könnte. Wir wußten, je weiter das geht, je weniger mit der Gefahr eines Krieges oder eines Konflikts argumentiert wird, desto mehr Raum kriegen wir wahrscheinlich für unsere Entwicklung. Da wollten wir uns aber nicht einmischen. Wir wollten die russischen Behörden nicht stören.

Das war aber ein Fehler. Wir haben uns so isoliert, anstatt Unterstützung zu suchen. Dies geschah in der Befürchtung, daß wir, wenn wir international gesehen aktiv wären, Moskau provozieren würden. Wir haben Moskau zwar sowieso genug provoziert, aber es hätte dann auch eine internationale Stütze gegeben. Es gab also Isolierung.

Aus dieser Sicht gesehen waren wir nicht imstande, die damals tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen positiv zu bewerten und zu entwickeln. Es herrschte sogar Angst. Obwohl der damalige Außenminister Hajek es persönlich mehrmals wollte, ist er niemals offiziell mit einem westdeutschen Vertreter zusammengetroffen. Es gab nur ein Mittagessen im Institut für internationale Politik mit einer deutschen Delegation. Schon das führte dazu, daß Ulbricht in Berlin getrommelt hat. Es hieß: Die Tschechen wollen sich getrennt, auf eigenen Wegen und auf eigene Faust mit Deutschland arrangieren.

Da spürte man in Moskau schon eine Gefahr. Für Moskau war es wichtig, daß alle Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Ostblock nur über Moskau führten, nicht aber getrennt verhandelt wurde. Wir standen unter dem Druck, das nicht zu verletzen. Auf der anderen Seite war die Sympathie für die sich in statu nascendi befindende Ostpolitik sehr groß.

Ulbricht hat damals versucht, aus den deutsch-tschechischen Beziehungen einen Konfliktgegenstand zu machen. Ich erinnere mich an die Verhandlungen in Preßburg am 3. August, wo alle Führer anwesend waren. Auch ich war dabei. Weil die Freunde der Sowjetunion bei uns nicht so gut russisch konnten, war ich dort als ZK-Sekretär und als Dolmetscher. Da sagte Ulbricht – er war persönlich immer sehr ehrgeizig –: „Ich bin nach Preßburg gekommen und dachte, da stehen Massen, die auch die DDR begrüßen. Aber ich habe nur gehört: 'Dubcek!' Dubcek!' Hängt das damit zusammen, daß ich die

tschechische Sprache nicht beherrsche?“ Damit hing es nicht zusammen. Niemand hat gerufen: „Es lebe Ulbricht!“

Auf der anderen Seite hat er immer darauf bestanden, daß in der sogenannten Preßburger Erklärung die Aussage steht: Der deutsche Revanchismus wird gerade jetzt zu einem gefährlichen Faktor. Wir haben im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten dagegen gekämpft. Ich weiß nicht, was da steht – es ist sowieso eine ideologische Formulierung –, aber jedenfalls nicht das Schlimmste, was die SED-Vertreter wollten, weil wir gesagt haben: Nein, wir haben jetzt eine internationale Etappe, wo uns keine Verschärfung der Konflikte mit Deutschland bevorsteht. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Nach dem kurzen heißen Sommer des Prager Frühlings von 1968 folgte dann der lange Winter der „Normalisierung“, wie ja diese Periode häufig auch genannt wurde. „Normalisierung“ mußten die in Prag erleiden und erleben, die dann begannen, von unten her sich selbst zu engagieren und sich zu konstituieren als das, was dann nachher in die Dissidentenbewegung führte, der Versuch, in der Wahrheit zu leben. Ich denke an Václav Havel und andere, auch Anna Sabatova. Ich erinnere mich ganz gut, Anna Sabatova, an die Anglicka 8, eine Wohnung in der Nähe des Wenzelsplatzes, welche die Anlaufadresse war für Begegnungen zwischen Ost und West, Dissidenten und denen, die auch aus dem Westen Interesse an der Entwicklung der inneren Umgestaltung Ihres Landes und der gesamten Region Ost- und Mitteleuropas von unten hatten.

Anna Sabatova: Das Thema, das für diese Anhörung vorgegeben wurde, ist ziemlich breit. Ich werde zuerst etwas über das Jahr 1968 sagen. In der Tschechischen Republik gibt es heutzutage eine gewisse Mode, die Bedeutung des Prager Frühlings herabzusetzen und ihn als einen Kampf zweier Machtfractionen in der Führung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu interpretieren; als einen Kampf, der der Mehrheit der Menschen nicht viel zu sagen hat und der mit dem heutigen Bestreben, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, nichts zu tun hat. Die Bezeichnung „68er“ nimmt in der heutigen Publizistik in der Tschechischen Republik oft einen abfälligen Anflug an.

Im Interesse der historischen Wahrheit ist es notwendig, solche Abqualifizierungen entschieden abzulehnen. Der Prager Frühling war der erste und im Grunde der einzige gesamttschechoslowakische Versuch, das damalige politische System nicht nur zu verbessern, sondern es auch zu überwinden, und zwar ein System, das in jenem Lande nach dem Februar 1948 entstanden war und sich danach 20 Jahre lang durch das Zusammenwirken zweier Faktoren an der Macht hielt: der Repression und dem Staatsdirigismus einerseits und der zuerst massiven, dann immer mehr erschlaffenden Unterstützung der Bevölkerung andererseits.

Die ganze Gesellschaft, nicht nur die Reformkommunisten, setzte sich im

Frühling 1968 in Bewegung. Diese demokratische Bewegung gefährdete das Wesen des sowjetisierten politischen Systems, selbst wenn sich die Protagonisten der Reformbewegung dessen meist nicht bewußt waren.

Erst als Folge des militärischen Eingreifens im August 1968 kam es zur sichtbaren Trennung der reformkommunistischen Strömung von der KPC, jener Strömung, die sich schrittweise seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre und dann hauptsächlich seit 1963 herausgebildet hatte.

In den 70er Jahren wirkte die reformkommunistische Strömung in der Tschechoslowakei weiter. Ihre Protagonisten, manchmal auch ihre Gefangenen, sind zu einem wichtigen Teil der pluralistischen politischen Opposition im engeren Sinn des Wortes und der unabhängigen Bewegung im ganzen geworden.

Über jene Zeit kann ich aus eigener Erfahrung berichten. Die Charta 77 war achteinhalb Jahre nach der Okkupation der Tschechoslowakei durch die Armeen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten entstanden. Die erste Hälfte der 70er Jahre war eine Zeit der tiefen gesellschaftlichen Betäubung und Hoffnungslosigkeit.

Am Anfang dieser Periode hat die Staatsmacht durch ein Dutzend politischer Prozesse die entstandene sozialistische Opposition unterdrückt. Die Opfer der Prozesse – überwiegend die Reformkommunisten, danach die Sozialisten aus der sozialistischen Partei, ehemals die Partei von Edward Benes, danach die Anhänger des Trotzismus und der extremen Linken – sind, als sie verfolgt wurden, für die nichtsozialistischen, manchmal auch antikommunistisch orientierten Personen und Gruppen glaubwürdig geworden.

Mit ihnen zusammen haben sie in den 70er und 80er Jahren kulturelle, menschenrechtliche, ökologische, religiöse, friedenspolitische oder unmittelbar politische Aktivitäten entwickelt, sei es auf der Basis der Charta 77 oder später außerhalb der Charta in anderen Initiativen.

Die 70er Jahre waren gleichzeitig die Zeit, in der Europa die Überwindung der Relikte des Kalten Krieges und die Entspannung anstrebte und in der sich der Helsinki-Prozeß der Internationalisierung der Menschenrechte vertiefte. Der tschechoslowakische Staat hatte schon im Jahre 1968 den Beitritt zum Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte und zum Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte initiiert. In der Tschechoslowakei traten die beiden Pakte am 26. März 1976 in Kraft. Anfang Januar 1977 haben die 242 Erstunterzeichner der Charta 77 ihr erstes Dokument, die Basiserklärung, die von wichtigen Artikeln der beiden Pakte ausging und sich explizit auf sie berief, publiziert.

In der Basiserklärung ging man auf ruhige, nicht emotionale Weise die von den Pakten garantierten Menschenrechte Punkt für Punkt durch – z. B. die Freiheit der Meinungsäußerung und des Glaubens, das Recht, in Beruf und Arbeit nicht diskriminiert zu werden, das Recht auf Freiheit von Furcht, das

Recht auf Bildung, das Recht, Informationen zu sammeln und zu verbreiten, das Recht, frei zu reisen usw. In dem gleichen ruhigen Ton konstatierte man, daß diese Rechte in der Tschechoslowakei nicht eingehalten werden. Fast alle zitierten Rechte und alle Beschwerden wegen ihrer Nichteinhaltung gingen von dem ersten Pakt aus. Sie betrafen also politische und bürgerliche Rechte.

Hinsichtlich des zweiten Paktes betonte man das Recht der Arbeiter und anderer Werktätigen auf die Gründung von Gewerkschaften und das Streikrecht. Verantwortlich für die Verletzung der Menschenrechte war – der Erklärung der Charta 77 nach – vor allem die politische und staatliche Macht, aber nicht nur sie. Ich zitiere: „Jeder Mensch trägt seinen Teil Verantwortung für die allgemeine Situation.“ Die Unterzeichner der Basiserklärung gaben die Bildung der Charta 77 bekannt. Durch diese Charta übernahmen sie ihren Anteil an der Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. In der Basiserklärung formulierte die Charta 77 auch die Grundprinzipien ihrer Arbeit. Man kann sagen, sie war Ideenerklärung und Statut in einem.

Die Charta war eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugung, verschiedenen Glaubens und verschiedener Berufe. Diese Menschen wurden durch den Willen vereint, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in der Tschechoslowakei und in der Welt einzusetzen. – Auch das ist ein Zitat.

Die Charta war keine Organisation. Sie hatte keine ausgefeilten Statuten und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Vor den staatlichen Behörden, vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit wurde die Charta 77 durch drei Sprecher vertreten. Diese Sprecher verantworten auch die Authentizität der im Namen der Charta herausgegebenen Dokumente.

Mit diesen und mit ein paar nicht geschriebenen einfachen Regeln konnte die Basiserklärung der Charta als praktische und ideologische Plattform 13 Jahre lang dienen. Die innere Kraft der Charta kam aus dem Bewußtsein, daß wir recht haben und dieses Recht irgendwann einmal durch die Geschichte bestätigt werden wird. Aber es war nicht weniger bedeutsam, daß wir uns in der ganz praktischen Wirklichkeit, im Dialog mit der Staatsmacht, auf die Menschenrechtspakte berufen konnten, also auf die Spielregel, die der tschechoslowakische Staat anerkannt und mit seiner Unterschrift bestätigt hatte. Sie war die ständige Quelle des angebotenen Dialogs, auch wenn es schien, daß der Staat diesen Dialog nur durch seine Unterdrückung realisierte.

Zu den Menschenrechtspakten haben wir uns und hat sich auch die Staatsmacht bekannt, denn sie hat die Pakte ja unterschrieben – wengleich nicht eingehalten. Wir haben deren Einhaltung ständig gefordert, und noch dazu haben wir die Weltöffentlichkeit informiert. Die Staatsmacht mußte dann

der eigenen Bevölkerung und der Welt ihre jeweilige, mit den Pakten im Widerspruch stehende Handlungsweise erklären.

Für die Leute, die lange Jahre um die Änderung der politischen Verhältnisse bemüht gewesen waren und mit der politischen Macht keine gemeinsame Sprache gefunden hatten, war jetzt auf einmal eine Kommunikationsbasis entstanden. Auf dieser Basis konnten sich alle um den Dialog über die Menschenrechte bemühen und ihn auch von der Staatsmacht fordern, weil eben auch diese sich offiziell zu denselben Ideen bekannte.

Ich setze voraus, meine Damen und Herren, daß das Bestreben, die jüngste deutsche Geschichte zu erkennen, zweifellos das Leitmotiv Ihrer lieben Einladung an mich für diese Anhörung war. Es geht Ihnen aber sicher auch darum, unsere jüngste gemeinsame Geschichte in Mitteleuropa aufzuarbeiten. Deswegen habe ich Ihnen eine Dokumentation über die Zusammenarbeit der Charta 77 und anderer Bürgerinitiativen mit ähnlichen Gruppen in den Nachbarländern einschließlich der damaligen DDR mitgebracht.

Es ist in einem bestimmten Sinn eine vollständige Dokumentation und meiner Meinung nach bisher ziemlich einmalig. Ich bin zwölf Jahrgänge der Zeitschrift „Informationen über die Charta 77“, „Infoch“, durchgegangen. Die Zeitschrift ist von Januar 1978 bis November 1989 herausgekommen; einmal alle drei bis vier Wochen, in den letzten zwei Jahren schon alle 14 Tage. „Infoch“, wie wir sie genannt haben, hat alle Dokumente der Charta 77 und alle Communiqués des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten, „VONS“, den die Chartisten im Jahre 1978 gegründet hatten, veröffentlicht. In „Infoch“ wurden auch die verschiedenen Petitionen, Artikel, Interviews, Feuilletons und kurze Nachrichten über die Tätigkeit der Charta und der anderen, immer zahlreicher werdenden Initiativen publiziert.

Ich habe alle Texte, die die Zusammenarbeit der Charta mit den demokratischen Bewegungen anderer osteuropäischer Staaten betreffen, gesammelt. Es sind einige hundert Seiten. Die häufigsten Kontakte haben wir mit polnischen Freunden gehabt. Eine wichtige Rolle dabei spielte die kulturelle und sprachliche Nähe zu Polen. Dann folgten die Kontakte mit Demokraten aus der DDR und Ungarn.

Erst am Ende des Jahres 1988 haben wir es geschafft, direkte Kontakte mit einigen sowjetischen Menschenrechtlern anzuknüpfen. Mit der bulgarischen und rumänischen Opposition haben wir leider keine Kontakte gehabt.

Die Anfänge in den 70er Jahren waren sehr bescheiden. Vom ersten Briefwechsel über die ersten Zusammentreffen mit Freunden aus Berlin, Leipzig, Dresden und Jena, die zu uns nach Prag kamen, ist es uns schließlich gelungen, größere gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Zum Beispiel konnten wir im Februar 1988 eine Solidaritätserklärung für Bärbel Bohley, Lotte und Wolfgang Templin, Ralf Hirsch und Werner Fischer organisieren.

Wir haben damals – unter den Bedingungen des Totalitarismus – zusammen mit Warschauer und Budapester Freunden im Laufe einer Woche 84 Unterschriften aus Polen, 78 aus Ungarn, 75 aus Jugoslawien, 4 aus der Sowjetunion und 17 von Vertretern von neuen unabhängigen tschechoslowakischen Gruppen unter die Solidaritätserklärung gesammelt.

Meine Aussage werde ich mit einem kurzen Resümee über die Kontakte zwischen den tschechoslowakischen Menschenrechtlern und den DDR-Menschenrechtlern und Friedensaktivisten schließen. In erster Linie haben wir uns bemüht, über die unabhängige demokratische Bewegung und über die politische Unterdrückung zu informieren. Von den in „Infoch“ veröffentlichten Texten der Periode von 1978 bis 1989 bringt solche Auskünfte ungefähr die eine Hälfte der Texte, die zweite Hälfte informiert über Solidaritätsaktionen. Fünf Materialien davon referieren über die Petitionen, an denen außer den tschechoslowakischen Aktivisten und DDR-Aktivisten auch Gruppen von anderen ost- bzw. westeuropäischen Ländern teilgenommen haben.

Das erste von 39 Dokumenten zur politischen Opposition in der DDR, deren Kopien ich Ihnen zusammen mit den anderen Texten vorlege, ist der Protest des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten gegen das Urteil im Fall Rudolf Bahro. Die vorgelegte Sammlung endet mit der Solidaritätserklärung der Charta 77 und des „VONS“ mit den im Oktober 1989 in Leipzig inhaftierten demokratischen Aktivisten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herzlichen Dank. – Anna Sabatova war selber eine Zeitlang Sprecherin der Charta 77. Es ist toll, daß sie uns Materialien überläßt. Wir können das gut gebrauchen. Wir brauchen dann allerdings auch eine gute und sorgfältige Übersetzung der Texte.

(Anna Sabatova übergibt die Dokumente dem Vorsitzenden Rainer Eppelmann – Beifall)

Es schließt sich fast zwangsläufig dann auch die Frage an, wie die innere Kooperation innerhalb der damaligen sozialistischen Staaten – man zögert fast, diese Worte zu benutzen, aber sie hießen nun einmal so – aussah, was sie voneinander gelernt haben und wie sie aufeinander verwiesen haben. Nicht zuletzt das Jahr 1989 – darauf hat ja auch Timothy Garton Ash noch einmal in aller Deutlichkeit hingewiesen – hat ja etwas zu tun mit der Entwicklung der inneren Opposition und den Dissidenten in den unterschiedlichen Staaten Ost- und Mitteleuropas. Gerd Poppe, gewiß einer der wichtigsten Vertreter der Oppositionsbewegung in der damaligen DDR, hat das Wort.

Gerd Poppe, MdB: Ich möchte das, was bisher Zdenek Mlynar und Anna Sabatova aus ihrer tschechischen Sicht geschildert haben, ein wenig aus der Sicht der damaligen DDR-Opposition beschreiben. Robert Havemann schrieb in der Zeitung „Die Zeit“ am 31. Mai 1968 zum Prager Frühling: Er wäre „ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen. Ein Versuch, Demokratie und Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen.“ Havemann

erwähnt im gleichen Text ausdrücklich Rosa Luxemburgs Satz: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“

20 Jahre später, im Januar 1988 in Berlin, wird dieser Satz erneut verwendet: auf Transparenten von Bürgerrechtlern und Ausreisewilligen, die längst jede Illusion verloren haben über die Verknüpfung des sogenannten realen Sozialismus mit Demokratie. Diese Tage im Januar 1988 sind wohl der Anfang vom Ende der DDR. Bis dahin vergeht aber noch eine lange Zeit.

1968 gibt es noch Hoffnung, eine Aufbruchstimmung, die auch im Zusammenhang steht – davon war gestern schon die Rede, und Gert Weisskirchen hat heute noch einige Verknüpfungen benannt – mit den Ereignissen in Paris und im Westteil Berlins, vor allem aber mit der Tatsache, daß in Prag der verhaßte stalinistische KP-Chef Novotny gestürzt wurde. Intellektuelle, Künstler und Arbeiter und vor allem auch junge Menschen in der damaligen DDR hofften darauf, daß Ulbricht der nächste sein werde. Sie hofften auf Erfolge der angekündigten Reformen in Prag.

In der deutschsprachigen Ausgabe der Prager Volkszeitung, die seinerzeit von Tausenden DDR-Bürgern abonniert wurde, war zu lesen, daß die Wirtschaftsreform nur Erfolg haben könne, wenn sie mit der Demokratisierung verbunden werde; daß Demokratisierung zunächst zwar innerhalb der Partei, dann aber darüber hinaus durch Gründung weiterer Organisationen geschehen solle, daß das Arbeitsleben demokratisiert werden solle, daß z. B. Betriebsräte gebildet werden; daß Rechtsstaatlichkeit entwickelt werden soll, d. h. vor allem Gewaltenteilung. Des weiteren hieß es, daß es Presse- und Meinungsfreiheit geben solle. All das wurde in der DDR mit großer Sympathie verfolgt.

Ein möglicher Systemwechsel schien sieben Jahre nach dem Mauerbau in weiter Ferne zu liegen. Veränderungen in der DDR schienen aber im Falle eines Erfolgs der tschechoslowakischen Reformkommunisten durchaus denkbar, selbst wenn im Augenblick kein potentieller SED-Reformer in Sicht war. Ein Erfolg des Prager Frühlings hätte möglicherweise solche Reformer auf der Bildfläche erscheinen lassen, so dachte man, bestimmt aber die Freiräume für die Opposition vergrößert.

Ich will das Scheitern des Prager Frühlings hier nicht analysieren. Dafür gibt es Berufenere an diesem Tisch. Zdenek Mlynar hat darüber sehr viel geschrieben und heute auch schon einiges dazu gesagt. Für mich von Bedeutung in meinem Eingangsbeitrag ist, daß wir mit dem Scheitern des Prager Frühlings die sogenannte Königsebene verlassen können, zu der ja auch noch Dubcek und seine Mitstreiter gehörten, ebenso wie die stalinistischen Machthaber der intervenierenden Staaten sowie auch die sich vor allem auf mehr oder weniger kluge Kommentare beschränkenden Politiker des Westens, von denen einige ja auch eher erleichtert über das Scheitern schienen, um uns anderen Akteuren zuzuwenden, denjenigen, die die folgenden 21 Jahre außerhalb der offiziellen Politik tätig wurden, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Ungarn und später

auch in der DDR, und die so wichtige Voraussetzungen für die Ereignisse des Jahres 1989 schufen.

Auf verschiedene Erfahrungen von 1968 konnten sie dabei zurückgreifen, vor allem auf die beeindruckenden Beispiele gewaltfreien Widerstands, die die Prager Bevölkerung in jenen Tagen der Weltöffentlichkeit vorführte.

In der DDR waren die Proteste immer sehr viel unscheinbarer, und es geschah, wenn überhaupt etwas geschah, alles immer sehr viel später als in Polen und in der Tschechoslowakei. Immerhin führte der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere Ulbrichts Rolle bei der Zerschlagung des Prager Frühlings wie auch die Beteiligung von NVA-Soldaten, zu Protesten von Arbeitern, Intellektuellen und Jugendlichen. Es gab Flugblattaktionen in Ost-Berlin. Diverse Verhaftungen waren die Folge. Beeindruckend ist auch die Zahl von Solidaritätsbekundungen in der tschechoslowakischen Botschaft in Berlin trotz der massiven Stasi-Präsenz.

Auch für mich wurde die Formulierung eines Protestschreibens und dessen Übergabe am 21. August 1968 in der Botschaft zum ersten eindeutig und öffentlich vorgetragenen Protest gegen das SED-Regime. Die üblichen Kampagnen der SED – Begrüßung der Maßnahmen durch die Arbeiter in den Betrieben usw. – waren weit weniger erfolgreich, als sich die SED-Führung das erhoffte. Sie wurden deshalb in vielen Betrieben schnell wieder eingestellt, worauf auch gestern schon hingewiesen wurde.

Bemerkenswert ist eine gewisse Langzeitwirkung des Prager Frühlings in der DDR. Einige seiner Ideen erreichten die DDR erst geraume Zeit nach dem Einmarsch, wobei sich allerdings eher die kleinen oppositionellen Zirkel mit ihnen befaßten, als daß sie Gegenstand eines öffentlichen Diskurses wurden.

Solche Diskussionen im kleinen Kreis hatten nun natürlich vor allem zum Inhalt, ob der Sozialismus überhaupt demokratisierbar sei, ob von oben oder von unten, wer die Träger von Veränderungen sein könnten, ob sie sich in die Institutionen begeben oder von ihnen unabhängig werden sollten. Viele wollten die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus nicht aufgeben, wengleich sie nicht unbedingt mit einer Neuauflage des Prager Frühlings rechneten.

Auch in diesem Zusammenhang will ich Havemann erwähnen. Noch wenige Wochen vor seinem Tod sagte er mir, er könne sich durchaus noch einen derartigen Versuch vorstellen. Dieser müsse dann aber in der Sowjetunion selbst zustande kommen. Vier Jahre später war es soweit. Gorbatschow erschien als Star auf der politischen Bühne. In diesem Punkt hat Havemann also recht behalten – in einem anderen wohl weniger: Nicht der Wille, Demokratie durchzusetzen, sondern der bevorstehende Zusammenbruch des Imperiums verschaffte Gorbatschow den Auftritt. Wir diskutierten auch gestern schon darüber.

Zurück nach Prag. Ich springe vom Jahr 1968 in das Jahr 1977. Erneut kam von dort der Anstoß, der unsere unfruchtbaren Diskussionen einer Klärung zuführte. Gemeint ist die Gründung der Charta 77 – Anna Sabatova hat das soeben beschrieben – mit einer Liste von Hunderten von Unterschriften in wenigen Wochen, darunter auch etliche Prominente von 1968. Es war eine Liste, von der wir bis zum Herbst 1989 in der DDR vergeblich träumten.

Auch die persönlichen Opfer, die Charta 77-Signatäre brachten, waren unvergleichlich höher als die der damaligen und späteren DDR-Dissidenten. Man denke z. B. an die mehrfachen Gefängnisaufenthalte von Václav Havel oder Petr Uhl.

Die tschechische Polizei bzw. Staatssicherheit ging in den 70er und 80er Jahren entschieden härter gegen Dissidenten vor als beispielsweise die DDR-Stasi. Es gab auch andere bemerkenswerte Unterschiede. Als ich gestern Anna Sabatova begrüßte, fiel mir die Geschichte von den beiden Stühlen ein, die in den späten 70er Jahren vor ihrer und Petr Uhls Wohnungstür standen, in der Anglicka 8, als ich sie damals ein letztes Mal besuchen konnte. Auf meine Frage erklärten Anna und Petr, daß die Stühle normalerweise von zwei Sicherheitsbeamten besetzt seien, die sie auf Schritt und Tritt verfolgten, sobald sie die Wohnung verließen. An jenem Tag aber blieben die Stühle leer, weil die Stasileute zwei Tage in der Woche frei hatten. Dies wäre nun allerdings in der Hauptstadt der preußischen Einheitssozialisten undenkbar gewesen. Dennoch ist die Geschichte nur in begrenztem Maße lustig, zumal wenn man weiß, daß dieser Zustand zweieinhalb Jahre andauerte und mit der erneuten Verhaftung von Petr Uhl endete.

Es geht mir auch weniger um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede unserer jeweiligen Verfolger, sondern mehr um die Langzeitfolgen, die die Gründung der Charta 77 in der DDR auslöste. Mit der gebotenen Verspätung gründete eine Handvoll Leute acht Jahre danach in Berlin die Initiative Frieden und Menschenrechte in der DDR. Dies war ganz im Stil der Charta, wenn auch auf viel kleinerer Flamme. Es gab drei Sprecher und Verlautbarungen zu wichtigen politischen Ereignissen, die mit Hilfe von Journalisten oder guten Freunden in den Westen gerieten, sowie die Herausgabe von Untergrundpublikationen, die mit vorsintflutlichen Methoden hergestellt wurden.

Wichtiger noch als die vergleichbare Praxis waren die inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Ziel war nicht mehr die zaghafte Reform des Einparteienstaates, sondern der Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft – dies auch als wesentlicher Unterschied der ostmitteleuropäischen Länder, die ja eine zivile Gesellschaft von früher her kannten, gegenüber der Sowjetunion. Die sozialistische Utopie wurde nun mit der gebotenen Skepsis betrachtet. Es ging weniger um die Demokratisierung des Realsozialismus als um die Demokratie schlechthin und um die Durchsetzung der Menschenrechte, wobei die UNO-Pakte wie auch die Ergebnisse der KSZE zur Begründung herangezogen wurden. Auch das

haben wir gehört. Wir sprachen auch gestern davon. Während für die erwähnte „Königsebene“ die Schlußakte von Helsinki vor allem den seit Jalta nur leicht modifizierten Status quo festschrieb, bedeutete sie für die dissidentischen Kreise über den Korb III vor allem die Möglichkeit, eben diesen Status quo in Frage zu stellen.

Der ostmitteleuropäische Dissident handelte legitim, was nicht gleichbedeutend mit legal war. Er scheute sich nicht vor kleinen, pragmatischen Schritten und ging diese mit der Selbstverständlichkeit desjenigen, der mit seinem Handeln den gewünschten Zustand vorwegnimmt, wohl um die Gefahren wissend, aber die eigene Furcht überwindend. „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ hatte Václav Havel das genannt. Hinzu kam, wie auch von Anna beschrieben, das permanente Dialogangebot an den Staat, das allerdings immer ausgeschlagen und ignoriert wurde.

So vorzugehen bedeutete natürlich, daß die Jahre zuvor diskutierte Frage nach Reformmöglichkeiten innerhalb der offiziellen Institutionen längst mit einem negativen Ergebnis entschieden war. Statt dessen wurden nun ganz bewußt eigene Strukturen entwickelt. Unverzichtbar war dabei vor allem die Herstellung von Öffentlichkeit. Ohne sich permanent um Öffentlichkeit zu bemühen, hatten Dissidenten nicht die geringste Chance. Öffentlich zu werden war sowohl die geeignete Antwort auf die Konspiration der Machthaber als auch der einzige Schutz vor ihnen.

Vielen westlichen, vor allem auch westdeutschen Politikern blieben solche Bemühungen offenbar suspekt oder weltfremd. Oft wurden sie als störend empfunden. Wandel durch Annäherung – oder welche Formeln auch immer benutzt wurden – hieß immer nur, sich den Machthabern zu nähern, mitunter auch für uns auf recht unziemliche Weise. Wann jemals wäre es einem Mitglied der Bundesregierung oder einem führenden Oppositionspolitiker eingefallen, beispielsweise die Nähe zu Jiri Dienstbier zu suchen, als der sich noch in seinem Heizungskeller aufhielt? Als er dann recht unvermittelt seine Kohleschaufel abstellte, um sogleich darauf im Sessel des Außenministers Platz zu nehmen, änderte sich das schlagartig.

Ich erinnere mich an diverse Vorhaltungen aus westlichen Politikfeldern, wir sollten doch unseren Aktionismus unterlassen. Statt dessen sollten wir ganz geduldig auf die Ergebnisse warten, die den diplomatischen und wirtschaftlichen Bemühungen eines Tages ganz sicher folgen würden. Zuerst müsse nun mal der Frieden gesichert werden. Demokratie und Menschenrechte würden dann eines Tages als später Lohn winken. Umgekehrt würde dissidentisches Tun die östlichen Staaten auf gefährliche Weise destabilisieren und damit objektiv friedensgefährdend sein.

Die Annäherung hat den Wandel nicht herbeigeführt, wohl aber zeitweise die Macht stabilisiert. Das Gegenkonzept von Havel und anderen hieß: „Die Macht der Machtlosen“. Möglicherweise ist auch diese Gegenmacht durch

die Annäherung an die Machthaber gestärkt worden. Dies geschah aber wohl eher unbeabsichtigt, wie Tim Garton Ash in seinem neuen Buch an mehreren Stellen nachweist.

Ein letztes Beispiel für die wesentlichen Impulse, die von der tschechischen und slowakischen Opposition ausgingen, möchte ich noch anführen, den Prager Appell vom März 1985. Er ist an die Konferenz für europäische nukleare Abrüstung in Amsterdam gerichtet, also an die Friedensbewegung.

Ein Zitat möge belegen, wie sich der Friedensbegriff ostmitteleuropäischer Oppositioneller abhebt von dem, was gängigerweise unter Frieden verstanden wurde:

„Nur freie und würdige Bürger können die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen garantieren. Und nur souveräne Nationen können Europa als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Partner begründen, von dem nicht die Gefahr eines globalen Krieges in die Welt ausstrahlt, sondern das ein Beispiel für wirkliches friedliches Zusammenleben ist.“

Inzwischen ist die Jalta-Teilung beendet. Aber für die meisten von uns unerwartet haben sich neue Gefahren eingestellt: Krieg und Nationalismus mitten in Europa. Der tschechische, slowakische, polnische und ungarische „Traum von Europa“ hat sich nur zum Teil erfüllt.

Ein weiterer Satz des Prager Appells möge beweisen, daß wir allen Grund haben, sehr aufmerksam auf unsere ostmitteleuropäischen Freunde zu hören:

„Wir können auch einigen bisherigen Tabus nicht aus dem Wege gehen. Eines davon ist die Teilung Deutschlands. Wenn man in der Perspektive der europäischen Einigung niemandem das Recht auf Selbstverwirklichung streitig machen kann, dann gilt das auch für die Deutschen.“

Das war also am 11. März 1985, zufällig an dem Tag, an dem Robert Havemann 75 Jahre alt geworden wäre, und es war das Jahr, in dem Gorbatschow die Hauptrolle im letzten Akt des sowjetischen Stücks übernahm. Selbstverständlich kommt der Begriff des demokratischen Sozialismus im Prager Appell nicht mehr vor, auch lange zuvor schon nicht mehr.

Was aber machten wir – also besagte Handvoll ostdeutscher Oppositioneller – in unserem Antwortbrief im Juni 1985? Wir schrieben den Begriff wieder rein. Es dauerte eben alles etwas länger in der DDR. Den europäischen Traum übernahmen wir, den deutschen aber packten wir ganz vorsichtig, noch ganz ungläubig, in jenen ein.

Es dauerte noch bis zum 10. Dezember 1987, dem Tag der Menschenrechte – fast 20 Jahre nach dem Beginn des Prager Frühlings –, an dem die Initiative Frieden und Menschenrechte in einer grundsätzlichen Erklärung vollständig auf den Sozialismus-Begriff verzichtete. Ein Stasi-Offizier wies mich im Verhör darauf hin. Ich hatte das als Mitautor selbst nicht einmal bemerkt. Auch dies muß der Ehrlichkeit halber einmal gesagt werden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): 1968 und danach schien es so, als wenn das regierende Europa den Status quo von Jalta verinnerlicht hätte. Aber wir haben ja durch die Erklärungen, die wir jetzt gehört haben, gesehen, daß sich aus dem Innern etwas anderes entwickelte. Zunächst allerdings war es so, daß dem europäischen Osten sein unglückliches Bewußtsein blieb, wie György Konrad es ausgedrückt hat.

Aber es gab auch anderes. Es gab welche, die versuchten, das zu durchkreuzen, und ein neues Europa reifte von unten heran. Tim Garton Ash hat das zunächst in seinem ersten großen Buch „Die Abwahl des Jahrhunderts“ und nun in seinem zweiten Buch beschrieben.

Aber es gab noch andere Personen, die dagegen aufgestanden sind. Als einen von ihnen möchte ich ganz herzlich Frantisek Czerny unter uns begrüßen, den Gesandten der Tschechischen Republik, und zwei andere Deutsche, Rudi Pahnke und Eva Quistorp, die ebenfalls unter uns sind. (Beifall)

Tim, wie haben Sie als Engländer das beobachtet, was in der Mitte Europas vor sich ging: Die Deutschen, verzagt und zurückhaltend, und die anderen, die Tschechen und die Slowaken, anders, mutiger, so wie es aussah?

Timothy Garton Ash: Ich möchte zunächst sagen, daß ich mich sehr freue, hier aussagen zu können. Ich halte die Enquete-Kommission in der Tat für eine sehr wichtige und gute Sache. Ich glaube, gerade die wissenschaftliche und publizistische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945, auch in der Zeitgeschichtsschreibung, ist wirklich vorbildlich gewesen. Sie hat viel zur Vertiefung der Demokratie in der alten Bundesrepublik beigetragen. Ich kann mir denken, daß das auch im Falle der SED-Diktatur langfristig die beste und wirksamste Form der Aufarbeitung dieser Vergangenheit sein wird.

Es ist schon viel Richtiges und Wichtiges gesagt worden. Ich möchte mich nur auf zwei Aspekte konzentrieren, und zwar zum einen auf das Verhältnis – es ist schon angesprochen worden – zwischen westlicher Ostpolitik – nicht nur deutscher, aber vor allem der deutschen Ostpolitik und Entspannungspolitik – und dem Prager Frühling und der Entwicklung in der Tschechoslowakei danach. Zum zweiten geht es mir um die Folgen, um die Zusammenhänge zwischen 1968 und 1989.

Erst einmal eine ganz banale Feststellung: Der Prager Frühling ist offensichtlich keine Folge der Entspannungspolitik gewesen, weil es diese Entspannungspolitik vorher nicht gab. Zwar gab es sie sicher ansatzweise im Konzept bei Willy Brandt als Außenminister. Sie haben das auch angesprochen. Das hat auch Hoffnung gegeben. Aber es gab sie noch nicht in der Praxis. Die Ostverträge gab es noch gar nicht; im Gegenteil: Es war ja noch möglich, bis zu einem bestimmten Grade sogar öffentlichkeitswirksam in Osteuropa den Einmarsch in die Tschechoslowakei mit der angeblichen deutschen Bedrohung, der Bedrohung durch den deutschen Revanchismus, zu rechtfertigen, was 1981 nicht mehr so möglich war, geschweige denn 1989.

Dann stellt sich natürlich die Frage, wie sich die Normalisierung à la Husak zu der Normalisierung à la Willy Brandt verhält. Michel Debré, der französische Außenminister, hat einmal gesagt, der Einmarsch in der Tschechoslowakei sei ein Verkehrsunfall auf der Straße zur Détente. Ich glaube, man muß nüchtern feststellen, daß der Einmarsch nicht nur ein Verkehrsunfall auf der Straße zur Détente war, sondern gewissermaßen die Mautstation auf der Straße zur Entspannungspolitik und gerade zur deutschen Ostpolitik.

Richard Löwenthal schrieb, daß die Sowjets gerade jetzt – also im Frühjahr 1969 –

„zu einer flexibleren Diplomatie zurückfanden, war sicher teilweise die Folge der Tatsache, daß sie sich nach der gewaltsamen Niederschlagung des tschechischen Reformkommunismus im eigenen Machtbereich sicherer fühlen konnten. Wandel durch Annäherung war nicht mehr zu fürchten.“

Normalisierung à la Husak war also gewissermaßen eine Voraussetzung für die Normalisierung à la Brandt.

Dann stellt sich eben die Frage: Wie könnte die Wirkung in der anderen Richtung sein, nämlich von West nach Ost? Hat die außenpolitische Normalisierung der Ostpolitik in der Tschechoslowakei die Normalisierung à la Husak, also den Versuch, eine europäische Gesellschaft mit Gewalt und Androhung von Gewalt und Einschüchterung und Gleichschaltung den sowjetischen Normen wieder anzupassen, erleichtert, oder hat sie im Gegenteil längerfristig eine Normalisierung im westlichen Sinne erleichtert?

Dazu möchte ich an dieser Stelle einen Zeugen zu Wort kommen lassen. Er heißt Václav Havel und sprach noch im Herbst 1989 in der Frankfurter Paulskirche wie folgt:

„Ihr Land hat einen großen Beitrag zur modernen europäischen Geschichte geleistet: die erste Welle der Entspannung durch seine bekannte Ostpolitik. Doch auch dieses Wort konnte so manches Mal ganz schön doppeldeutig sein. Es bedeutete selbstverständlich den ersten Hoffnungsschimmer für ein Europa ohne Kalten Krieg und Eisernen Vorhang; zugleich aber – leider – bedeutete es nicht nur einmal auch den Verzicht auf Freiheit und damit auf eine grundlegende Voraussetzung jedes wirklichen Friedens: Ich erinnere mich immer noch, wie zu Beginn der 70er Jahre einige meiner westdeutschen Freunde und Kollegen mir auswichen aus Furcht, daß sie durch einen wie auch immer gearteten Kontakt zu mir, den die hiesige Regierung nicht gerade liebte, eben diese Regierung überflüssigerweise provozieren und damit die zerbrechlichen Fundamente der aufkeimenden Entspannung bedrohen könnten.“

Soweit Václav Havel. Man kann natürlich die Gründe aufzählen, z. B. die Tatsache, daß Ost- und Mitteleuropa sowieso nur an sehr untergeordneter Stelle, nämlich an dritter Stelle, in der Ostpolitik standen. Gewissermaßen

mußte das auch so sein, und zwar bedingt durch die Tatsache, daß sich die zwischenstaatliche Normalisierung sowieso so schwierig gestaltete.

Man muß auch sicherlich die positiven Seiten des Entspannungsprozesses – auch in der Tschechoslowakei – sehen, nämlich die Tatsache, daß das Feindbild Deutschland nach diesen 20 Jahren 1989 überhaupt nicht mehr wirksam war. Die Berufungsmöglichkeiten vor allem auf die KSZE, die schon von Anna Sabatova und Gerd Poppe erwähnt worden sind, und das Helsinki der menschlichen Kontakte haben sicher eine Rolle gespielt. Aber, ich glaube, daß dieser Aspekt – von Havel sehr pointiert angesprochen – nicht vergessen werden sollte. Das gilt übrigens weitgehend noch bis tief in die 80er Jahre hinein. Auch Gerd Poppe hat das gerade erwähnt.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Folgen. Sie, Herr Mlynar, haben eine interessante Formulierung gebraucht, als Sie sagten, der Prager Frühling sei der letzte noch denkbare Versuch gewesen, den Kommunismus von oben mit Unterstützung von unten zu reformieren. Ich würde sagen, es war tatsächlich der letzte Versuch, der stattgefunden hat, den Kommunismus von oben mit tatsächlicher Unterstützung von unten zu reformieren. Aber er war noch denkbar.

Das ist ein bißchen wie die Ehe von Romeo und Julia. Weil sie nicht zustande kam, kann man nicht wissen, wie sei ausgegangen wäre. Ich sehe eine sehr wichtige Schlußfolgerung – Sie haben es vorhin erwähnt –, und ich will es nur unterstreichen. Sie lautet – in der schönen Formel von Leszek Kolakowski –: Der demokratische Kommunismus sei wie gebratene Schneebälle. Ein Widerspruch in sich. Das heißt, die Lehren, die gerade in Polen, aber dann eben auch bei der Charta 77 – ich denke an den berühmten Essay „Die parallele Polis“, aber auch an den neuen Revolutionismus von Adam Michnik – gezogen wurden, beinhalten, daß man es anders versuchen müßte, und zwar mit einer Strategie der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Das ist die wichtigste Kausallinie zwischen Prag 1968 und Gdansk August 1980, worüber wir heute nachmittag noch sprechen werden.

Ich glaube aber, daß dieses noch Denkbare auch im Jahre 1989 eine wichtige Rolle gespielt hat, nur eben nicht in Prag. Zwar ist das schöne graphische Spiel, das Sie erwähnten, nämlich die Ziffern 68 umgestellt, in Prag erfunden worden – ich habe es an einem Fensterladen im November 1989 in Prag zum erstenmal gesehen –, aber dort traf es nicht zu. 1989 war dort eben nicht 1968.

Ich denke, an drei Stellen in Europa hat diese Hoffnung eine Rolle gespielt: Zum einen – Gerd Poppe hat es erwähnt – in der DDR, wo man gerade in Oppositionskreisen gewissermaßen noch die Hoffnung auf einen dritten Weg, auf einen demokratisierten Sozialismus, gehabt hat, zum anderen noch viel mehr in zwei Städten, und zwar in Moskau und in Bonn. Das Wichtigste war natürlich Moskau.

Es steht fest, daß die berühmte Antwort von Gennadij Gerassimow auf die Frage, 1987 in Prag gestellt, „Was ist der Unterschied zwischen dem Prager Frühling und dem, was jetzt in Moskau passiert?“, „19 Jahre“ nicht einfach ein Scherz war, sondern einen tieferen Sinn gehabt hat. So war die Reformpolitik Gorbatschows – auch der Leute um Gorbatschow herum, nicht zuletzt durch den persönlichen Einfluß von Zdenek Mlynar mit seinem alten Zimmerkameraden Michail Sergejewitsch, aber auch beispielsweise durch Jakowlew, der 1968 viel in Prag war und die ideologischen Lehren, also der Prager Frühling als eine große verpaßte Chance, verstanden hat – gewissermaßen der Versuch, zum zweitenmal einen Prager Frühling zu gestalten, aus der Mitte heraus. Gorbatschow sprach noch 1989 vom Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Diese Illusionen waren sicherlich spätestens dann äußerst hilfreich, sogar entscheidend für die Entwicklungen in Ostmitteleuropa im Jahre 1989. Denn wenn die sowjetische Führung diese illusionäre Hoffnung nicht gehabt hätte, hätte sie es gar nicht versucht, einen Reformkommunismus nach Ostmitteleuropa zu bringen.

Neulich war wieder ein angebliches Komplott im Gespräch, also eine Verschwörungstheorie zu den Ereignissen von 1989. Die sowjetischen Vorstellungen gingen meines Wissens nicht viel weiter darüber hinaus, daß man über den Weg einer Reform von oben, über kleinere Gorbatschows in Osteuropa zu einer allmählichen, kontrollierten Annäherung der beiden Teile Europas und auch Deutschlands kommen könnte – aber eben nicht mehr.

Ich glaube feststellen und beweisen zu können, daß die Hoffnung des Prager Frühlings eine gewisse Rolle gerade in der Ostpolitik von Teilen der westeuropäischen Linken, insbesondere der SPD – ich sage es ganz vorsichtig: in Teilen der SPD –, in den achtziger Jahren gespielt hat. Der Reformgedanke war nämlich ein Kerngedanke des Konzeptes beispielsweise von Egon Bahr und auch von Horst Ehmke. Deswegen oder auch deswegen hat man sich so sehr auf die kommunistischen Machthaber konzentriert. Aber das Ergebnis ist höchst paradox. Ich glaube in der Tat, daß gerade die Illusionen insbesondere so mancher westdeutschen Sozialdemokraten – natürlich nicht nur – die Illusion der sowjetischen Reformpolitik, auch die Gorbatschows, verstärkt haben. Er fand sein Wunschenken, was die Reformierbarkeit des Kommunismus anbelangt, durch die Tatsache bestätigt, daß auch westliche Sozialdemokraten das Ganze gewissermaßen so sahen. So ist das Ergebnis der Geschichte höchst paradox. Die Geschichte ist viel listiger als wir.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die Geschichte geht ja auch weiter!)

Die Frage ist – damit will ich abschließen –, ob man eine solche illusionsträchtige Politik, genährt durch die Illusionen anderer, die am Ende noch hilfreich waren, als Erfolg auf dem eigenen Konto verbuchen kann. (Beifall)

Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Ich fühle mich angesprochen. Ich bin der Meinung, es geht darum, daß wir das, was hier kritisiert wurde, heute nicht wiederholen.

Was mir nicht ganz gefällt, ist, daß manchmal die Neigung zu beobachten ist, daß diejenigen als Gesprächspartner bezüglich des Geschehens im ehemaligen Ostblock zur Kenntnis genommen werden, die heute an der Macht sind. Diejenigen, die heute eine gewisse Art Opposition darstellen, sind manchmal dieselben. Das schreiben heute Petr Uhl und ich in der „Praha“ oder in der „Pravo“. Das ist absurd; aber es ist so. Ich tue das aber nicht deshalb, weil ich nicht damit einverstanden bin, was dort geschehen ist, sondern weil ich gewisse Vorbehalte habe. Darum bin ich für viele manchmal nicht mehr der richtige Gesprächspartner. Hier nicht, hier sitzen wir alle zusammen. – Das halte ich für die wichtigste Lehre aus der Vergangenheit.

Ansonsten möchte ich sagen: Es hat keinen Sinn, verschiedene Grunderlebnisse, die unterschiedliche Generationen in ihrem Lebenslauf als Ausgangspunkt gehabt haben und die sie als die wichtigsten empfinden, gegeneinander zu stellen. Man muß vielmehr versuchen, über die Generationsunterschiede hinaus das zu verstehen, was in jener Zeit als gemeinsames Ziel angestrebt wurde. In diesem Sinne, glaube ich, sind wir nicht so sehr voneinander entfernt, wie das heute manchmal aussieht.

Jetzt nur ganz kurz zu etwas anderem. Ich habe das Ganze als politisch denkbaren Versuch, und zwar nur in der Tschechoslowakei, bezeichnet. Was Leszek Kolakowski betrifft, habe ich noch seinen Versuch in Erinnerung, den polnischen Schneeball zu braten, und zwar im Jahre 1956. Es entwickelt sich alles bei ihm, bei mir, bei allen, die wir da sind.

Noch eine Bemerkung, die die Russen betrifft. 1985 oder später schuf Gerassimow das Bonmot bezüglich der 19 Jahre. Das ist alles nicht so einfach. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß Alexander Nikolajewitsch Jakowlew – Sie haben ihn genannt – eine Aufzeichnung über seine Teilnahme an einer Sitzung im August 1968 in Prag als Berater des damaligen Politbüromitglieds Mazurow hat. Er hat mir, als ich ihm 1989 in Moskau zum erstenmal begegnet bin, erzählt, ohne sich zu schämen, daß er damals in Prag war und die revolutionäre Regierung nicht zusammenbringen wollte, weil einer der Genossen so betrunken war, daß er nicht mehr wußte, wo die Sitzung stattfinden sollte. Das hat er im Jahre 1989 witzig gefunden. Da sind die Unterschiede. Ich möchte das auch heute nicht alles auf eine Ebene gestellt sehen.

Es ist auch nicht so einfach mit dem, was Václav Havel gesagt hat. Sicherlich ist es so, daß nicht alles daran gemessen werden darf, ob Václav Havel damals – meiner Meinung nach gilt das aber auch heute – inmitten des Geschehens stand. Es ging doch darum, daß die Vertreter der Charta 77 – Havel und alle anderen – im Bewußtsein des Westens auch deshalb zu anerkannten Erscheinungen aufsteigen konnten, weil die Atmosphäre der Entspannung herrschte. Daß sie widersprüchlich war, da haben Sie recht. Aber es waren nicht nur die deutschen Politiker, die ein Treffen mit Havel oder mit Walesa

in Polen abgesagt haben. Das waren doch auch andere. Nennen sie einen englischen oder einen anderen Politiker, der sich damals mit Ihnen getroffen hätte.

(Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Doch! Gab es!)

Also bitte, da muß Objektivität herrschen.

Ohne diese Atmosphäre hätten alle Dissidenten – da waren Havel, Sabatova, ich und all die anderen noch zusammen – im Westen niemals das bedeuten und bewirken können, was diese Opposition nach 1977 immerhin bedeutet hat. All die Preise, die einige der damaligen Schriftsteller bekommen haben, waren doch auch Teil der Politik, die von den Vertretern der damaligen Entspannungspolitik bewirkt worden ist.

Ich möchte nur noch sagen, daß ich bei den Gesprächen mit Willy Brandt, die ich zu diesem Thema mehrmals mit ihm gehabt habe, gewarnt habe: Setzen sie nicht auf die Bilaks und die anderen, weil deren Macht vorübergehend ist. Es sieht nur so aus, als ob sie weiter Geschichte machen werden. Das war 1987. Sie haben das zwar zur Kenntnis genommen, haben sich aber sicherlich nicht immer daran gehalten. Das ist, wenn Sie so wollen, die Tragödie der Realpolitik. Die ehemaligen Realpolitiker hasse ich eigentlich; das gebe ich zu.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Sie betrifft die persönliche Begegnung hier mit Zdenek Mlynar. Es war Ende der siebziger Jahre, als ich das erste Mal sein Buch „Nachtfrost“ in die Hand bekam, das hier schon angesprochen worden ist. Es hatte für mich damals eine große Bedeutung. Zum einen historisch, um über das, was 1968 passiert war, mehr zu erfahren, aber zum anderen in zwei weiteren Hinsichten. In erster Hinsicht war dieses Buch besonders wichtig, weil für jemanden, der in der DDR lebte, aus diesem Buch analog zu schließen war, wie auch innerhalb der DDR zwischen Partei- und Regierungsapparat Strukturen und Entscheidungsprozesse überhaupt liefen. Jedenfalls dafür, das, was man in der Zeitung gelesen hatte, besser einordnen zu können, war dieses Buch für mich ausgesprochen wichtig.

In zweiter Hinsicht hat dieses Buch für uns heute, glaube ich, eine große Bedeutung. Ich habe in seinem Buch die klare Ehrlichkeit hinsichtlich der Unterscheidung von drei Ebenen bewundert: der Ebene der Beschreibung dessen, was abgelaufen ist, der Ebene der Beschreibung dessen, was Zdenek Mlynar damals dachte, tat und weshalb er es tat, und der dritten Ebene, von den ersten beiden ganz klar unterschieden, die Meinung, die er im nachhinein zu den beiden Vorgängen hatte, sowohl zu den Ereignissen als auch zu seinen früheren Gedanken und Motiven. Gerade letzteres ist, glaube ich, etwas, was uns in bezug auf die Beschreibung der Fragen, die uns hier beschäftigen, insgesamt sehr guttut. Deshalb an dieser Stelle dieser persönliche Dank.

Ich will jetzt auf einige Sachfragen kommen. Es ist schon gestern die Diskussion über die Bedeutung Gorbatschows geführt worden. Es wurde die Frage gestellt, wieweit es in der Sowjetunion eine Reformelite gegeben hat. Ich bin dankbar, daß mit dem, was jetzt noch einmal gesagt worden ist, meiner Meinung nach klar bestätigt wurde, daß es eine solche Reformelite gab und daß gleichzeitig ihre Begrenzung auf eine Reform des sozialistischen Systems und der Wirtschaft deutlich herauskam.

Drei Fragen hätte ich, und zwar insbesondere an die nicht in Deutschland lebenden Gäste. Erste Frage: Die tschechischen Gäste sprachen von der moralischen Haltung, der inneren Notwendigkeit, die man in sich fühlte, die man immer nur erst einmal für sich selbst haben kann, nämlich ein Leben in der Wahrheit zu führen. Wir haben dies – auch ich selbst – früher so ausgedrückt, daß man sich, auch wenn man nicht unbedingt glaubt, politischen Erfolg mit dieser Haltung zu haben, morgens noch im Spiegel anschauen können muß. Dies ist ein ganz wichtiges Motiv moralischen politischen Handelns. Wann hat sich dieses Motiv in der Tschechoslowakei um den Aspekt erweitert, daß man wirklich glaubte, daß sich das System durch das konkrete politische Aktivsein verändern läßt? Kann man da Zeitpunkte angeben? Das ist natürlich schwierig; aber eine Antwort auf meine Frage wäre für mich interessant.

Meine zweite Frage ist von Zdenek Mlynar zum Teil schon beantwortet worden. Sie bezieht sich auf den Beitrag, den die Opposition in Ostmitteleuropa für die Veränderung des Herbstes 1989 und die Gesamtveränderung, die natürlich schon vorher ansetzte, geleistet hat. Es wird oft so dargestellt, als wenn die gesamten Veränderungen, die im Osten Europas passiert sind, eigentlich nur ein Reflex auf das Handeln im Westen sind. In bin da anderer Meinung; auch Zdenek Mlynar hat darüber gesprochen. Ihre Einschätzung, wie man die Gewichte verteilen kann, wäre mir wichtig.

Das letzte, eine sehr aktuelle Frage: Welche Lehren ziehen wir aus der Vergangenheit, aus der Auseinandersetzung über Stabilität und Menschenrechte, also über die Grundfragen der Ostpolitik, wenn wir uns z. B. unser Verhältnis zu China ansehen? Wir haben im Bundestag im Laufe des letzten Jahres so manche Debatte zu dieser Frage geführt. Die Bundesregierung hat entsprechend gehandelt. Es ist klar, daß Deutschland nicht unberücksichtigt lassen will, daß China eine Stimme im Sicherheitsrat hat. Aber was ist Ihre Meinung: Wie sollte man z. B. China gegenüber reagieren, wenn man Lehren aus der Ostpolitik ziehen will?

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Meine erste Frage richtet sich an Frau Sabatova. Mir ist aufgefallen, daß Sie bei der Beschreibung der theoretischen Grundlage der Charta 77 in weitaus stärkerem Maß auf die politischen Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen als auf die KSZE abgehoben haben. Herr Poppe hat im Hinblick auf die Formulierung der theoretischen Grundlagen der Gruppe Frieden und Menschenrechte sehr stark die KSZE betont. Ich sage das deshalb,

weil es nahegelegen hätte, wenn sich die Charta 77 sehr stark auf die KSZE berufen hätte. Wir haben schon gestern die Diskussion darüber bei uns anklingen lassen. Es gab auch in Deutschland eine Diskussion. Sie wurde bei uns damals sehr stark mit einer Skepsis gegenüber der KSZE geführt. Diese Skepsis gegenüber der KSZE existierte nicht, weil man den Prozeß der Annäherung, den Prozeß des Dialoges nicht wollte, sondern weil wir die Befürchtung hatten, die KSZE werde zu einem Instrument der Zementierung des Status quo.

Ein Mann, der damals die Position der Union formuliert hat, Mertes, hat immer sehr eindrucksvoll gesagt: Wenn ihr die Menschenrechte in den Staaten des kommunistischen Ostblocks einklagen wollt, habt ihr in den politischen Menschenrechtspakten eine viel stringendere Grundlage, weil sie eine völkerrechtliche Grundlage darstellen, als in der KSZE, die eher eine politische Absichtserklärung gewesen ist. Mich würde, Frau Sabatova, Ihre Einschätzung damals bei der Formulierung der Basiserklärung der Chartisten im Hinblick auf die KSZE interessieren, weil Sie hier sehr stark auf die politischen Menschenrechtspakte als theoretische Grundlage der Charta 77 abgehoben haben.

Eine weitere Frage, die sowohl an Frau Sabatova als auch an Herrn Poppe geht. Ich habe neulich durch Zufall in Reiner Kunzes Buch „Deckname 'Lyrik'“ die eindrucksvolle Geschichte über eine Lesung in Böhmen und die drei Versionen darüber von Stasi, tschechischem Sicherheitsdienst und der DDR-Botschaft in Prag gefunden. Daher meine Frage: Wie hat sich eigentlich das Zusammenspiel zwischen Chartisten und Oppositionellen in der Literaturszene der damaligen DDR ausgewirkt? Wer Reiner Kunze kennt, weiß um sein großes Engagement für den böhmischen Raum und auch um seine Kenntnisse in tschechischer Literatur. Mich würde interessieren, welche Dimension das Wechselverhältnis für die, wenn ich das so sagen darf, oppositionelle Lyrik und oppositionelle Literatur in der DDR hatte.

Eine Frage an Herrn Mlynar. Ich fand es sehr eindrucksvoll, wie Sie über Ihr Gespräch seinerzeit mit Gorbatschow berichtet haben. Hat es damals irgend jemanden auf seiten der deutschen Kommunisten der damaligen DDR gegeben, mit dem Sie sich hätten vorstellen können, ähnlich zu sprechen wie mit Gorbatschow?

Eine letzte Frage. Herr Poppe, Sie haben in ein, zwei Sätzen etwas – ich will nicht „resignierend“ sagen – bedauernd ausgeführt: Die Chartisten haben sehr schnell von der Illusion des demokratischen Sozialismus Abstand genommen. Wir haben den demokratischen Sozialismus in einen Text wieder hineingeschrieben. Der Prager Appell hat sich sehr eindrucksvoll – ich sage das jetzt einmal so – auch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Souveränität der Nationen bekannt. Wir haben das in Europa eingepackt; wir haben das nicht so formuliert. – Woran lag es, daß man bei solchen

Positionen wie „Illusion eines demokratischen Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ oder auch im Hinblick auf die nationale Frage – ich spreche das jetzt einmal sehr deutlich aus – nicht so konsequent gedacht und auch formuliert hat, wie das beispielsweise die Prager Chartisten in dem Prager Appell getan haben?

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Vielleicht darf ich eine unpolitische Zwischenbemerkung machen. Ich fand es sehr schön, daß Sie daran erinnert haben, daß Reiner Kunze derjenige ist, der sich sehr für die tschechische Literatur engagiert. Er hat eine phantastische Übersetzung der Lyrik von Jan Skacel gemacht. Diejenigen, die es interessiert, sollten einfach einmal zu den Büchern von Jan Skacel greifen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Ich habe zwei Fragen, und zwar eine an Sie, Herr Kollege Mlynar, und eine weitere an Herrn Poppe, die im Mittelpunkt unserer eigentlichen Arbeit stehen müßten.

Herr Kollege Mlynar, Sie haben angedeutet, daß es kaum nennenswerte Kontakte zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gegeben habe. Sie haben den Direktor des Instituts für internationale Beziehungen genannt. Mit ihm hatten wir sehr gute Kontakte. Es gab natürlich schon Beziehungen. Es wäre eine interessante Frage, zu untersuchen – vielleicht können das später einmal Forscher herausfinden –, ob es nicht doch Unterstützungsmaßnahmen ideeller Art gegeben hat, um den Reformprozeß auf Ihrer Seite zu unterstützen. Aber das ist nicht mein eigentliches Thema.

Ich meine, etwas anderes interessiert uns vielleicht noch mehr, nämlich die Frage: Wenn es in Reformkreisen Überlegungen, wie angedeutet, zur Veränderung des sozialistischen Systems gegeben hat, hat sich damit auch bei Ihnen, in Ihren reformfreudigen Kreisen, etwas im Hinblick auf die Einstellung gegenüber der deutschen Frage geändert? Es ist für uns natürlich wichtig, zu wissen: Wäre von dorthier gesehen eine ganz andere innere Einstellung denkbar gewesen, so wie es auch unter Gorbatschow der Fall gewesen ist, nämlich die Offenheit der deutschen Frage und nicht eine Entscheidung, die von den Vertretern der SED immer wieder klar herausgestellt worden ist?

Es gab ja Alternativen. Wir haben in unserer Kommission über eine Variante der Deutschlandproblematik noch gar nicht gesprochen, die aber möglicherweise in Ihren Kreisen diskutiert worden ist, nämlich das, was wir generell mit dem sogenannten Modell Österreich umschreiben. Warum wäre es nicht denkbar gewesen, auch im Interesse der Tschechoslowakei, eine Demokratisierung der DDR im Sinne dessen, was im Endergebnis in Österreich herausgekommen ist, zu erreichen? Wäre das etwas, was für Sie akzeptabler gewesen wäre, auch vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung: kein übermächtiges Deutschland, aber die Demokratisierung des nördlichen, des sozialistischen Nachbarn im Sinne Ihrer Vorstellungen? Vielleicht könnten Sie sich dazu ein

wenig äußern: Welche Modelle hatten Sie im Hinblick auf die künftige Lösung der deutschen Frage – natürlich eine friedliche Lösung – im Auge?

Die zweite Frage, die ich stellen möchte und die uns in den nächsten Wochen noch sehr intensiv beschäftigen wird, ist die von Herrn Poppe angedeutete. Ich kann Ihnen nicht ganz folgen, lieber Herr Poppe. Der Grundfehler des Konzepts „Wandel durch Annäherung“ und der Ostpolitik sei vor allen Dingen die Annäherung an die Mächtigen mit all den Konsequenzen für die oppositionellen Strömungen gewesen. Ich kann und will das jetzt im Augenblick nicht vertiefen; das wird wissenschaftlich aufzuarbeiten sein. Aber sollte man nicht doch gerechterweise die beiden Funktionen klar herausstellen – das wäre meine Frage an Sie –: zum einen von Regierung zu Regierung zu versuchen, über Kooperation den Handlungsspielraum a) des eigenen Landes in den sozialistischen Staaten zu erweitern und b), damit verbunden, den Druck auf Oppositionelle zu verringern, und zum anderen gleichzeitig von Gesellschaft zu Gesellschaft zu versuchen – ich könnte dazu zahlreiche Beispiele anführen –, Kontakte zu denen herzustellen, die dem System oppositionell-kritisch gegenüber eingestellt waren? Wir haben das in der Sowjetunion auf diesen beiden Ebenen versucht. Ich kann nur sagen: mit einem beachtlichen Erfolg. Sie sollten sich dazu noch einmal dezidierter äußern.

Aus Ihrer Position heraus habe ich das voll verstanden. Diejenigen, die in der Opposition standen, z. B. in der DDR, haben es als schmerzlich empfunden, daß die Regierungen es jahrelang vermieden haben, mit ihnen Kontakt herzustellen. Ich weiß das auch aus Polen. Ich weiß, daß unsere Freunde in der Solidarität das als schmerzlich empfunden haben. Aber dazu würde ich sagen: Hier wird man doch von den unterschiedlichen Ebenen ausgehen müssen, wahrscheinlich von einer Art Rollenverteilung, ohne daß dahinter eine Strategie stand. Denn der Grundgedanke der Ostpolitik war natürlich nicht nur, den Status quo zu erhärten oder die Macht der Herrschenden drüben im Sozialismus zu stabilisieren, sondern die Ostpolitik wurde auch in der Gewißheit betrieben: Nur durch eine Auflockerung der Positionen der Mächtigen kann man langfristig den evolutionären Prozeß überhaupt fördern. Das heißt, ganz sensibel in der Zusammenarbeit mit oppositionellen Strömungen zu verfahren.

Ich verkenne keineswegs, daß vieles versäumt worden ist, meine aber dennoch, daß diese doppelte Strategie – von Regierung zu Regierung und von Gesellschaft zu oppositionellen Kräften – im Endergebnis wahrscheinlich – ich werde das vorsichtig formulieren – die richtigere und effizientere gewesen ist, als etwa von der Regierung zu erwarten, daß sie sich mit der Opposition in den sozialistischen Staaten in Verbindung setzt. Das hätte natürlich wieder zu einer Versteifung der Fronten auf seiten der Herrschenden geführt, und das

konnte nicht Ziel der Auflockerungsübungen im Rahmen des Korbes III von Helsinki sein.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich möchte unter uns gerne Herrn Dr. Jerzy Sulek, Gesandter der Polnischen Republik, Außenstelle Berlin, und Herrn Ivan Majer, Gesandter der Slowakischen Republik, begrüßen. Seien Sie herzlich begrüßt. (Beifall)

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Meine erste Frage bezieht sich auf die Tschechoslowakei. Es ist immer mißlich zu fragen: Was wäre, wenn? Aber ich würde Herrn Mlynar doch gerne fragen: Wenn die Warschauer-Pakt-Staaten nicht interveniert hätten, im übrigen aber die Entwicklung in Osteuropa ähnlich weitergegangen wäre, wie würde die Entwicklung in der Tschechoslowakei dann weitergelaufen sein? Hätte sie sich etwa auf einer reformkommunistischen Linie festhalten lassen, oder wäre sie nicht über längere Frist in ein anderes Modell, das stärker einem westlichen Modell entsprochen hätte, überführt worden? Es würde mich interessieren, wie man von heute her die Tragfähigkeit des reformkommunistischen Ansatzes aus Ihrer Sicht beurteilen würde.

Meine zweite Frage bezieht sich gleichsam auf die Oppositionsbewegungen in Osteuropa aus komparativer Sicht. Gerd Poppe hat ausgeführt, daß in der DDR alles viel später und wohl auch unzulänglicher gewesen sei. Dies hätte ich gerne von allen kommentiert, auch aus der Sicht der Tschechoslowakei und von Gerd Poppe selbst. Ich würde gerne die Gründe benannt haben. Es gibt eine Reihe von Theorien: daß die Opposition schwächer war, die Fluchtbewegung in den Westen, Spätfolgen des 17. Juni 1953, ein effektiveres Repressionssystem usw. Oder sind es langfristig wirkende Faktoren oder bestimmte Festlegungen politischer Kultur in Deutschland, die sich in irgendeiner Form ausgewirkt haben? Ich würde gerne eine Einschätzung haben, wo die wesentlichen Faktoren sind.

Meine dritte Frage, die ziemlich zentral ist, bezieht sich auf das Verhalten des Westens: Wie hat der Westen auf das Scheitern des Prager Frühlings reagiert? Hat er alles in allem richtig oder falsch reagiert? Das ist doch eine der zentralen Fragen.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne eine kleine Anmerkung einschleusen. So wichtig die inneren Verhältnisse in Osteuropa selbstverständlich gewesen sind, so hat doch die westliche Politik natürlich immer versuchen müssen, verschiedene Dinge zu kombinieren. Da war z. B. immer der Sicherheitsaspekt, der eine große Rolle für die Außenpolitik spielte. Da gab es die wirtschaftlichen Interessen. Da gab es in einem weiteren Sinne die Systemkonkurrenz. Die Politik folgt ja nicht vorrangig idealistischen Zielen: das, was man für die eigenen Interessen hielt, war in der westlichen Politik selbstverständlich leitend.

Ich stelle nicht in Abrede, daß die Frage der inneren Verhältnisse in

Osteuropa, etwa der Menschen- und Bürgerrechte, eine größere Rolle in der westlichen Politik hätte spielen müssen. Aber es wäre weltfremd, anzunehmen, daß Außenpolitik nicht auch die anderen Faktoren zu berücksichtigen hätte. Gerade die Sicherheitspolitik hat eine große Rolle im westlichen politischen Kalkül gespielt.

Vor diesem Hintergrund gefragt: Ist es nicht letztlich die westliche Politik, die Entspannungspolitik, wie das etwa Mlynar gesagt hat, auch deshalb sinnvoll gewesen, weil sie die Bedrohungsängste, die es auf Grund des historischen Erbes, auf Grund der Erinnerung und auf Grund deutscher Politik gegeben hat, abbauen konnte, so daß später nicht mehr in ähnlicher Weise wie in Prag verfahren werden konnte? Das hat auch Garton Ash gesagt. Das Klima hat sich auf Grund der Entspannungspolitik auch in Osteuropa verändert. Ist diese für die inneren Verhältnisse bedeutsame Veränderung nicht auch der Entspannungspolitik alles in allem gutzuschreiben?

Weiterhin: War der KSZE-Prozeß nicht ein entscheidendes Moment, um die Verhältnisse in Osteuropa aufzulockern? In diesem Zusammenhang, Herr Ash, an Sie eine Frage. Sie zeigen in Ihrem Buch – sie haben das hier eben auch wieder gesagt –, daß viele Folgen der Politik geradezu paradox waren, daß gerade das, was man annahm, daß es die Folge des eigenen Handelns sein würde, nicht eintrat und daß andere Dinge eingetreten sind. Aber heißt dies nicht, insgesamt betrachtet, daß im Grunde genommen westliche Politik allenfalls Rahmenbedingungen für die Veränderung der Verhältnisse in Osteuropa schaffen konnte, während alle unmittelbaren Einflußnahmen Gefahr liefen, sozusagen kontraproduktiv im Sinne der Interessen zu sein? Jedes mechanische Politikmodell mußte – so meine ich – auf Grund der Verhältnisse in Osteuropa scheitern, so daß es eher um die Rahmenbedingungen, um die Atmosphäre und um die Ermöglichung von Entwicklungschancen, auch von Demokratisierung, in Osteuropa in der westlichen Politik gehen mußte, während jede unmittelbare Einflußnahme in der Tat Repressionsmechanismen auslösen mußte.

Ich möchte also die im Westen vielfach verengte Diskussion gerne aufbrechen, die alle Prozesse in Osteuropa gleichsam als eine Folge westlicher Politik sieht. Mußte sich der Westen nicht sinnvollerweise darauf beschränken, den Versuch zu machen, die Rahmenbedingungen für die Veränderungsmöglichkeiten in Osteuropa zu verbessern?

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Meine Fragen bzw. Überlegungen richten sich an unsere beiden Gäste aus Prag. Sie hatten, wenn ich Zeitungsartikel richtig verfolgt habe, in Prag und in der Tschechischen Republik viele Diskussionen über das Jahr 1968. Wenn ich das richtig sehe, gibt es da sehr, sehr unterschiedliche Meinungen. Sie, Frau Sabatova, haben das eben mit einer Handbewegung ein bißchen weggetan. Ich würde gerne etwas über die

Diskussion, was der Prager Frühling 1968 und in Verfolg 1977 war, die bei Ihnen in den Wochen zuvor stattgefunden hat, hören.

Mich würde interessieren – dies scheint mir eine zentrale Frage für das oppositionelle Verhalten in Polen und auch in der DDR zu sein –: Was wollte man? Sie, Professor Mlynar, haben eben gesagt: Sie wollten einen Reformkommunismus. Sie wollten eine Reform hin zu einem demokratischen Sozialismus oder wie immer man das im einzelnen nennen mag. Aber Sie wollten nicht aus dem Kommunismus aussteigen, sondern Sie wollten einen reformierten Kommunismus. – Meine Frage wäre: Wollte das auch die Charta 77, oder wollte sie nicht im System bleiben? Sie sind für Menschenrechte eingetreten; das habe ich verstanden, und das haben Sie sehr dezidiert dargestellt. Meine Frage ist: Welche politische Ordnungsvorstellung haben Sie konkret gehabt? Man muß das Für-Menschenrechte-Sein und Für-Freiheitsrechte-Sein in eine Ordnung einkleiden. Welche Ordnung war das? Vielleicht gab es Unterschiede zwischen 1968 und 1977 – ganz sicher sogar.

Ich fand wirklich interessant, Professor Mlynar, daß Sie auf ein Gespräch mit Gorbatschow abgehoben haben. Offensichtlich muß das Anfang oder Mitte der sechziger Jahre gewesen sein

(Prof. Dr. Zdenek Mlynar: 1967!)

– 1967 genau, gut –, also in einer Zeit, als man von Gorbatschow noch nicht sehr viel wußte, jedenfalls wir hier.

(Gerd Poppe, MdB: Überhaupt nichts!)

– Ich drücke das etwas vorsichtiger aus. Aber es gab Andropow. Es gibt eine Linie der Sowjetunion, die aus dem ZK, aus dem KGB kam.

Ich fand es interessant – jetzt komme ich zu Garton Ash –, daß Sie sagen: Gorbatschow hat noch sehr spät den Ideen des Prager Frühlings angehangen. Ich denke, auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland haben eine Menge Menschen noch sehr spät, bis in die achtziger Jahre hinein, vielleicht sogar bis in den Vereinigungsprozeß hinein, den Ideen eines reformierten Sozialismus angehangen. Vielleicht resultieren daraus die Sperren gegen die Wiedervereinigung und gegen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit ihrem nichtsozialistischen System.

Welchen konkreten Ordnungsvorstellungen – ich betone: freiheitlichen Ordnungsvorstellungen, damit kein Mißverständnis entsteht; ich meine keinen Kommunismus diktatorischer Art – haben die Menschen in Polen – darüber reden wir heute nachmittag –, bei Ihnen in Prag in der damaligen Tschechoslowakei und auch viele Oppositionelle in der DDR angehangen? Mein Eindruck ist, wenn ich das noch einmal sagen darf – ich sage das mit allem Respekt vor dem, was geleistet worden ist –: Viele Menschen und auch Oppositionelle in der damaligen DDR wußten mit der Ordnung in wirtschaftlicher und in staatlicher Hinsicht, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland haben, nicht

viel anzufangen. Um es einmal sehr überspitzt zu sagen, Herr Poppe: Hat sich Ihre Zielvorstellung, was die Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angeht, möglicherweise stärker an dem oppositionellen Geist der 68er als am positiven des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland orientiert? Diese Frage würde ich gerne in den Raum stellen.

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Frage richtet sich an Herrn Garton Ash. Sie knüpft in gewisser Weise an die Frage von Herrn Jacobsen an Herrn Poppe an. Herr Garton Ash, Sie haben meines Erachtens völlig zutreffend davon gesprochen – Sie haben das sehr vorsichtig formuliert –, daß bestimmte Teile innerhalb der SPD noch bis 1989 – vielleicht sogar noch darüber hinaus – Vorstellungen von der Reformierbarkeit des sozialistischen Systems hatten. Auch Frau Dr. Wilms hat dazu Ausführungen gemacht. Ich glaube, man kann das nicht nur auf Teile der SPD beschränken. Ein großer Teil der politischen Klasse in der Bundesrepublik hat noch bis weit in das Jahr 1990 hinein solche Vorstellungen vertreten.

Meine erste Frage: In welcher Weise, glauben Sie, haben diese Vorstellungen erstens den Auflösungsprozeß beeinflußt, insbesondere was die Betroffenen angeht, und zweitens das Denken innerhalb der bundesdeutschen Hauptstadt?

Meine zweite Frage: Glauben sie nicht, daß gerade diese Vorstellungen auch eine Langzeitwirkung weit über die Vereinigung hinaus, in diesem konkreten Fall in Deutschland, haben? Wenn Sie diese Frage bejahen, dann würde mich interessieren, welche Langzeitwirkung das haben wird.

Abg. Frau Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich glaube, man muß zunächst einmal dankbar feststellen, daß der Prager Frühling eine ungeheure Leistung war und letztlich den Indizienbeweis dafür erbracht hat, daß, wie Herr Garton Ash so schön formulierte, der Kommunismus wie gebratene Schneebälle oder etwas ähnliches ist. Herr Garton Ash, einmal ganz krass – ich bitte um Differenzierung und Verfeinerung; die letzten Redner haben es schon sehr deutlich angesprochen –: Muß man nicht eigentlich sagen, daß die 68er – Dutschke und die, die ihm nachfolgten –, eine veraltete Politik gemacht haben? Haben sie nicht gemeint, daß der Sozialismus mit menschlichem Gesicht bzw. der Kommunismus mit menschlichem Gesicht herstellbar sei, daß im Grunde genommen ähnlich veraltet die Bonner Linke und letztlich auch Gorbatschow dachte, so daß das schreckliche oder das gute Wort von ihm, „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, und auch Jelzins Weg plötzlich in einem ganz anderen Licht erscheinen?

Das Ganze ist wohl – im Moment stellt es sich so dar – die Unfähigkeit gewesen, wirklich zu begreifen, was Kommunismus von seiner Struktur her bedeutet. Dadurch entstanden Entwürfe für eine DDR-Verfassung, die noch immer – Herr Poppe hat das angedeutet – auf dem basierte, was von den 68ern an – ich greife Frau Wilms Frage auf – gedacht wurde. Was von den 68ern an, Herr Poppe, gedacht wurde, ist das nicht – leider irrtümlicherweise, würde

ich jetzt sagen – bei den Oppositionellen in der ehemaligen DDR fortgeführt worden, so daß Vorbehalte gegen die Wiedervereinigung kamen? Hat nicht das, was oft verachtet wurde und geradezu reaktionär erschien, nämlich das Festhalten an einer klaren antikommunistischen Haltung bei aller Bereitschaft und aller Offenheit, gerade mit den Betroffenen, aber auch mit Politikern der anderen Seite zu sprechen, letztlich auf der einen Seite zum immer besseren Aufbau im Westen und auf der anderen Seite zu einem Abwarten, aber auch Erwarten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in den sozialistischen Ländern in der Verbindung mit dem Ausland, das Unterstützung gab, geführt? Hat sich das nicht letztlich als zukunftsreich in der Politik erwiesen?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Meine Fragen richten sich an Frau Sabatova. Sie haben darüber berichtet, die Kontakte zwischen der Charta 77 und den Menschenrechtsgruppierungen in der DDR hätten im wesentlichen deswegen stattgefunden, um sich über die Art und Weise der Unterdrückung in beiden Staaten auszutauschen. Mich würde interessieren, Frau Sabatova: Wie sahen – vielleicht könnten Sie uns das noch einmal in Erinnerung rufen – die Methoden der Repression von staatlicher Seite Ihrer Organisation gegenüber eigentlich aus? Hat es bei Ihren Kontakten mit den DDR-Gruppierungen Hinweise darauf gegeben, daß diese Methoden in der DDR und in der CSSR identisch waren?

Beim Stichwort „Repression“ fällt mir noch eine andere Frage ein und ich würde Sie bitten, im Blick auf spätere Diskussionen in unserer Kommission hier Position zu beziehen. Das Stichwort „Repression“ bedeutet hierzulande in hohem Maße Diskussion über das Stasi-Problem. Sie haben eine ähnliche Organisation in der CSSR gehabt. Wie gehen Sie heute mit den Vertretern dieses Organs eigentlich um? Um es zuzuspitzen: Hierzulande gibt es zwei große Richtungen. Die einen sagen: Schwamm drüber. Man soll das vergessen, man soll mit diesen Leuten „normal“ umgehen; sie sollen weiter Ihrer Tätigkeit bei der Polizei oder in der freien Wirtschaft nachgehen. Die anderen sind der Meinung – und ich denke, dafür steht u. a. diese Kommission –: konsequente Aufarbeitung. Wie ist dieses Problem eigentlich in der Tschechischen Republik „gelöst“? Ist das dort überhaupt ein Problem? Wie behandeln Sie diese Leute? Schicken Sie sie in die freie Wirtschaft mit irgendwelchen Hilfgeldern, vielleicht von der KPC?

Sv. Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich möchte einige Fragen an Herrn Mlynar richten. Doch es ist mir ein Bedürfnis, ihm vorher meinen Respekt und meinen Dank auszusprechen für sein entschlossenes, prinzipienfestes Engagement in dem Hauptteil seines Lebens, dem auch seine heutigen Darlegungen entsprochen haben. Ein solches entschlossenes und prinzipienfestes Engagement hat es zumindest in der damaligen Zeit in der DDR kaum gegeben. Das ist eines unserer Probleme.

Meine erste Frage. Es war in der DDR nicht schwer, zu begreifen, daß der

Einmarsch der Panzer in Prag und in anderen Bereichen der damaligen CSSR eigentlich die Totenglocke für eine Bewegung der Reform war, die sozusagen von oben und von unten zugleich, wie Sie es richtig formuliert haben, voranging. Dennoch bleibt eine Frage, die in der Diskussion schon angesprochen wurde. Die gleiche Reformmethode, wenn man so will, war immerhin a) überhaupt noch denkbar und b) sehr konkret denkbar innerhalb der Sowjetunion. Nach meinen Eindrücken, will ich jetzt etwas vorsichtig sagen, gab es sowohl Ende 1968, noch mehr aber in den siebziger Jahren in der UdSSR nicht wenige, wie wir zu sagen pflegten, objektive Gründe, Anlässe und Ursachen, aber auch eine nicht geringe subjektive Bereitschaft bestimmter Kräfte, zu solchen Reformen zu kommen. Das mußte ja nicht erst 1985 heißen. Zumindest die Hoffnung bestand bei nicht geringen Kreisen innerhalb der DDR, daß das vielleicht schon 1975, 1976, 1977 oder 1978 gewesen wäre. Da hätte manches auch für die innere Reform in den anderen damals sozialistischen Ländern anders aussehen können. Meine Frage ist, ob auch Sie das so einschätzen.

Ich habe eine zweite Frage. Sie haben die sehr interessante Bemerkung gemacht, daß der Sturz Chruschtschows falsch eingeschätzt wurde, nämlich nur als eine Art Veränderung und Austausch der Figuren. Ich persönlich habe den Eindruck, daß sehr vieles dafür spricht und eigentlich auch recht früh dafür gesprochen hat, daß mit diesem Wechsel der Führungsmannschaft in Moskau ebenfalls ein Wechsel der Strategie eingeleitet wurde, die ich folgendermaßen bezeichnen möchte – das ist meine persönliche Auffassung –: Strategie des Verteidigens des Status quo um jeden Preis, buchstäblich um jeden Preis. Dem entsprach das Verhalten in bezug auf die Reformen insbesondere in der damaligen CSSR, da Breschnew die Konsequenzen sah. Ihre interessante Bemerkung möchte ich in diesem Zusammenhang einordnen. Meine Frage ist, ob ich das richtig sehe. Sie sagten etwa: Ohne Unterdrückung des Prager Frühlings wäre es Breschnew aus seiner Sicht nicht möglich gewesen, Helsinki zu unterschreiben. Das würde ich in diesem Zusammenhang sehen. Nachdem er im eigenen Einflußbereich eine Art Friedhofsruhe erreicht hatte, konnte er versuchen, sich nach außen sozusagen abzuschirmen.

Meine dritte und letzte Frage. Sie haben die Bemerkung gemacht, es sei ein Fehler gewesen, daß wir uns isoliert haben, statt Unterstützung zu suchen. Ich möchte nicht gerade „Unterstützung“ sagen, aber vielleicht „eine Art flankierender Zusammenschluß“; denn es hat sich damals einiges bewegt. Es gab natürlich erhebliche Diskussionen, auch einige Ansätze in der Sowjetunion selbst. Aber es gab ähnliches in der DDR und in Ungarn, von Polen ganz zu schweigen, das in dieser Richtung eigentlich nie ganz auf Linie oder in Reihe gebracht wurde – spätestens seit 1956. Meine Frage ist: Wie haben eigentlich die tschechoslowakischen Reformer die Möglichkeit gesehen, auf unterschiedlichen Ebenen – das mußte nicht unbedingt die Spitze sein – eine

Art flankierenden Zusammenschluß mit anderen sozialistischen Ländern zu erreichen?

Abg. Frau Barbe (SPD): Als erstes möchte ich meinen Dank der Charta 77 gegenüber zum Ausdruck bringen, indem ich Anna Sabatova danke, die ich bis jetzt nicht persönlich kennengelernt habe. Aber es war für uns im Oktober 1989, als wir schon demokratische Strukturen aufbauten, unheimlich bedrückend, zu erleben, daß es in der Tschechoslowakei Verhaftungen gegeben hat. Ich erinnere mich, daß wir damals versuchten, ein Solidaritätstelegramm an Václav Havel zu schicken – ich weiß nicht, ob es angekommen ist –, sozusagen als erste Amtshandlung der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei, weil wir ihm gegenüber unsere Solidarität zum Ausdruck bringen wollten. Deshalb freue ich mich besonders, daß Sie hier sind und daß Sie gesprochen haben. Die Verbindung zu den anderen osteuropäischen Oppositionsgruppen war für uns damals sehr wichtig. Wir wußten, wir waren in Europa nicht alleine. Wir haben uns gewünscht, daß es auch in der Tschechoslowakei so bald wie möglich zu einer geglückten Reformbewegung kommen sollte. Das ist im November auch passiert.

Meine Frage an Sie, Frau Sabatova: Welchen Beitrag sollte Deutschland jetzt zur Unterstützung demokratischer Strukturen generell in Osteuropa, aber auch weltweit leisten? Denn die Erfahrungen aus dem Erlebnis 40 Jahre DDR haben mir gezeigt, daß es wirklich notwendig ist, den schwierigen Prozeß der Demokratisierung überhaupt in Gang zu bringen, zumal wir jetzt in Osteuropa sehen, daß es zu einem Wiedererstarken der Altkommunisten kommt, und zwar deshalb, weil sich dort vor allen Dingen Nostalgie, eine Schönfärberei dessen, was gewesen ist, und eine Verunglimpfung von Demokratie breitmacht.

Eine Frage an Herrn Garton Ash. Herr Jacobsen hat gesagt, er könne Herrn Poppe nicht folgen. Es müsse immer eine Rollenverteilung, ein Rollenspiel geben. Meine Frage ist: Ist es nicht unsere Aufgabe als Politiker, sich immer auf den Standpunkt derer zu stellen oder sich in die Rolle derer einzufühlen, die unterdrückt sind, die gerade in Diktaturen keine Chance haben, sich zu artikulieren? Ist es nicht unsere Aufgabe, nicht nur die Regierungskontakte zu pflegen, sondern uns auch mit den anderen zu solidarisieren und für deren Rechte einzutreten? Das sehe ich genauso wie Herr Meckel. Ich habe große Probleme, wenn ich die offizielle China-Politik betrachte.

Die nächste Frage. Es wird immer behauptet, daß die Stabilisierung der DDR-Verhältnisse für die Entspannungspolitik günstig war. Ich frage mich aber, da ich das alles auf der anderen Seite erlebt habe, ob überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden ist, daß die Machthaber durch jeden erschüttert waren, der einen Ausreiseantrag stellte, der eine neue Oppositionsgruppe gründete, der sich öffentlich äußerte, der nicht wählen ging. Es konnte – so sehe ich das – offiziell doch gar nicht so viel besänftigt werden, wie im

Inneren die Machthaber durch den täglichen Widerstand der kleinen Leute erschüttert worden sind.

Auch meine letzte Frage geht an Herrn Garton Ash. Sie sagen, die Schönfärberei, die die DDR durch die offizielle westliche Politik erfahren hat, hat zur Entmündigung der Ostdeutschen beigetragen. Auch ich sehe da ein Stückchen Wahrheit. Mich verwundert immer wieder, daß das Volk in der DDR, das die Revolution gemacht hat, so wenig Selbstbewußtsein hat und so sehr unter Minderwertigkeitskomplexen leidet. Hat das tatsächlich auch damit zu tun, daß diese Minderwertigkeitskomplexe jahrelang schon vor 1989 gestärkt worden sind?

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich bin in der etwas eigenartigen Situation, daß ich, obwohl ich einer der innerparteilichen Kritiker eines eindimensionalen Stabilisierungsbegriffs in den achtziger Jahren in meiner eigenen Fraktion und Partei war, jetzt trotzdem Argumente geltend machen muß, die versuchen, die rationalen Überlegungen der anderen zumindest in eine gewisse Legitimität zu bringen.

In dem ursprünglichen Konzept „Wandel durch Annäherung“ war das ein-dimensionale Verständnis von Stabilisierung nicht enthalten, nicht nur im Hinblick auf Begriffe wie „Aggression auf Filzzlatschen“, so Otto Winzer, sondern auch hinsichtlich vieler anderer Aktionen bis hin in den Sommer und Herbst 1989 hinein durch die Stasi, die die etwa 160 Oppositionsgruppen der ehemaligen DDR allesamt als Agenturen westlicher Subversion ansah – zu Unrecht in dem großen Umfange, aber das war die Wahrnehmung. Man muß jedenfalls sehen, daß der Begriff „Stabilisierung“ seine Eigendynamik hatte und sozusagen noch nicht einmal das, was ursprünglich in dem Konzept enthalten war, nämlich stabile Entwicklung, wobei der Akzent auf beiden Worten lag, erfüllt wurde.

Herr Garton Ash hat zu Recht auf solche sehr paradoxen Entwicklungen hingewiesen, daß die Illusionen der einen, die durch die Illusionen der anderen genährt wurden und praktisch etwas Drittes ergeben haben, eine ganz neue Dimension erreicht haben, weil Dritte und Vierte, die vorher gar nicht einkalkuliert waren, daran mitgewirkt haben. Wenn man weiß – wir werden das Thema noch ausführlich behandeln –, daß das Versprechen, die DDR nicht zu destabilisieren, selbst noch am 9. November 1989 von der Bundesregierung an die neue Führung unter Krenz in Telefongesprächen gegeben worden ist, dann wird deutlich, daß es immer sehr unterschiedliche Vorstellungen von Stabilisierung gegeben hat.

Man darf vor allen Dingen nicht vergessen: Es gab schon vor 1968 eine eigene Geschichte der osteuropäischen Reformbewegungen: von 1953 über 1956, und auch 1968 war tief einschneidend. Ich selbst habe 1968 als Mitarbeiter von Helmut Schmidt erlebt, der damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag war. Schmidt war derjenige deutsche Politiker der Spitzengarnitur,

der 1966 als erster eine lange, mehrwöchige Tour durch Osteuropa mit dem Auto unternommen hat: von Prag über Warschau nach Moskau. Er hat durchaus nicht zufällig mit Prag angefangen; denn Prag war das erste Opfer Hitlerscher Aggressionspolitik – sehen wir einmal von Österreich ab; das war eine etwas andere Problematik –, jedenfalls außerhalb des deutschsprachigen Raums. Er hatte dort intensive Verbindungen. Journalisten aus Prag gingen im Büro Schmidt ein und aus – schon vor 1966, aber auch danach. Schockartig wirkte das, was 1968 geschah. Die Lehre, die daraus gezogen wurde, war bei ihm wie bei anderen: Man muß zuerst über Moskau gehen, nicht den umgekehrten Weg. Das hat sich ganz, ganz tief eingepreßt.

Im August 1969 gab es eine Reise sowohl der F.D.P.-Spitze wie führender Vertreter der SPD – wieder Schmidt, Alex Möller und andere – nach Moskau. Sie haben getestet, wie groß die Gesprächsbereitschaft Moskaus war – übrigens nach den Ereignissen am Ussuri; das darf man nicht vergessen. Man muß also das Gesamtfeld immer wieder einbeziehen. Die Bundesdeutschen wurden, ob sie wollten oder nicht, seit Ende der sechziger Jahre immer stärker auch ein weltpolitischer Akteur.

Die folgende Bemerkung mündet in eine Frage. Illusionen über die Reformkommunisten waren sicherlich vorhanden, wobei verschiedene Leute auf ganz unterschiedliche Gruppen setzten. Wenn Sie so wollen, ist auch Jelzin noch einer der Reformkommunisten, die übriggeblieben sind. Es ist nicht so, daß die Paradoxien jetzt eingefroren sind; sie gehen weiter. Angesichts der tiefgehenden Brüche bei der Umstrukturierung der ostmitteleuropäischen Staaten und auch der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in die Marktwirtschaft kommen die ehemaligen Reformkommunisten in neuer Gestalt, mit neuen Programmen und teilweise mit anderen Personen – das ist auch eine Frage der Generationsabfolge – wieder an die Macht, z. B. in Polen – von Jelzin habe ich schon gesprochen –, demnächst in Ungarn.

(Abg. Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Was heißt „demnächst“?)

– „Demnächst“ heißt: Bei den nächsten Wahlen 1994 haben sie jedenfalls erhebliche Chancen. Das wird ihnen zugemessen. Ob das so stattfindet, wissen wir noch nicht. Aber wir wissen, daß sie jedenfalls gewisse Chancen haben.

Das heißt, auch hier werden wir zwar nicht mehr die Situation wie im Herbst 1989 erleben, als gewissermaßen in Tagen die Positionen von Jahren und Jahrzehnten dahingeschwunden sind. Aber Wandel in einer anderen Gesellschaft, in einem anderen Kontext findet weiter statt, der sehr paradoxe Ursachen und Wirkungen hat; darauf wollte ich hinweisen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte zunächst einmal mitteilen, in welcher Form sich die Deutsche Demokratische Republik als Staat 1968 mit der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten einverstanden erklärt hat. Ich nenne erst einmal die Form und erkläre dann, wann und wer das gewesen ist.

„Leonid Iljitsch Breschnew: Ich möchte mich an Genossen Ulbricht wenden. Wir verstehen Sie richtig, daß Sie mit der militärischen Hilfe einverstanden sind. Walter Ulbricht: Ja.“ – Das war es. Das ist aus dem geheimen Protokoll der Sitzung der Generalsekretäre der Interventionsstaaten des Warschauer Paktes am 18. August 1968 in Moskau, das wir – der Forschungsverbund SED-Staat an der FU in Kooperation mit dem tschechischen Institut für Zeitgeschichte – zusammen mit den anderen Protokollen 1994 veröffentlichen wollen.

Aber zu diesem 18. August noch einige Anmerkungen, die in gewisser Weise Material für die Frage nach der Wandlung des realen Sozialismus mit Hilfe westlicher Entspannungspolitik sind. Am 17. August hat sich das KPdSU-Politbüro entschieden: Wir werden einmarschieren. Am 18. August wurden die Generalsekretäre nach Moskau einbestellt. Es waren Kadar aus Ungarn, Schiwkoff aus Bulgarien, Gomulka aus Polen und Walter Ulbricht aus der Deutschen Demokratischen Republik. Breschnew hat ihnen sogar Anweisungen gegeben, wie mit dieser Sitzung vor der eigenen Führung umzugehen sei. Er sagte ihnen, über diese Sitzung wird ein Protokoll in nur einer Ausfertigung angefertigt, das Sie alle unterschreiben. Das Protokoll bleibt in Moskau.

Ulbricht hat sich an diese Anweisung, wie wir aus dem Protokoll der ZK-Sitzung vom 23. August 1968 wissen, buchstäblich gehalten. Er hat sein Zentralkomitee sogar belogen. Er hat nämlich gesagt: Der Genosse Breschnew hat die Situation erklärt, und wir waren einverstanden. Dann haben wir uns über die militärischen Dokumente gebeugt, die notwendig waren. – Das stimmte nicht! Breschnew hat in der Sitzung Gomulka, der es gewagt hatte, zu fragen, ob man die Operationspläne der Militärs noch beeinflussen kann, brüsk zurechtgewiesen: Das kommt überhaupt nicht in Frage; das haben das Oberkommando und die Verteidigungsminister erledigt. Daran wird jetzt nichts mehr geändert.

Breschnew entwickelte ein politisches Szenario – das für den Ablauf der polnischen Krise 1980/81 wirklich von Bedeutung ist; deswegen werde ich das hier etwas ausführlicher darstellen –, das von folgenden Fakten ausging, die zu dem Zeitpunkt in Prag geschaffen sind, an dem die sowjetischen Panzer und Luftlandeeinheiten die Grenze überschreiten.

Erstens. Indra, Bilak und die anderen werden im Präsidium der Tschechoslowakischen KP Dubcek entmachtet haben.

Zweitens. Die zuverlässigen Freunde in Prag werden alle Massenmedien schon unter Kontrolle haben.

Drittens. „Rude Pravo“ wird auf der ersten Seite mit dem berühmten Hilferuf von Funktionären der KPdSch an die sowjetischen Genossen, den Sozialismus in der CSSR militärisch zu schützen, erscheinen.

Dies wurde in dieser Sitzung von Breschnew mit dem Gestus vorgetragen, als wäre all das schon geschehen. Es ist im Grunde das ungarische Szenario, nach dem der Prager Coup abgelaufen ist. Auch damals, 1956, hatte man Kadar gewonnen, eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden. Zdenek Mlynar hat schon davon gesprochen, wie das in der Tschechoslowakei aussah. Kadar war 1956 immerhin nicht betrunken und hat seine Aufgaben erledigt. Die Tatsache, daß die Kollaborateure innerhalb der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei nicht funktioniert haben, hat den leichten militärischen Sieg der Sowjetunion in eine politische Katastrophe verwandelt.

Nun meine Frage an Zdenek Mlynar zur SED. Die zentrale Position, die Ulbricht „verdienstvollerweise“ in die sowjetische Interventionsargumentation einbrachte, beinhaltete zwei Punkte, die mit der deutschen Frage zusammenhängen. Erstens: die Bruchlinie war für die SED der Versuch der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, ihre innerparteilichen Strukturen zu verändern. Der Einmarsch mußte vor dem 9. September erfolgen, an dem Datum sollte der 14. Parteikongreß zusammentreten und das Statut ändern. Diese Statutenänderung hat Ulbricht als Umwandlung einer kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische bewertet. Es war also möglich, von innen heraus die kommunistische Partei in eine sozialdemokratische – man muß dabei an die Generationsperspektive von Ulbricht denken – zurückzuverwandeln.

Der Punkt verbindet sich in Ulbrichts Argumentation mit dem nächsten Punkt. In der CSSR geschah eine neue Invasion auf „Filzlatschen“, das Wort hat Soell eben zitiert. Die neue „imperialistische Strategie“ sei nun, die Länder des realen Sozialismus aufzurollen. Ulbricht hat im Februar/März in einer ZK-Sitzung – er hat frei gesprochen – gesagt: Ihr müßt euch doch klar darüber sein – das war nach dem Nürnberger Parteitag der SPD –, daß die Sozialdemokraten uns weghaben wollen. Das Ganze läuft doch darauf hinaus: erst Prag, dann Budapest und schließlich... Auf diese Weise kommt die DDR in das vereinigte imperialistische Deutschland zurück.

Insofern hat die außenpolitische Vorsicht den Reformkommunisten überhaupt nichts genützt. Allein das Nachdenken darüber, wer aus Prag mit Bonn Verbindung aufnimmt, Anerkennungspolitik betreibt und öffentlich auftritt, wurde von Ulbricht und seinem ZK-Apparat sorgfältigst notiert und auf den Treffen der Interventionsparteien in Argumente umgewandelt, die nur noch einen Ausweg offenließen, nämlich eine militärische Lösung.

Die erste Frage an Zdenek Mlynar: Welche Rolle hat die deutsche Frage im Sinne der Wiedervereinigung und damit des Endes der DDR in Ihren Überlegungen und in den Überlegungen der Reformkommunisten damals überhaupt gespielt? Die zweite Frage: Ist die Vorstellung, die panische Angst davor, daß aus den Reihen der Reformkommunisten die Rückwandlung der

kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische stattfindet, während des Prager Prozesses von Ihnen diskutiert und anschließend analysiert worden?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Bei mir hat sich die hier mehrfach wiederholte Feststellung festgehakt, daß nämlich nach der tschechoslowakischen Katastrophe, zu der ich, wie ich mich erinnere, an einer der wenigen Demonstrationen in der damaligen Zeit in unserer Stadt teilgenommen habe, die natürlich sehr wenig ergiebig und sehr wenig wirkungsvoll war, die Überlegung bzw. die Möglichkeit, eine Veränderung über die Könige oder über die Fürsten zu schaffen, eigentlich abgehakt gewesen ist. Die Kombination der tschechoslowakischen Versuche über Veränderungen von unten und Veränderungen von oben gleichzeitig wurde endgültig sozusagen aus dem Buch der Geschichte getilgt – was immer mit Ungarn war. Damit ist eigentlich alles das, was in der Folgezeit von Deutschland her als Entspannungspolitik kam, als eine Politik, die man wieder über die Fürsten, über die Machthaber umzusetzen versuchte, zum Scheitern verurteilt gewesen, mit den Worten von Frau Professor Wisniewski als von vorgestern, als veraltet zu bewerten.

Ich frage, ob die Bundesrepublik Deutschland – ich spreche gar nicht von einer bestimmten Regierung – überhaupt eine andere Option für Politik hatte. Man wird bei diesen Dingen auch immer sehen müssen, in welchen Ambivalenzen und in welchen zwangsläufigen Vielschichtigkeiten man sich bewegt. Wozu hätte die Alternative, über eine unmittelbare Stärkung möglicher Oppositionen zu gehen, die – vielleicht in kluger Voraussicht – eine Veränderbarkeit, eine Reformierbarkeit, eine Verbesserlichkeit ihres Systems nicht mehr akzeptierten, geführt? Hätte sie das gebracht, was jedenfalls Mlynar offensichtlich für seine Situation 1968 als fehlend beklagt, nämlich eine Verankerung oder eine Nichtisolierung eines reformbereiten Landes in einer feindlichen Umwelt? Wenn ich das alles richtig verstanden habe, ist die rückschauende Klage oder das Konstatieren eines Defizits genau das gewesen, was sich in der Folgezeit verändert hat. Das ist ein Weg, den jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland in der ersten Station über Moskau gegangen ist, ein Weg, der 1968 noch nicht gegangen war, der aber in der Folgezeit gegangen wurde und damit ein Reformexperiment – wenn es das doch gegeben hätte – oder Reformkräfte in eine andere Lage versetzte, als sie 1989 vorhanden war.

Bei den Ambivalenzen der Entspannungspolitik fällt mir als gelernte Familienrichterin das für mich paradoxeste und ambivalenteste Beispiel meines Berufslebens ein, nämlich der Rat an denjenigen, der um die Sorge für sein Kind kämpft, das Schlachtfeld zu räumen, auf daß die Kontakte, nämlich das Besuchsrecht, reibungsloser funktionieren, weil man sonst in Gefahr steht, auf lange Sicht beides zu verlieren. Die Frage derer, denen ich solche Ratschläge gegeben habe, ist: Wird mein Kind mir nicht eines Tages vorwerfen, daß ich nicht um es gekämpft habe? Meine Antwort darauf: Eine Garantie, daß das nicht passiert, kann ich nicht geben. Aber wer sein Kind begleiten will, wer

mit ihm das Leben teilen will, muß sehen, wo er siegen kann und wo er mit Sicherheit verlieren wird.

Meine Frage, die an die Frage nach einer anderen Option von Politik der Bundesrepublik Deutschland nach 1968 anschließt, ist, ob sich erkennbar für diejenigen, die auf dem Podium sitzen, ab 1982 etwas an dieser Lage geändert hat. Wenn es so war, wie ich vermute, daß die Option eindeutig war und von real und damit auch von moralisch handelnden Politikern nur so ausgefüllt werden konnte, so müßte sich zwangsläufig als Antwort ergeben, daß sich nach 1982 in dieser Hinsicht nicht viel geändert hat.

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Eine Bemerkung und zwei Fragen. Wieder einmal habe ich Lust, unseren Kollegen Hansen zu zitieren: Der Weg ist schon ein Ziel. Mir ist jedenfalls deutlich geworden, daß im Augenblick bei unseren Fragen die Parteizugehörigkeit – das ist nicht immer so – keine Rolle spielt, sondern es geht um unterschiedliche Erfahrungen: Habe ich früher in der DDR gelebt, oder habe ich früher in der Bundesrepublik gelebt? Darum sehr bewußt eine Frage an Gerd Poppe: Wie hast du das eigentlich empfunden und beurteilt, daß Gert Weisskirchen und Heribert Scharrenbroich Ausnahmen und nicht die Regel waren, daß ein F.D.P.-Name nicht zufällig in dieser Aufzählung fehlt und daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zu den allerletzten gehörte und dann auch noch heimlich in der Nacht Kontakt zu uns aufgenommen hat, nachdem andere das schon viele Jahre getan hatten? Es würde mich an dieser Stelle interessieren, wie das Gerd Poppe und andere empfunden haben.

In diesem Zusammenhang ist immer wieder auch an den Satz zu denken, der Friede sei wichtiger als die Freiheit. Ich bin froh darüber, daß das heute offensichtlich ein bißchen anders ist, daß man heute wagt, als erstes nicht von einer Nichteinmischung zu reden oder sich davon verjagen zu lassen, sondern daß man sagt: Uns ist es schon wichtig, wie die Menschenrechte in dem Land eingehalten werden, das mit uns wirtschaftliche und politische – hauptsächlich wirtschaftliche – Kontakte haben möchte.

Eine ähnliche Frage an Anna Sabatova: Was habt ihr von der Charta von den demokratischen Regierungen in Europa eigentlich erhofft, erwartet und bekommen? Wie habt ihr das, was ihr bekommen habt, eingeschätzt und gewertet?

Eine letzte Frage an Garton Ash: Wie beurteilen Sie das Verhalten der Regierungen und Journalisten, die immerhin die öffentliche Meinung entscheidend prägen, in den Demokratien Westeuropas vom Mauerbau bis 1989 in ihrem Verhältnis zu den Diktatoren in Osteuropa?

(Timothy Garton Ash: Das wird ein neues Buch!)

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Mlynar, der,

wie ich finde, auch sehr selbstkritisch u. a. gesagt hat, die Bürgerrechtler hätten sich in der Tschechoslowakei selber isoliert.

(Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Vor 1968!)

– Vor 1968. – Sie hätten den Fehler begangen, keine offiziellen außenpolitischen Kontakte – ich meine nicht die Kontakte der Gruppen untereinander – zu suchen. War das mit Blick auf die Warschauer-Pakt-Staaten oder auf Westeuropa gemeint?

Ich finde, wir bewegen uns heute vielfach auf der Bruchkante – Frau Barbe, Herr Soell, Herr Jacobsen und auch andere haben das Rollenspiel angesprochen – einerseits dessen, was man die moralische Kompetenz nennen könnte, und andererseits dessen, was die angebliche Realpolitik ist. Man könnte auch fragen: Wo ist eigentlich die Brücke – diese Frage geht an Anna Sabatova und auch an Gerd Poppe – zwischen Gesinnungsethikern und Verantwortungsethikern? Das sollten nicht zwei Gruppen sein, die sich selbst nur folgendermaßen definieren: Wir sind zwar in einem gewissen Rollenspiel miteinander, aber haben miteinander nichts zu tun. Frau Barbe hat zu Recht verlangt, daß die Politik diese Brücke selber begehen mußte und sich nicht nur als realpolitische oder pragmatisch vorgehende zu definieren hätte.

Sv. Martin Gutzeit: Die erste Frage an Anna Sabatova und auch an Gerd Poppe: Welche Bedeutung hatten die Oppositionsbemühungen in den anderen osteuropäischen Ländern, z. B. in Polen, in Moskau oder in Ungarn, für die eigene Arbeit? Welche Bedeutung hatte die Beobachtung des westlichen Verhaltens gegenüber diesen Bemühungen in den anderen Ländern? Das gehört meines Erachtens wesentlich zusammen und war auch für uns in der DDR zu beobachten. Wie verhält man sich gegenüber den Kritikern in den anderen osteuropäischen Ländern?

Zweitens. Welche Art von Reflexion darüber hat es gegeben, wie Wandlung im Ostblock überhaupt stattfinden konnte, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den anderen Ländern? Es ist ja zu beobachten gewesen: Daß das alles tatsächlich aufbrach, konnte eigentlich nur passieren, weil es nicht nur in einem Land geschah, sondern weil ein Land nach dem anderen kippte, quasi durch den Domino-Effekt. Die Bemühungen in einem Land bestärkten sehr schnell die Bemühungen in einem anderen Land, so daß ein Gesamtzusammenbruch passierte. Welche Reflexionen gab es darüber?

Es ist viel von westlicher Politik und von Entspannungspolitik geredet worden. Welche osteuropäischen Reflexionen gab es über den Zusammenhang zwischen Entspannung, der Überwindung des totalitären Systems und – das jetzt vielleicht noch als Drittes – der Frage, inwiefern die Lösung der deutschen Frage mit diesem Problemzusammenhang verquickt war. Denn die Überwindung des Systems der SED in der DDR mußte ja diese Frage berühren. Welche Überlegungen zu diesem Thema gab es?

Jetzt möchte ich noch auf eine Vorhaltung in bezug auf den Einfluß von 1968 und das Selbstverständnis der DDR-Opposition kommen. Ich kann jedenfalls von uns aus dem Herbst 1989 sagen, daß wir mit aller Entschiedenheit die Prinzipien westlicher Demokratien – das umfaßt Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie und marktwirtschaftliches System – gefordert haben, obwohl wir aus der Tradition von 1968 kamen. Ich selbst war 1968 16 Jahre alt. Ich habe die Entwicklung in Prag schon damals als eine Chance zu einem politischen Aufbruch erfahren. Ich habe auch die Depression mitbekommen, die aufkam, als dann die Panzer fuhren. Für mich gehörten der Aufbruch in Prag und die Emanzipationsbewegungen im Westen zur gleichen Zeit in einer gewissen Weise zusammen. Für mich hat dieser Impuls nicht bedeutet, diese Prinzipien westlicher Demokratie nicht zu wählen. Für mich hat vielmehr bei der Durchsetzung dessen, was ich Bürger- und Menschenrechte nenne, dieser institutionelle Rahmen eine entsprechende Bedeutung gehabt. Das heißt, aus dieser Tradition kommt nicht die Ablehnung der Prinzipien westlicher Demokratien.

Abg. Gunter Weißgerber (SPD): Ich möchte eine Frage an Garton Ash stellen. Sie bemängeln sehr stark den Umgang der verschiedenen westdeutschen Regierungen mit den Regierungen im Ostblock. Wie stehen Sie zum meiner folgenden Behauptung: Um die Bedingungen für die Häftlinge zu ändern, muß ich mit dem Gefängnisdirektor reden. Gefängnisdirektor im Osten Deutschlands war beispielsweise Honecker. Dies sage ich auch vor dem Hintergrund, daß ich natürlich nicht mit allem einverstanden war, was die verschiedenen bundesdeutschen Regierungen gemacht haben. Ich fand auch nicht alles sonderlich toll, was meine Partei, die SPD, gemacht hat. Aber Ihre Kritik in dieser Richtung finde ich etwas zu scharf.

Abg. Böhm (Melsungen), (CDU/CSU): Rainer Eppelmann hat sich an den Kollegen Poppe gewandt und sich unter Hinweis darauf, daß wir hier nicht von Partei zu Partei, sondern mehr oder weniger von West nach Ost und von Ost nach West diskutieren, noch einmal der These angenommen, die der Kollege Poppe aufgestellt hatte: Wir hatten zuwenig Kontakte zu euch aus dem Westen, weil sich zu viele von euch uns verweigerten.

Ich möchte jetzt nur eine Facette aus westlicher Sicht hinzufügen: Je mehr man im Westen über das dichte Stasi-Netz, das über unseren Landsleuten im Osten lag, wußte, um so vorsichtiger wurde man natürlich von westlicher Seite her bei solchen Kontaktaufnahmen. Man legte sie ausschließlich in die Entscheidung des zu Besuchenden oder desjenigen, mit dem man Kontakt aufnehmen wollte. Je mehr man im Westen, nicht nur von kommunistischer Seite, sondern auch von weiten Teilen der Medien als sogenannter „kalter Krieger“ abgestempelt war, also als einer der schlimmsten Klassenfeinde angesehen wurde, um so mehr hörte man aus Kreisen der Opposition in der ehemaligen DDR: Laßt es lieber; wir wünschen diesen Kontakt nicht, weil

er unseren kommunistischen Herren eine weitere Verleumdungskapazität uns gegenüber an die Hand gibt. Man erlebte in der Tat ganz unterschiedliche Reaktionen, von der plötzlichen Erklärung „Nein, ich muß heute plötzlich zur Nachtschicht; das Gespräch kann nicht stattfinden“ bis hin zur Aufforderung zu kommen, mit der Begründung: Je öfter dein Wagen vor meinem Haus steht, um so sicherer fühle ich mich hier, weil dadurch das Interesse aus dem Westen an meiner Position sichtbar wird.

Ich möchte mit meinem Beitrag nur darauf hingewiesen haben, daß diese Frage, die der Kollege Poppe aus seiner Sicht völlig zu Recht angeschnitten hat, sehr differenziert gesehen werden muß, da die Verhaltensweisen von Leuten aus dem Westen auch von den Überlegungen geprägt waren, die ich eben in der Diskussion zu schildern versucht habe.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich habe noch zwei Fragen an Herrn Garton Ash. Welches ist der Beitrag derer, die zur politischen Klasse gehören und nicht Politiker sind, d. h. in einer modernen Kommunikationsgesellschaft insbesondere der Medienvertreter und der Journalisten? Welches ist der Beitrag der Journalistik zu der Fragestellung, der Sie sich heute hier zugewandt haben, über den eigenen, subjektiven, individuellen Beitrag hinaus? Kann man etwas dazu sagen, welche Resonanz die Journalisten des Westens, die in den verschiedenen Ländern des Ostens akkreditiert waren, nicht nur bei ihren Redaktionen, sondern auch bei den Lesern gehabt haben? Die gleiche Frage richtet sich an Herrn Mlynar und an Frau Sabatova: Welches Gewicht hatten die Kontakte mit den Vertretern der Medien?

Meine zweite Frage an Herrn Garton Ash schließe ich an seine Schlußbemerkung an. Er sagte: Die Illusionen der einen bestärkten die Illusionen der anderen; das war paradox. Dann hat er britisch-ironisch damit geschlossen, daß er gewarnt hat, man möge doch bitte nicht allzusehr auf das Konto der einen abladen, daß ein Ergebnis herausgekommen sei, das zwar paradox, aber für sie sicher akzeptabel sei. Würden Sie es vielleicht nicht bei einer solchen ironischen Bemerkung belassen, sondern doch Position dazu beziehen, wie das Konto zu beladen ist und wer die Kontoinhaber sind, die zu dem Ergebnis beigetragen haben? Denn sonst bleibt es etwas als rein rhetorische Bemerkung im Raum stehen.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Alle Fragen an die Teilnehmer auf dem Podium sind jetzt gestellt. Es wird nicht ganz einfach sein, sie zu beantworten; aber wir versuchen es.

Timothy Garton Ash: Die Fragen werde ich natürlich ganz leicht alle in zwei Minuten beantworten können. Ich verspreche, es kurz zu machen.

Wir kommen natürlich überhaupt nicht weiter, wenn wir von der Entspannung, der westlichen Ostpolitik und dem KSZE-Prozeß reden. Es geht gerade darum, den verschiedenen Varianten von Entspannungspolitik und auch von Helsinki-Politik nachzugehen und zu differenzieren. Dabei ist erst einmal

festzustellen, daß eine Oppositionspartei und natürlich auch Journalisten und Wissenschaftler andere Möglichkeiten und andere Erfordernisse haben als Regierungen. Es klang in der Diskussion für meine Begriffe ein bißchen zu idealistisch und zu romantisch, als ob die Hauptaufgabe eines Regierungsvertreters wäre, gerade die Unterdrückten zu unterstützen. Wir müssen es natürlich etwas nüchterner betrachten. Regierungen haben selbstverständlich zunächst und vor allem nationale und staatliche Interessen zu vertreten und verhandeln hauptsächlich mit anderen Staaten und Regierungen. Nur, in diesem konkreten Fall haben verschiedene westliche politische Akteure, Parteien und auch Regierungen die Interessen des eigenen Staates, der eigenen Nation und auch überhaupt des Westens etwas anders interpretiert, bzw. sie haben anders gehandelt. Gerade in bezug auf die öffentliche Anerkennung der Oppositionsbewegung in Ost- und Mitteleuropa und auch in bezug auf Begegnungen mit den Oppositionellen ist es eben nicht so, wie Herr Mlynar angedeutet hat, daß das alle nicht gemacht haben. Dabei gab es in der Tat wichtige Unterschiede. Der größte Unterschied zwischen dem Verhalten der Vereinigten Staaten auf der einen Seite und dem der Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite war – wie auch in anderen Punkten der Ostpolitik –: Die symbolische Anerkennung der Opposition, gerade auch in Prag, durch die Amerikaner erfolgte sehr viel früher, und sie sind viel weiter gegangen. Man soll gleich hinzufügen: Gerade diese Art von öffentlicher, demonstrativer Anerkennung durch einen Vertreter eines westlichen Staates war besonders geschätzt, zumal wenn sie im Zusammenhang mit einer sehr offenen, öffentlichen, ja offensiven Menschenrechtsrhetorik stand, die gerade die Vereinigten Staaten seit Jimmy Carter hatten. Das bedeutet nicht, daß man die berühmte stille Diplomatie um menschliche Erleichterungen geringschätzte. Aber gerade in den Oppositionsbewegungen hat man die offensive Menschenrechtsrhetorik besonders hoch geschätzt.

Noch einmal, um Mißverständnisse zu vermeiden: Meine These ist überhaupt nicht, daß sich in dieser konkreten Situation die deutschen Politiker hätten ebenso verhalten könne. So einfach ist es bei weitem nicht. Die Bundesrepublik war natürlich in einer anderen Lage, in einer Zwangslage. Die Erpreßbarkeit durch die DDR und die Sowjetunion, die Lage Westberlins, das alles war vorhanden. Ich glaube, es gab einen Spielraum, der jedoch zuwenig ausgenutzt worden ist. Aber ich denke, es wäre möglich gewesen, daß gerade deutsche Politiker in dieser Situation so lautstark und offensiv verhandelt hätten wie amerikanische. Es geht nur erstens um die historische Gerechtigkeit, d. h. darum, den amerikanischen Beitrag zu schätzen, und zweitens darum, daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Auch um vielen Mißverständnissen vorzubeugen: Über weite Strecken ist die Geschichte der deutschen Ostpolitik natürlich die Geschichte eines großen und auch beabsichtigten Erfolges. Willy Brandt könnte hunderte von Seiten

meines Buches mit großer Zufriedenheit lesen, insbesondere in bezug auf die Beziehungen zur Sowjetunion. Das sind aber nicht gerade die Themen, die wir heute behandeln.

Es steht natürlich nicht die grobe These im Raum: Der Wandel ist nur von unten gekommen. Es gab vielmehr – ich habe ja den Ausdruck „Revolutionen“ geprägt – auch in Osteuropa eine Mischung von Revolution und Reform. Die Behauptung lautet, daß der Wandel gerade durch die Mischung von Reformversuchen von oben und aus der Mitte des Imperiums und von Selbstbefreiungsversuchen von unten und aus der Peripherie des Imperiums zustande gekommen ist, also – wir sind ja in Deutschland – wenn Sie so wollen, durch die Dialektik. Gerade diese beiden Ansätze haben die Dynamik von 1989/1990 ausgemacht.

Ganz kurz zu den Lehren. Herr Mlynar, sicherlich ist eine wichtige Lehre, daß man Sie auch heute noch als Gesprächspartner in Prag aufsuchen soll. Aber dazu brauchte man nicht die Geschichte der Ostpolitik. Das wußte man schon immer oder hätte man schon immer wissen müssen.

Ich sehe ein paar andere Lehren. Sie sind natürlich nicht so einfach und so direkt; denn die Geschichte bietet nie einfache Handlungsanweisungen. Zum einen ist es schlicht und einfach die Lehre, daß man die Hypothesen, die der eigenen Politik zugrunde liegen, immer wieder auf die Wirklichkeitsnähe hin überprüfen muß. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Jacobsen an einer Stelle wieder eine dieser sehr allgemeinen Hypothesen aufgestellt hat, jetzt allerdings allgemein und im Konjunktiv, nämlich als er fragte, ob der Entspannungsprozeß nicht etwa doch eine Auflockerung bewirkt hat, die zum Teil, wenn auch indirekt, zu dem Erfolg von 1989 beigetragen hat. Ich muß da ganz konkret fragen: Wo sehen Sie denn die Auflockerung in der Tschechoslowakei, im Husák-Regime auch in den achtziger Jahren? Es ist auf den ersten Blick nicht klar zu erkennen. Wenn es dies gegeben hat oder hätte, wo hat dann die westliche Politik konkret dazu beigetragen? Die Wahrheit ist doch konkret.

Die zweite Lehre: Politiker sind natürlich keine Pfarrer, mit einigen Ausnahmen. Wir erwarten von den Politikern auch nicht, daß sie sich wie Pfarrer verhalten. Aber wenn man, wie auch über weite Strecken der Entspannungspolitik im allgemeinen und nicht nur der deutschen Ostpolitik, die eigenen Wertvorstellungen relativieren oder verdrängen oder unterordnen will, dann muß man eben ganz genau wissen, wozu, und man muß ziemlich sicher sein, daß es auch einen Sinn hat und daß der Zweck tatsächlich erfüllt wird. Das Problem ist doch bei Teilen dieser Geschichte, daß das nicht geschehen ist. Das heißt, die ganze Relativierung war sozusagen am Ende umsonst oder hat bestenfalls noch auf ganz unbeabsichtigte und paradoxe Weise zum Erfolg geführt.

Die letzte Bemerkung: Es wurde gerade China erwähnt. Ich finde in der Tat,

daß hier die Geschichte der Ostpolitik besonders relevant ist. Wenn man meint, daß vor allem die große Linie der Ostpolitik, also die Vertrauenswerbung bei den kommunistischen Machthabern, die Normalisierung, wie es Klaus Kinkel 1992 in Peking formuliert hat, die Verflechtungspolitik und die stille Diplomatie für die menschlichen Erleichterungen an Stelle einer öffentlichen und offensiven Menschenrechtsrhetorik, zum Erfolg von 1989 geführt haben, dann soll man es wahrscheinlich mutatis mutandis auch weitermachen. Wenn das aber, wie ich es analysiert habe, nur das eine war und das andere genauso wichtig ist – auch die amerikanische Menschenrechtsrhetorik und die symbolische Anerkennung der Opposition, wo dies möglich war –, dann gibt es eine andere Lehre aus dieser Geschichte. (Teilweise Beifall)

Gerd Poppe, MdB): Ich habe ungefähr 40 Fragen von 14 Fragestellern notiert. Ich bitte vorab um Entschuldigung, wenn ich das nicht alles beantworten kann.

Ich fange mit dem an, womit Timothy aufgehört hat, nämlich mit Markus Meckels Frage nach China und nach den Lehren aus der Vergangenheit. Ich denke, eine der Hauptlehren, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, ist, daß eine aktive Menschenrechtspolitik unabweisbar Bestandteil der Außenpolitik eines demokratischen Staates werden muß. (Teilweise Beifall)

Das zweite ist ebenfalls ein außenpolitischer Aspekt; aber er ist stärker auf Europa bezogen. Wir verzeichnen einen Zusammenbruch des Imperiums und damit verbundene neue, insbesondere nationalistische Gefahren in der ehemaligen Sowjetunion, in Ex-Jugoslawien usw. oder das Auftauchen von rot-braunen Koalitionen. Dabei kommt es ja nicht einfach immer zu einer Rückkehr von Reformkommunisten, sondern vielmehr zu einer ganz unheiligen Allianz von Nationalisten und Ex-Kommunisten, die sowohl in der Sowjetunion die demokratischen Versuche Jelzins konterkarierte als auch in Form von Milosevic einen Völkermord an einem ganzen Volk verübte. Man muß da also schon mit der einfachen Anmerkung sehr vorsichtig sein: Hier kommt irgend etwas zurück.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch eine Menge von Reformkommunisten oder vergleichbaren Leuten. Ich nenne einmal Brasauskas in Litauen, dem man durchaus Vertrauen entgegenbringen darf. Das vielleicht schon vorab zu Herrn Soell.

Zu China: Markus Meckel, auch ich war in China. Wir haben offizielle Gespräche geführt. Wir haben gesagt, man sollte jetzt keinen Wirtschaftsboykott oder ähnliches beginnen; aber man sollte schon sehr, sehr massiv und immer wieder auf die Einhaltung der Menschenrechte hinarbeiten. Dazu gäbe es eine ganze Menge von Druckmitteln. Es hat sie z. B. im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung gegeben. Die Mittel sind nicht richtig ausgenutzt worden. Die Amerikaner waren dabei sehr viel konsequenter.

Ich meine, daß es auch notwendig ist, die Dissidenten oder die Familien der inhaftierten Dissidenten dort aufzusuchen. Ich habe das gemacht. Herr Böhm, ich habe natürlich die Frage gestellt, ob sie das selber wünschen. Das ist schon klar. Man sollte sich nicht in Gefahr begeben und diese Menschen nicht in Gefahr bringen. Aber man sollte es unbedingt versuchen. Genau das ist die Lehre, die wir aus unserer eigenen Entwicklung gezogen haben. Die Oppositionellen in diesen Staaten sind darauf angewiesen. Je mehr Aufmerksamkeit sie aus den westlichen Demokratien erfahren, desto schwerer ist es für die Herrschenden, sie zu verhaften. Das ist eine wirklich elementare Erfahrung. Es muß endlich einmal daraus gelernt werden. Das heißt, es sollte durchaus Gespräche geben, aber keine einseitigen. Ich komme noch einmal auf das Thema zurück, wenn ich etwas zu Herrn Jacobsen sage.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Herr Pope, nur einen Satz für das Protokoll, weil ich glaube, es ist schon wichtig, damit wir bei einer öffentlichen Anhörung nicht den Eindruck vermitteln, hier läge ein Dissens vor. Sie haben gerade von „wir“ gesprochen und haben berichtet, wir seien in China gewesen. Sie sollten sagen, Sie waren mit dem Unterausschuß Menschenrechte des Deutschen Bundestages in China. Alle Kolleginnen und Kollegen, die mit Ihnen in China waren, haben fraktionsübergreifend und gemeinsam gehandelt und eine gemeinsame Position gefunden. Es gab keinen Streit über die Menschenrechtspolitik in China, wie Sie sie gerade treffend formuliert haben. Ich glaube, es ist wichtig, das bei einer öffentlichen Anhörung so darzustellen.

Gerd Pope, MdB: Es gab ohne jeden Zweifel einen Konsens. Bei den Frauen der Inhaftierten war ich allerdings doch alleine mit einem Kollegen.

Herr Koschyk, ich möchte auch auf Ihre Fragen antworten, zunächst auf die Frage nach der KSZE oder den UNO-Pakten. Diese Frage haben Sie vor allen Dingen an Frau Sabatova gestellt. Ich habe es vorhin, glaube ich, schon angedeutet: Die KSZE hatte für uns durchaus etwas Ambivalentes. Sie schrieb einerseits den Status quo fest, und sie gab andererseits die Möglichkeit, Menschenrechte einzuklagen. Demgegenüber beinhalteten die UNO-Pakte natürlich in erster Linie ganz klar die Einklagemöglichkeit ohne eine weitere Verpflichtung, eine bestimmte Außenpolitik zu betreiben. Generell konnten wir zweifellos mit beiden umgehen. Wir haben nur vor der Illusion gewarnt, die KSZE-Politik allein auf der Regierungsebene könnte irgend etwas bewirken.

Ich erinnere auch einmal an das, was wir Ende 1986 gemacht haben. Damals gab es ein Memorandum, das „Den Helsinki-Prozeß von unten mit Leben erwecken“ oder so ähnlich hieß. Dabei haben sich Leute von der Solidarnosc und von der Charta 77, insgesamt Menschen aus allen europäischen KSZE-Staaten und auch aus den USA und Kanada sowie aus Alternativbewegungen und Oppositionsbewegungen aus dem Osten beteiligt, mit zusätzlichen ge-

meinsamen Vorstellungen, die nicht unbedingt die Regierungsvorstellungen erschweren, aber ergänzen wollten. Wir waren sehr dankbar, als z. B. der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation nach Ostberlin kam und mit seiner gesamten Delegation für die Nachfolgekonferenz in Wien ein Gespräch mit Oppositionsgruppen führte. Ich fand das vorbildlich, auch gegenüber bundesdeutscher Politik.

Reiner Kunze war in dem Zeitraum, um den es bei diesen Bemerkungen vor allem ging, lange weg.

Natürlich hat die Literaturszene auch für die DDR-Opposition eine Rolle gespielt, allerdings stärker bis zur Biermann-Ausbürgerung. Dann kam der große Exodus.

Wir haben immer bedauert – auch das muß ich hier noch einmal sagen –, daß wir in der DDR keinen Havel oder Kohout oder Vaculik hatten. Wir hatten auch keinen Zbigniew Herbert und auch nicht den Filmemacher Andrzej Wajda, der 1980 nach der Verhängung des Kriegsrechts in ein Internierungslager kam. Wir hatten solche Menschen in der DDR überhaupt nicht. Wenn jetzt in Feuilletons bestimmter westlicher Bildungsblätter Heym oder Christa Wolf oder wer auch immer als mit den Genannten aus Polen und der Tschechoslowakei vergleichbare Mitglieder der Opposition bezeichnet werden, so ist das einfach falsch. (Teilweise Beifall)

Dies beantwortet zu einem gewissen Teil auch die Frage, warum wir denn länger gebraucht haben und größere Schwierigkeiten hatten. Wir hatten nicht diese hochkarätigen Namen. Wir sind immer wieder an einige Leute herangetreten und haben gesagt: Unterschreibt das doch mit. Daraufhin kam dann z. B. der Einwand: Das ist nicht gut genug formuliert. Aber selber haben sie es dann eben auch nicht formuliert.

In Prag war das anders. Dort gab es schon 1968 eine Kulturszene, z. B. „Plastic people of the universe“, eine Rockgruppe. In den achtziger Jahren gab es die Jazz-Sektion, ferner die genannten Dichter. Das ist doch schon etwas anderes gewesen. Es beantwortet auch einen Teil Ihrer Frage, Herr Koschyk, warum es bei der Charta 77 schneller ging und stärker Abstand genommen wurde.

Ein anderer Teil Ihrer Frage ist vielleicht mit dem Hinweis auf die starke Mitteleuropadiskussion in den achtziger Jahren zu beantworten, die von Prag, Budapest und Warschau ausging. Hier wurde ein europäischer Bezug hergestellt. Das war, glaube ich, außerordentlich wichtig, um zu neuen Überlegungen auch in bezug auf die deutsche Frage zu kommen. Demgegenüber hatten die Ostdeutschen eigentlich zu 99 % immer ausschließlich den Bezug zur Bundesrepublik; sie sahen weniger die europäischen Dimensionen. Ich glaube, daß der Blick nur auf das eigene, engere Umfeld tatsächlich auch manches verstellt hat. Ich denke, daß die Europadebatte ein ganz, ganz wichtiger Punkt gewesen ist, der zu einer Weiterentwicklung geführt hat.

Um die Frage von Herrn Faulenbach gleich mit einzubeziehen: Sie haben ja verschiedenes schon selber genannt. Die Fluchtbewegung spielte eine Rolle. Wir hatten immer wieder einen großen Aderlaß in bezug auf wichtige Leute. Ich sagte auch schon, daß es nicht diese Galionsfiguren wie in Polen und der Tschechoslowakei gab. Viele Leute, die für uns in der Opposition wichtig gewesen wären, konnten durch die Gewährung von Privilegien, Westreisemöglichkeiten usw. ganz anders als in der Tschechoslowakei und als in Polen diese Rolle nicht spielen.

Ein ganz wichtiger Punkt in bezug auf den deutsch-deutschen Bezug war die Illusion bezüglich sozialistischer Alternativen. Diese gab es doch in der Bundesrepublik sehr viel stärker als bei uns. Frau Wilms und Frau Professor Wisniewski, wir hatten diese Illusionen einer sozialistischen Alternative nur noch in sehr geringem Maße. Die Links-Rechts-Schubladen habe ich sehr viel häufiger in der alten Bundesrepublik als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in der DDR gehört. Wir hatten uns mit einer gewissen Intensität von diesen Schubladen entfernt. Gerade das haben wir von der ostmitteleuropäischen Opposition in Budapest, in Prag und in Warschau gelernt, die das schon lange vor uns getan hat.

Herr Professor Jacobsen, eine Rollenverteilung lehne ich in diesem Zusammenhang wirklich ab; ich habe sie immer abgelehnt. Was fällt denn dem Regierenden aus der Krone, wenn er sich mit ernstzunehmenden Leuten aus der Opposition wie seinerzeit Lech Walesa, Václav Havel und sonstwem trifft und ein Gespräch führt? Der seinerzeitige amerikanische Präsident Carter hat eine solche Scheu nicht gehabt; der ehemalige britische Außenminister Howe hat diese Scheu 1983/1984 ebenfalls nicht gehabt. Wäre also einem bundesdeutschen Regierungspolitiker und Oppositionsführer ein Zacken aus der Krone gefallen, wenn auch er das gemacht hätte? Statt dessen hat man sich auf eine Arbeitsteilung reduziert und hat gesagt: Zur Opposition können ja die Alternativszene, die Friedensgruppen usw. gehen, und wir betreiben die Annäherung an die Regierung. Genau dies war ein Fehler. Es wäre gut, wenn dieser Fehler nun endlich einmal als solcher akzeptiert und für solche Fälle wie China ausgeräumt werden könnte. Herr Weißgerber führte das Beispiel mit dem Gefängnisdirektor an. Es ist sicherlich richtig: Man muß mit dem Gefängnisdirektor sprechen, aber nicht allein mit ihm. Wir haben das nie als Alternative gesehen. Wir haben nicht gesagt: Kommt zu uns statt zu denen. Wir haben vielmehr gesagt: Sprecht mit den Regierungen; aber sprecht auch mit uns. Das war unsere Alternative, die wir dagegengesetzt haben.

Ich muß einiges weglassen; aber ich will unbedingt noch etwas zu den Fragen von Frau Wilms und von Frau Professor Wisniewski sagen. Dabei ging es um die Ordnungsvorstellungen von Oppositions- und Menschenrechtsbewegungen usw. Ich habe schon gesagt: Das Links-Rechts-Schema ist einem Teil der Leute wirklich abhanden gekommen. Die große Gesellschaftsutopie

ist uns zum Teil verlorengegangen. Wir haben – das habe ich auch in meinem Eingangsstatement zu sagen versucht – sehr viel stärker eine pragmatische Politik zu betreiben versucht, deren Ende hinten offen war. Aber Demokratie war die Bedingung, und die Einhaltung der Menschenrechte war die Bedingung. Was denn nun daraus würde, ob das ein neuer „-ismus“ würde, war uns zu einem bestimmten Zeitpunkt vergleichsweise egal. Aber z. B. das Verfassungsdenken war sehr ausgeprägt. Gerade das zeigte sich doch nach der Umbruchsituation am Runden Tisch. Das allererste, was wir am Runden Tisch beschlossen haben, war eine demokratische Verfassung. Ich habe selber an diesem Entwurf mitgearbeitet; ich war der Einberufer der Arbeitsgruppe „Verfassung“ des Runden Tisches. Dabei haben wir in den Vordergrund des ganzen Textes – das können Sie heute nachlesen – ganz klar die Menschenrechte gestellt; das ist das Hauptkapitel und sehr ausführlich. Es sind einige Vorstellungen vorgetragen worden, die im Grundgesetz nicht enthalten sind, z. B. die Festschreibung sozialer Rechte, aber nicht in der Form, die uns manchmal vorgehalten wurde. Es wurde gesagt, hier werde ein Recht auf Arbeit eingeräumt, das in einer Marktwirtschaft nicht durchführbar sei. Vielmehr stand in dem Verfassungsentwurf das Recht auf Arbeitsförderung. Das war eine Prioritätensetzung. Es war ein Staatsziel, das darin bestand, der Arbeitsförderung Priorität vor der Zahlung von Arbeitslosengeld zu geben. Nun frage ich mich: Was ist denn daran im Widerspruch zu einer demokratischen Verfassung?

(Abg. Frau Wilms, (CDU/CSU): Gar nichts!

Danach haben wir doch gefragt!

Dort sind also bestimmte Zielvorstellungen, die wir entwickelt haben, mit eingegangen.

Der Schwerpunkt war immer Demokratie und Gewaltenteilung, und zwar in aller Konsequenz, und das schon sehr lange. In dem Papier von 1987, in dem der Sozialismus nicht mehr enthalten war, steht das eindeutig. Ich kann es Ihnen gerne fotokopieren. Darin haben wir u. a. geschrieben:

„Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr an einer bestimmten Ideologie, einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“

Dieser Text stammt aus dem Jahre 1987. Allerdings hatten wir damals auch auf Grund unserer spezifischen Situation Probleme, uns ein parlamentarisches System analog dem westlichen vorzustellen. Damit man das entwickeln konnte, war der Fall der Mauer notwendig.

Ich höre gleich auf, damit auch die anderen noch Gelegenheit haben, die Fragen zu beantworten. Ich will nur noch etwas zu der Frage von Herrn Professor Fischer zu den Kontakten sagen. Ganz bedeutsam waren die

Reiseprobleme, auch im Falle der Unterzeichner der Charta 77. Sie durften alle nicht aus der Tschechoslowakei ausreisen; ihnen wurden die Pässe abgenommen. Wir bekamen keine Ausreisegenehmigung und wurden am Grenzübergang zurückgeschickt. Die Gruppierungen untereinander mußten also ganz andere Formen finden. Die Kontakte fanden schriftlich, telefonisch und über Umwege statt. Mitunter geschah folgender Blödsinn: Man gab jemandem, der in West-Berlin wohnte, einen Brief mit, den dieser in London abgab. Der Mann in London wiederum hatte Kontakt nach Prag. Das Ganze dauerte Wochen und Monate. Aber solche Versuche sind immer wieder unternommen worden. Deshalb kam es auch zu solchen Dingen wie Solidaritätserklärungen im Fall von Verhaftungen oder sogar zum Vorhaben einer gemeinsamen Zeitschrift, das 1989 bestand und nicht mehr zustande kam.

Die Repressionsmethoden waren, wie ich schon sagte, in den anderen Ostblockländern noch etwas härter als bei uns, aber im übrigen natürlich ähnlich.

Die Staatssicherheit hat mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern zusammengearbeitet. Ich habe in meinem Akten sowohl Übersetzungen von Aufzeichnungen über Beobachtungen, die in Prag gemacht wurden, als auch Übersetzungen aus dem Ungarischen über einen Besuch gefunden, den wir in den siebziger Jahren in Budapest gemacht haben. Umgekehrt war es sicherlich ganz genauso. Es gab also schon sehr viele Ähnlichkeiten; aber die Brutalität war in Prag, denke ich – aber dazu wird Anna sicherlich noch etwas sagen –, sehr viel größer, und wir hatten es da etwas leichter, vielleicht auch durch die deutsch-deutschen Beziehungen; das will ich gar nicht ausschließen.

Die Illusion im Westen, was die Stabilisierung angeht, beruhte, denke ich, auf einem etwas eindimensionalen Friedensbegriff. Ich habe vorhin versucht, meinen Friedensbegriff oder den solcher Gruppen dagegenzustellen. Er war unverzichtbar mit der Menschenrechtsfrage verbunden. Ich will das gar nicht abwerten und kann ganz eindeutig sagen: Die damalige Situation, nämlich die Bedrohung durch Atomraketen, hat natürlich im Westen gewisse Prioritäten geschaffen, die sich auch im Friedensbegriff niederschlugen. Aber das war nicht das einzige. Man hätte die Begriffe des inneren und äußeren Friedens doch stärker zusammenbringen sollen, auch auf der Regierungsebene. Auf unserer Ebene ist das laufend geschehen.

Rainer Eppelmann hat noch eine Frage gestellt. Da kann ich dir einfach nur recht geben. Ich will zusätzlich zu den Namen Weisskirchen, Scharrenbroich und anderen vor allen Dingen noch einen erwähnen, und er lautet: Petra Kelly. Es hat niemanden, wirklich niemanden in der ganzen westlichen Welt gegeben, der so engagiert Menschenrechtsgruppen in der DDR, aber auch in anderen Ländern Europas und in anderen Teilen der Welt, wie in Tibet, Indonesien,

Australien und sonstwo, unterstützt hat. Das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich sagen.

Daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik die letzte von vielen anderen westlichen ständigen Vertretungen war, die uns zur Kenntnis genommen hat, lag vermutlich daran, daß der letzte Ständige Vertreter in Ostberlin ein größeres Verständnis für die Probleme des Ostens hatte als seine Vorgänger; ich vermute das einmal. Wenn ich heute Herrn Gaus und Herrn Bertele höre, dann liegen Welten dazwischen. Bertele wurde später nicht zufällig Botschafter in Polen.

Zur Frage nach Gesinnungs- und Verantwortungsethik, Rollenspiel und Politik: Die Lehre aus dem, was wir erlebt haben, ist auch, die Trennung von Politik und Moral wenigsten in einem gewissen Rahmen aufzuheben. Das lebende Beispiel dafür ist Václav Havel, der das wirklich geschafft hat. Wenn er das geschafft hat, warum sollen das dann nicht auch andere Politiker schaffen können?

(Beifall der Abg. Frau Barbe (SPD))

Herr Gutzeit hat sehr viel ausgeführt, was zum Teil eine Frage, zum Teil aber auch schon eine Antwort auf Fragen gewesen ist. Darauf kann ich mich ganz eindeutig beziehen.

Die Beobachtung des Verhaltens der westlichen Welt z. B. in Prag oder von Prag aus gesehen in Berlin – das müssen wir von Anna oder von Zdenek hören – ist von Václav Havel in dem Essay „Anatomie einer Zurückhaltung“ 1985 wunderbar beschrieben worden. Das war für uns ein Ausgangspunkt. Da haben wir uns wiedererkannt und haben gesagt: Ganz genauso läuft das. Dabei haben wir festgestellt: Dort sitzen tatsächlich unsere Partner, die von gleichen Analysen, gleichen Überlegungen und auch gleichen Erlebnissen ausgehen. Damit möchte ich erst einmal schließen. (Beifall)

Anna Sabatova: Zunächst zur Frage von Markus Meckel, ob Moral oder politische Motivation für das eigene Verhalten ausschlaggebend waren: Das ist eine Frage, die sich zwar einfach anhört, aber kompliziert ist. Ich nenne drei oder vier Erlebnisse aus meinem Leben; vielleicht wird das eine Antwort sein. Ich kann nicht für andere Leute, sondern nur für mich sprechen.

Im Jahre 1968 war ich 17 Jahre alt. Ich habe mich nicht sehr stark engagiert. Ich war im Jahre 1968 sehr glücklich, aber nicht sehr politisiert. Damals geschah aber etwas, womit ich mich nicht einverstanden erklären konnte; das war ein sehr wichtiger Punkt. Als ich sah, daß sich die Gesellschaft veränderte, wußte ich, daß ich nicht etwas anderes als gestern sein konnte; das ging nicht.

1971 wurde ich für meine Tätigkeit in der entstehenden Opposition verhaftet. Ich bin zu drei Jahren verurteilt worden. Nach zwei Jahren bin ich in meine Heimatstadt gekommen, wo die wichtigen Personen noch im Gefängnis waren. Niemand wollte etwas machen. Alle haben mir gesagt: Jetzt wirst du schon

vernünftig sein. Ich war intelligent genug; ich habe nicht gestritten; aber ich wußte, daß ich nicht vernünftig werden würde.

Einige Zeit später habe ich meinen Mann kennengelernt und habe ihn geheiratet. Er hatte vier Jahre Gefängnis hinter sich. Ich erinnere mich an eine Diskussion mit seinem Bruder. Mein Mann hatte einen Bruder, der dann emigrierte. Er hatte keine Kraft mehr und hat nichts mehr gesehen. Ich habe ihm gesagt: Du mußt etwas dagegen machen; aber du kannst nichts erwarten.

Als die Charta 77 zustande kam, war es fantastisch für uns, daß wir viele waren, daß wir ein Gefühl der Gemeinschaft hatten und daß unterschiedliche Leute dabei waren, die verschiedene Lebensgeschichten hatten, die verschiedene Ansichten hatten und die unterschiedlichen Altersgruppen angehörten. Es waren Leute von 18 bis zu 70 Jahren dabei. Auch diese Generationserfahrungen waren sehr interessant; das halte ich für sehr wichtig.

Im Jahre 1979 ist mein Mann wieder verhaftet worden. Er hat mich in seinen Briefen gefragt, ob ich nicht emigrieren wollte, und hat mich gebeten, daß ich das entscheiden solle. Das war die schwerste Aufgabe meines Lebens. Drei Monate habe ich damit gekämpft, und dann habe ich mich zum Bleiben entschlossen.

Ich komme zu einem anderen Punkt, nämlich zu den DDR-Leuten, die schon emigriert waren und zu uns kamen. Die haben mir gesagt: Es ist Unsinn hierzubleiben; das ist nicht menschlich. Das bedeutete für mich einen großen Kampf; denn ich wollte keine Fanatikerin sein; ich wollte in meinem Leben nie eine Fanatikerin sein. Ich habe aber gewußt, daß man bleiben muß. Ich komme dazu noch bei einem anderen Punkt.

Herr Koschyk hat nach dem Helsinki-Prozeß gefragt. In der Basiserklärung war wichtig, daß diese Pakte Teil der tschechoslowakischen Rechtsordnung waren. Das war eine Sache, die man greifen konnte. Nach dem Helsinki-Prozeß, als es die Nachfolgekongresse ab und sich die Entwicklung veränderte, hat es immer mehr eine andere Rolle gespielt.

Zur Frage nach der Mitarbeit in der Kulturfront: Wir waren auf andere Dinge spezialisiert. Ich weiß leider nichts von dieser Zusammenarbeit. Ich will aber nicht ausschließen, daß es sie gab. Ich habe z. B. nicht gewußt, daß Reiner Kunze Jan Skacel übersetzt hat.

Zur Zusammenarbeit zwischen der Stasi und dem STB: Ich erzähle ein kurzes Beispiel für die Zusammenarbeit. Unser erster DDR-Kontakt fand mit einem Einzelgänger aus Pirna statt, der Ende der sechziger Jahre dafür verurteilt wurde, daß er Flugblätter über 1968 verbreitete. Er ist zu einem Jahr verurteilt worden. Er hatte keine Kontakte zu anderen Leuten in Deutschland. Er ist 1974, als ich schon in Prag war, dorthin gekommen. Er hat uns gesucht, und wir hatten Kontakte. Wir haben uns besucht und haben diskutiert. Die Anfänge waren bescheiden. Er wurde erneut verhaftet, als mein Mann schon

im Gefängnis war. Die tschechoslowakische staatliche Polizei hat Verhöre durchgeführt. Jan Hübl wurde verhört und ebenso mein Mann im Gefängnis. Ich wurde dreimal vorgeladen, bin aber nicht dorthin gegangen. Sie haben das dann wohl vergessen. Sie mußten es bis zu einem bestimmten Termin machen und die Ergebnisse dann in die DDR schicken. Der Mann war Lutz Reifenbach. Er hat dann geheiratet und den Namen seiner Frau angenommen. Dann hieß er Lutz Hesse. Nach seinem zweiten Gefängnisaufenthalt ist er emigriert.

Der Prager Appell und die Vereinigung Deutschlands waren integrale Teile und logisch nach der Philosophie der Charta von 1981. Sie sah einen Dialog mit den Friedensbewegungen vor. Wir waren immer für den Dialog. Aber wir waren in dem Sinne kritisch, daß die Fragen des Friedens und der Menschenrechte nicht getrennt werden durften. Ich hoffe, daß wir es auch ein wenig beeinflußt haben, daß sie einige unserer Ansichten angenommen haben. Wir haben uns auch für ein Europa ohne Pakte nur mit einem System der Sicherheit ausgesprochen. Ein Europa bedeutete auch ein Deutschland; das ist logisch.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Bei vielen in Deutschland nicht!)

– Das war meiner Meinung nach ein Schuldkomplex. Es bestand eine bestimmte Angst.

Zur Frage von Herrn Faulenbach: Auch ich halte die Opposition für breiter und tiefer. Die Philosophie war für mich eher die Patockas als die Havel. Patocka hat in seinen Essays schon in der Anfangszeit der Charta geschrieben: Es gibt Sachen, für die man leiden muß und für die zu leben Sinn macht. Das hat mein Lebensgefühl am besten ausgedrückt. Manchmal muß es fast ein wenig irrational sein, um alles ertragen zu können.

Anfang der achtziger Jahre war eine sehr schwere Zeit. Viele Leute waren im Gefängnis, z. B. die wichtigen Personen Havel, Dienstbier, Batek und mein Vater. Das waren wichtige Personen, die Kontinuität vermittelten. Mit jüngeren Leuten, die nicht so bekannt waren, haben wir die praktischen Dinge weitergeführt und eine Zeitschrift gemacht. Wir haben die Arbeit des Ausschusses fortgesetzt. Das bedeutete mehr als das Verfassen von tausend Kommunikés. Das war viel Arbeit; aber es waren kleine Arbeiten.

Dann haben sich fast alle meine nahen Freunde entschieden zu emigrieren. Das war schwer für mich. Ich erinnere mich daran, daß ich mit meinem Kameraden Václav Maly auf der einen Seite gesessen habe und die anderen auf der anderen Seite. Sie haben geschrien: Wir müssen aufhören; denn die Polizei tötet uns. Sie hatte damals auch physische Gewalt benutzt. Sie sind alle emigriert. Es waren fünf Leute. Das ist nicht viel; aber das waren meine engsten Freunde. Wir haben zurückgeschrien: Nein, wir lassen uns töten. Ich muß sagen, auch ich hatte manchmal Angst, aber nicht sehr oft. Denn ich war entschlossen zu bleiben. Die Strategie war gut. Ich meine, daß die Entscheidung, daß man

etwas opfern muß, daß man ins Gefängnis geht, zurückkommt und wieder arbeitet, wieder ins Gefängnis, wieder zurückkommt und wieder arbeitet, wichtig ist. Das haben mehrere Leute bewiesen. Die Philosophie, daß es nicht menschlich ist zu leiden und daß man besser weggehen soll, wurde bei uns überwiegend vertreten. Einige sind emigriert, und wir mußten sie ersetzen und durften nicht böse auf sie sein, weil es unsere Freunde waren und weil sie nur das getan haben, was jede Schwalbe machen kann. Das war eine Redewendung von Václav Havel. Er sagte: Wir können ihnen nicht das verweigern, was jede Schwalbe machen kann. Ich habe mich immer bemüht, sie nicht zu verurteilen. Aber für mich war das kein Weg. (Teilweise Beifall)

Zu der Frage, was wir 1968 gewollt haben: 1968 habe ich nicht viel gewollt, nur Freiheit; aber das war mehr ein Gefühl. Ich wollte nicht den Kapitalismus; das wußte ich. Aber ich habe nicht sehr viel in diesen Kategorien gedacht. Ich wollte eine humanistischere, freiere Gesellschaft. Das war für mich wichtig. Ich war damals, wie ich schon sagte, 17 Jahre alt.

1977 war ich schon älter. Ich habe es für mich so formuliert, daß es für mich wichtig ist, für die Menschenrechte und für eine menschliche, offene Gesellschaft zu kämpfen, in der die Leute entscheiden können, was sie wollen. Ich wollte mein Konzept auch nicht irgendwie überdenken, weil das gefährlich war. In den freien Gesellschaften können die Leute entscheiden; aber das, wovon ich überzeugt bin, muß nicht am besten sein. Ich sehe heute einige Fanatiker. Das ist etwas Schreckliches. Die Haltung der Leute, die denken, das, wovon sie überzeugt sind, ist für die Gesellschaft das beste, erinnern sehr an den Stalinismus Anfang der fünfziger Jahre. Sie haben zum Glück nicht sehr viel Macht und Einfluß.

Die Methoden der Repression waren meiner Meinung nach im gesamten Ostblock in unterschiedlich starkem Maße die gleichen. Ich will ein Beispiel nennen. Gerd Poppe hat von dem System, wie wir unter Aufsicht gestellt wurden, gesprochen. Das war kompliziert; denn wenn man mit dem Mann und den Kindern spazierenging, liefen sie immer zwei Schritte hinter einem her. Das ist nichts Angenehmes.

Für mich war interessant, daß zu dieser Zeit Sibylle Havemann in Prag war. Wir haben uns bei meiner Freundin getroffen. Sie kam eher und wir später; sie ist früher und wir sind dann später gegangen. Das war ein System, um sich mit jemandem zu treffen. Sie hat davon erzählt, daß ihr Vater unter dem gleichen System litt. Das ist ein Beweis dafür, daß sich die Systeme nicht nur in bezug auf die Gefängnisse ähnelten.

Wir sprechen von „Debolschewisation“ und einem dicken Strich; das sind unsere Begriffe. Auf die Frage danach kann ich keine ganz klare Antwort geben. Denn damit haben wir eine Erbschaft bekommen, die nicht gut gelöst sein wird. Ich bin gegen die Debolschewisation, wie sie bei uns gemacht worden ist, also gegen beide Gesetze, die sie realisieren. Denn man macht

keine Unterschiede zwischen den Leuten. Man steckt die aktiven Protagonisten und ihre Opfer, die in einem bestimmten Moment versagt haben, in einen Sack. Das geht nicht. Die Listen der Mitarbeiter der Polizei sind bei uns eine heftiger diskutierte Frage als konkret die Stasi. Auch das ist interessant. Es sind Leute wie Kardinal Tomásek und Václav Ramostva, die 13 Jahre lang bei der Charta aktiv waren, dabei. Das war vorher, auch bei Tomásek. Man kann nicht nur einfach sagen, daß er ein Spitzel war. Das gilt auch für die Frau von Skworski. Das sind Leute, die vielleicht auch menschlich versagt haben; ich weiß es nicht. Möglicherweise haben einige auch nicht begriffen, worum es geht. Ich kann das nicht beurteilen. Es war auch in den fünfziger und sechziger Jahren so. Es hat kurze Zeit, aber auch lange Zeit gedauert. Ich bin nicht fähig, diese Leute irgendwie zu verurteilen. Bei jedem Schicksal muß ich wissen warum, um ein Urteil fällen zu können. In den Listen sind viele Leute enthalten, die zehn Jahre im Gefängnis waren und dann unterschrieben haben. Im Jahre 1960 gab es eine große Amnestie. Die Staatspolizei wußte, daß es eine Amnestie geben wird. Sie hat versucht, die meisten Leute vor der Entlassung zu zwingen. Sie haben gesagt, wenn sie unterschreiben, können sie nach Hause gehen. Viele Tausende haben unterschrieben. Ich persönlich kenne einen Mann, der uns das als ersten Menschen in seinem Leben gesagt hat. Er hat 30 Jahre lang damit gelebt. Er hat es uns einen Monat vor der Veröffentlichung gesagt. Er war glücklich, daß er es jemandem sagen konnte, der ihn nicht verurteilte. Es gab auch normale Spitzel. Aber ich werde sie nicht verurteilen, ich nicht.

Zur Frage von Frau Barbe nach dem Beitrag Deutschlands zur Schaffung einer demokratischen Situation in Europa. Ich meine, dieser Beitrag kann erst geleistet werden, wenn die Bundesrepublik die Integration der ehemaligen DDR erreicht hat und wenn es einen guten Kontakt vor allem zu seinen engsten Nachbarn, Polen und Tschechen, hat, die eine historische Angst vor Deutschland haben. Sie müssen davon überzeugt sein, daß es nicht mehr nötig ist, Angst zu haben. Diese Antwort ist nur ganz allgemein.

Zu der Frage, ob ich seit dem Jahre 1982 irgendeine Veränderung der Politik sehe: Ich muß sagen – aber ich meine, das ist nicht nur meine persönliche Ansicht –, als wir mit der Charta begonnen haben, haben wir nichts erwartet. Wir haben gewußt, daß wir unsere Freiheit erkämpfen müssen. Das war der Anfangspunkt. Die solidarische Unterstützung erfolgte später, als wir uns schon einen bestimmten Freiraum erkämpft hatten, stärker als am Anfang. Seit der Mitte der achtziger Jahre war es schon normal, daß ein Besucher aus Amerika, England oder Frankreich auch Kontakt mit der Opposition hatte. Diese Kontakte haben wir immer gesucht. Kontakte zum Chef des Gefängnisses, wie eben jemand gesagt hat, sind immer gut; aber man muß auch über die Dinge sprechen. Einer der ersten, die mit der Opposition sprachen, war Sir Geoffrey Howe; das haben Sie erwähnt. Ich persönlich habe zweimal

...(akustisch unverständlich) getroffen; ich weiß nicht genau, wann zum erstenmal; aber ich meine 1984 oder 1983. Der letzte war Mitterrand. Er ging schon in die Burg des Präsidenten.

Zu der Frage, warum nur einige Leute aus dem Westen gekommen sind: Ich möchte dazu sagen, daß wir nicht gegen die Dialogpolitik waren. Wir waren nicht dagegen, daß die demokratischen Regierungen mit unserer Regierung sprachen. Aber das war nicht genug; das war für uns von Anfang an klar. Es ist immer so, daß einige kommen und andere nicht. Es kamen Gert und die Leute von den Grünen. Dann kamen die Leute von der Basis. Es ist interessant, daß z. B. die Professoren aus den Universitäten Vorträge in Prag hielten. Das war sehr positiv. Aber das haben wir als bürgerliche Sache, als Zusammenarbeit mit den Bürgern, gesehen. Wir haben uns als bürgerliche Initiative, als Initiative der normalen Leute, gefühlt, die mit solchen Leuten in der Welt solidarisch sind.

Der Beitrag der Journalisten aus dem Westen war groß. Sie waren in Prag unsere legalen Kontaktpersonen; denn sie waren legal akkreditiert. AFP war die einzige Nachrichtenagentur, die in all den Jahren Journalisten in Prag hatte. Es war vielleicht auch noch ein Journalist vom zweiten deutschen Fernsehprogramm dort; aber er war möglicherweise kurze Zeit nicht da.

Die Nachrichtenagenturen Reuters und ANSA haben ihre Tätigkeit unterbrochen und waren ein paar Jahre lang nicht dort. Nur die tschechischen Mitarbeiter waren noch da; aber sie durften keinen Bericht über uns übermitteln. 1986 hatte man die Idee, daß auch AFP seine Tätigkeit beendet, vor allem weil Prag für sie langweilig war. Es ist nichts für die Welt Interessantes passiert; es waren nicht genug Leute im Gefängnis. Wir haben einen Brief an Mitterrand geschrieben und haben erklärt, daß AFP der letzte offizielle, legale Kontakt mit der Welt ist. Denn sonst erfolgten die Kontakte, die wir über unser privates Telefon suchten, mit Emigranten. Auch das war sehr wichtig. Aber das haben wir persönlich als größeres Risiko empfunden. AFP hat den Journalisten dort gelassen bzw. einen neuen geschickt. Die Tatsache, daß die Journalisten kamen, sich für uns interessierten und über uns schrieben, hat uns meiner Meinung nach gerettet. Denn wenn es, wie in den fünfziger Jahren, nicht geschehen wäre, hätten sie sehr viele Leute einfach vernichten können. Das war wichtig. Das war ein großer Unterschied zwischen den siebziger, aber vor allem den achtziger und den fünfziger Jahren. Die Welt war nicht so geteilt. Es bestand immer Angst vor Repressionen. Aber die Regierung wagte nie, alle zu liquidieren.

Hat jemand das Gefühl, daß ich seine Fragen nicht hinreichend beantwortet habe? (Beifall)

Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Ich muß leider vom menschlichen Leben zur Politik zurückkehren. Die Politik ist nur ein kleiner Teil des menschlichen

Lebens und nicht immer menschlich. Aber man kann das dann auch kürzer ausdrücken.

Zur Frage, wann und wo wir in der Tschechoslowakei ungefähr zu dem Schluß gekommen sind, daß man mit konkreten Taten agieren oder das Regime attackieren muß: Bei den politisch engagierten Reformkommunisten im Jahre 1968 ist diese Überzeugung, glaube ich, eingetreten, als man nach fünf Jahren sah, es wird überhaupt keine Katalysierung in Prag geben; es wird immer härter, und es gibt ein stalinistisches Regime. Bei den anderen, jüngeren und auch nicht kommunistisch orientierten Gruppen war diese Überzeugung zum Teil schon früher vorhanden. Teilweise ist es aber gerade im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß zu der Auffassung gekommen, es sei jetzt wichtig, nicht mehr anonym zu bleiben. Das war die Überzeugung der Charta-Bewegung. Ich gehörte zu dem engen Kreis derer, die die Charta 77 vorbereitet haben. Wir hatten die Überzeugung: Wir müssen jetzt mit unseren Namen ganz offen für die Erfüllung dessen, was als Folge der KSZE-Konferenz unterschrieben worden war, haften. Wir mußten zeigen, daß wir die Folgen der KSZE-Konferenz jetzt wirklich sehen wollten.

Herr Koschyk und auch andere fragten, ob bei der Gründung der Charta eine Absage an reformkommunistische Ziele oder an den demokratischen Sozialismus vorlag. Es ist schwer, das so zu formulieren, weil die Hälfte der ursprünglichen Unterzeichner – es waren, glaube ich, 245 Personen – ehemalige Reformkommunisten gewesen waren. Aber es wurde in dem engen Kreis auch ganz offen darüber gesprochen. Ich gehörte zu denen, die vorgeschlagen haben, in der Einleitung der Charta zu schreiben: Es war ein Versuch, den demokratischen Sozialismus durchzusetzen. Das bedeutete einen Kampf für Menschenrechte. Es war Havel, der damals sagte: Wenn wir damit beginnen, dann können das doch nicht alle unterzeichnen, weil sie nicht alle der Meinung sind, daß es so war. Wir haben freiwillig darauf verzichtet; denn die Verteidigung der Menschenrechte bedeutet noch keine politische Überzeugung, sondern nur das Recht, zu verlangen, daß jeder seine politische Überzeugung auch aussprechen darf, also die Achtung des Rechts der Andersdenkenden. Ob es Katholiken oder Reformkommunisten waren, war in diesem Moment egal. Ich glaube, das war am Anfang die wichtigste Kraft der Charta 77.

Jemand hat die Erinnerungen von Alexander Dubcek erwähnt. Er beschreibt die Episode, warum er die Charta 77 nicht unterschrieben hat, nicht ganz genau. Wir wollten nicht, daß er unterschreibt. Jemand wurde zu Dubcek mit der Bitte geschickt, es zu überlegen, aber mit der Stellungnahme von Havel, von mir, von Petr, von Jédri Hajek und all den anderen, die dabei waren, daß das eigentlich nicht gut wäre. Denn in dem Moment wäre aus der Charta ein Dokument geworden, das Dubcek wieder an die Macht bringen wollte. Das war nicht die Absicht; das war ganz klar; das war kein Zufall. Deshalb spreche

ich, Herr Garton Ash, nicht darüber, ob ich ein Gesprächspartner war, sondern darüber, daß von Anfang an zwei Flügel in der Menschenrechtsbewegung existierten. Ich finde das normal und gesund; denn wer zwei Flügel hat, kann schon fliegen. Mit einem ist es nicht ganz so gut möglich. (Beifall) Deshalb spreche ich über den ganzen Flügel. Die Jazz-Sektion, die Sie erwähnt haben, besteht doch nicht aus Reformkommunisten, sondern das ist „underground culture“. Ihr Vorsitzender schreibt jetzt in der ehemaligen Parteizeitung „Rudé Právo“ eine Polemik über ihre Rechte, die die heutigen Herren nicht immer akzeptieren.

Zur zweiten Frage – ich glaube, sie stammt von Herrn Jacobsen –, ob wir 1968 über die deutsche Frage nachgedacht haben. Offiziell nicht; sogar innerhalb der Parteiführung war das nicht denkbar; denn es war eine zersplitterte Parteiführung. Husák, Bilak und die anderen waren doch Mitglieder der damaligen Parteiführung. Aber in der Dubcek-Gruppe waren wir – so würde ich sagen – der Meinung, daß eine derartige Entwicklung in der DDR freilich für Moskau kaum akzeptabel sein könnte, weil das – da hatte Ulbricht recht – dazu führen würde, daß die deutsche Vereinigung auf die Tagesordnung gesetzt werden müßte. Im Unterschied zur Tschechoslowakei, zu Polen, aber auch zu anderen mußte die Teilung Deutschlands auf die Tagesordnung kommen, wenn es um die Demokratisierung und um die Demokratie ging. Wir waren damals der Meinung: Das ist für Moskau so grundsätzlich inakzeptabel, daß wir davon eher die Hände lassen müssen.

Ein Modell Österreich kam nach unserem Denken 1968 eigentlich nicht in Frage. Das war ein beendetes Spiel von 1955. Wenn Chruschtschow das österreichische Modell überhaupt in Betracht zog, dann nur mit dem Gedanken: Wenn ganz Deutschland diesen Weg beschreitet, dann werde ich das akzeptieren, aber das ganze Deutschland und nicht nur die DDR. Es war klar, daß in den Köpfen des Moskauer Politbüros das sogenannte österreichische Modell mit der Vereinigung Deutschlands verbunden war.

Zur Frage, was ohne Intervention geschehen wäre. Ich bin kein Prophet. In jedem Falle hätte es keine Entwicklung gegeben, die den heutigen Verhältnissen gleichzusetzen wäre. Aber ich bin immerhin davon überzeugt, daß eine gewisse Wiederholung der spezifischen Erfahrungen Jugoslawiens nach dem Jahre 1950 auf ganz andere Weise denkbar gewesen wäre, so daß die Tschechoslowakei ohne Intervention doch hätte versuchen können, diesen eigenen Weg zu gehen. Wozu das geführt hätte, weiß ich nicht, sicher auch zu Konflikten mit denen, die weiter gehen wollten, und auch zu Konflikten mit denen, die mit freien Wahlen beginnen wollten; denn mit freien Wahlen eine Reform zu beginnen, gleicht doch einem Selbstmord der Partei, die 40 oder 20 Jahre Diktatur hinter sich hat. Wir waren keine politischen Selbstmörder. Aber das bedeutet nicht, daß ich nicht wußte: Ohne diese Entwicklung geht es nicht.

Es wurde auch die Frage gestellt, was wir eigentlich wollten. Dafür gibt es Dokumente – ich kann das nicht in fünf Minuten schildern –, nicht nur das Aktionsprogramm, das kurzfristig war. Die Dokumente sind in dem Sammelband „Panzer überrollen den Parteitag“ enthalten, der im Jahre 1970 in Wien auf deutsch erschienen ist. Dort sind alle Papiere, die für den 14. Parteitag vorbereitet worden waren und die eine ungefähr zehnjährige Perspektive hatten, nachzulesen. Darin steht: Wir können uns vorstellen, daß in zehn Jahren auch andere Parteien als politische Subjekte an den Wahlen teilnehmen. Aber vorher muß man andere Wege der Demokratisierung gehen, da wichtige Reformkommunisten als die Verantwortlichen für 20 Jahre totalitäre Herrschaft dastehen. Demokratisierung bedeutete also nicht nur Arbeiterselbstverwaltung, sondern Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, vieles, was 1968 schon verwirklicht wurde und was auch in einem halbautoritären System, also nicht in einer reinen parlamentarischen Demokratie, funktionieren konnte. Aber wie lange das der Fall sein konnte, kann ich jetzt nicht beurteilen. Sicherlich hätte das auch zu Konflikten geführt; aber diese hätte man nicht mit Panzern lösen müssen – davon bin ich überzeugt –, aus der Sicht der Moskauer Führung schon, aber aus unserer Sicht nicht.

Über die Ziele der Charta habe ich schon gesprochen.

Zu der Frage, ob das in der Sowjetunion – ich habe gesagt, daß der Prager Frühling der letzte denkbare Versuch einer Reform des kommunistischen Systems war – nicht doch denkbar gewesen wäre: Im Jahre 1975 wäre es als eine Anknüpfung an die Chruschtschow-Ära möglicherweise denkbar gewesen. Aber es gab keine Anknüpfung. Was meine persönliche Entwicklung betrifft, war ich nach 1970 und 1977, als ich in die Emigration ging, davon überzeugt, daß das Reformpotential in den herrschenden kommunistischen Parteien weg war. Ich habe davon gesprochen, daß Gorbatschow und ich Gesprächspartner waren, und zwar deshalb, weil wir als Studenten fünf Jahre zusammengelebt haben, aber nicht aus politischen Gründen, weil ich dachte, er komme irgendwann einmal in den Kreml. Die Anknüpfung war also 1975 noch denkbar. Aber als Gorbatschow 1985 Präsident wurde, gab es in der Sowjetunion schon eine andere Gesellschaft. Es waren nicht mehr die Generationen, die den Stalinismus und den Krieg erlebt haben; es waren andere. Das war eigentlich die Wirkung der Chruschtschow-Ära, die sehr, sehr widersprüchlich war. Auf der einen Seite hat er die Isolierung verringert; aber auf der anderen Seite hat er sicher nicht die Vereinigten Staaten eingeholt, obwohl es damals unter Chruschtschow den Witz gab: Wir dürfen sie einholen, aber nicht überholen; denn sonst würden sie sehen, daß wir eigentlich einen nackten Arsch haben (Heiterkeit). Chruschtschow hat die Vereinigten Staaten nicht eingeholt; aber er hat die Isolierung gelockert, was unter Stalin undenkbar war. Das Ziel war, so zu leben wie die Leute im Westen. Man hatte jedoch immer politische Gewalt angewandt, damit die Leute dabei im Käfig blieben.

Das war unvereinbar. Chruschtschow hat diese zerstörende Dynamik schon gelockert. Aber die neuen Generationen, die Gorbatschow mit Perestroika ansprechen wollte, dachten nicht mehr so wie die Menschen nach 1956, sondern in die Richtung, daß man das erreichen soll, was sie im Westen geschafft haben.

Die Frage von Manfred Wilke in bezug auf die Befürchtungen von Ulbricht, der dachte, wenn so etwas in der DDR geschähe, müßte dies zur Zerstörung und zur Vereinigung mit der Bundesrepublik führen, habe ich schon beantwortet. Aus seiner Sicht gesehen war dies nicht falsch.

Was die Sozialdemokratisierung der damaligen Statuten der KPC betrifft, so waren wir uns dessen bewußt. Ideologisch gesehen konnten damals die Machthaber in Moskau sagen, das sei eine Sozialdemokratisierung. Aber für uns war wichtig, wodurch man das fehlende Mehrparteiensystem in der Politik ersetzen könnte. Wenn man dabei blieb, daß nur eine Partei oder die Nationalfront zugänglich waren, dann mußte man sich darum kümmern, daß es innerhalb der Partei oder innerhalb der Nationalen Front auch für kritische, oppositionelle und anderslautende Meinungen einen Platz gab. Das wollten wir erreichen. Deshalb mußte man die Statuten ändern; denn z. B. ein Fraktionsverbot konnte man nicht mehr erhalten. Ich erinnere mich an die Diskussion über die Statuten. Sie bewegten sich auf hohem Niveau. Ich habe der politischen Kommission angehört. Es gab einen Streit über die Definition des Ausdrucks „Fraktion“. Da ich es schon satt hatte, habe ich einen Witz gemacht und gesagt: Genossen, das können wir doch nicht in die Statuten schreiben; in Wahrheit sind eine Fraktion die Andersdenkenden, die verloren haben; denn die, die gewonnen haben, sind die Partei. Daraufhin waren sie böse; aber es war so. Wir waren uns bewußt, daß die Partei oder die Nationale Front die Rolle einer großen Koalition spielen sollte. Diese kann man nicht abwählen; ich bitte um Entschuldigung. Sie muß einen Raum dafür bieten, daß innerhalb der großen regierenden Koalition verschiedene Strömungen, sogar auch fast schon oppositionelle Strömungen, vorhanden sind. Das war der Grund, aus dem heraus wir die Statuten usw. ändern wollten.

Als ich 1977 als Vertreter der Charta nach Wien kam, war gerade der heute ganz bekannte Senator Dole auf einer Europareise. Er sollte die Menschenrechtslage für den Kongreß zusammenfassen. Ich wurde von ihm in Wien empfangen und habe ihm den Inhalt der Charta in fünf Minuten geschildert; dafür gab es nur zehn Minuten Zeit. Daraufhin hat er die Frage gestellt: Und wieviel Sendezeit steht der Charta im Fernsehen zur Verfügung? In diesem Moment wußte ich, was die Förderung der Menschenrechte von seiten einiger Großmächte in der Praxis auch bedeuten kann. Ich wollte ihm gerade mitteilen, daß wir überhaupt keine Sendezeit haben. Aber da fragte er schon: Wie soll die Charta aber dann Einfluß haben? Das ist eine schwierige Frage, habe ich ihm geantwortet . . . Es war immer nicht einfach.

Es geht stets darum – das möchte ich auch noch zu der Frage nach China sagen –, daß die Menschenrechte eines der Probleme der internationalen Beziehungen und jeder Politik sind. Was China betrifft, so ist es meiner Meinung nach nicht ohne weiteres mit dem damaligen Konflikt im Ostblock zu vergleichen. Zum einen ist China kein Beteiligter des Ost-West-Konfliktes. Zum zweiten geht es hier um Probleme, die mit der Dritten Welt zusammenhängen. Es hat sich doch jetzt bei der Konferenz über Menschenrechte in Wien gezeigt, daß China schon fast zu dem Block gehört, der auf dem Standpunkt steht: Die Menschenrechte sind eine Zivilisationsfrage. Auch die islamischen Staaten gehören schon zu diesem Block. Dabei stellt sich wirklich die Frage, ob man islamisches Recht in dem Sinne, in dem wir darüber sprechen, als Recht verstehen kann. Wenn die arabischen Staaten den Begriff Menschenrechte in der allgemeinen UNO-Deklaration über Menschenrechte als „Volscharia“ übersetzen, was bedeutet dann eigentlich die Zustimmung dazu?

Es sind also viele, viele Probleme offen. Diese Probleme werden von der Politik leider – so sage ich – anders gelöst werden müssen, als wir es als überzeugte Menschenrechtler wünschen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Es folgt eine kurze persönliche Bemerkung von Herrn Professor Soell.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich habe mich deswegen gemeldet, weil Herr Poppe eine Bemerkung über die Haltung der Bundesrepublik anläßlich der Erklärung von 1986 zur Weiterentwicklung der KSZE gemacht hat. Es ist keine Korrektur, aber eine Ergänzung, die das Bild vervollständigt.

Sie haben den amerikanischen Vertreter gelobt. Ich habe als stellvertretender Leiter der deutschen Delegation im Rahmen der Interparlamentarischen Union, die sich um die KSZE gekümmert hat, im Vorfeld der Wiener Folgekonferenz versucht, die Erklärung, von der Sie vorhin sprachen, zu implementieren. Michaela Geiger war Leiterin der Delegation; ich war stellvertretender Leiter und Mitglied der Redaktionskommission und habe mich tagelang bemüht, die östlichen Diplomaten zu überzeugen. Man muß von den „östlichen Diplomaten“ sprechen; denn die Parlamentsdelegationen der östlichen Länder waren ja überwiegend in den Händen ihrer offiziellen Politik, und die Berater haben in der Redaktionskommission im Grunde auch bestimmt, welche Formulierung jeweils toleriert wurde. Ich muß sagen, daß diese Auseinandersetzung in Teilen erfolgreich war. Das offizielle Bild, das von dem gezeichnet wird, was da im einzelnen diskutiert wurde, wäre unvollständig, wenn man gerade diese Beratungen nicht mit berücksichtigte. Ich kann es jetzt nur stichwortartig sagen.

Das gleiche gilt für das, was im Europarat seit Mitte der achtziger Jahre diskutiert worden ist. Als ich 1986, wenige Monate nach der Bonner Konferenz über die KSZE, im Rahmen der Interparlamentarischen Union im Europarat den Antrag stellte, die sich reformierenden Staaten Osteuropas mit

einem Gaststatus in die Parlamentarische Versammlung aufzunehmen, wenn Oppositionsvertreter in solchen Delegationen vertreten wären, stieß das noch auf große Skepsis. Zwei Jahre später war man froh, daß man den Gaststatus hatte. Der erste prominente Redner aus diesem Lager war Gorbatschow im Mai 1989.

Ich sage das deswegen, weil er wenige Tage später in China war und erlebte, wie dort die Studenten den Platz des Himmlischen Friedens belagerten und daß das Haus, in dem der Volkskongreß und die politische Leitung Chinas tagten, belagert war. Gorbatschow hat gesehen, wie die chinesische Führung dort operierte. Das hat sicherlich auch seine Haltung im Herbst 1989 mit bestimmt. Dies gehört dazu. Es ist nicht so gewesen, daß dies alles die offizielle Ebene nicht berührt hat.

Ich möchte auch noch abschließend ein Wort gerade zugunsten der deutschen Diplomaten sagen. Die politische Leitung des Hauses hat sie nicht immer groß gestützt; aber sie hat sie gewähren lassen. Sie waren wie die deutschen Parlamentarier unter den am intensivsten Mitarbeitenden in den internationalen Gremien, die sich für Menschenrechte gerade auch im östlichen Mitteleuropa eingesetzt haben, auch wenn die Kontakte zu den Oppositionsgruppen nicht unmittelbar bestanden. Aber es gab ein Stück mittelbare Information und den Versuch, das umzusetzen. Das kann man nicht bestreiten. Ich habe es an mehreren Beispielen erlebt.

Abg. Frau Wilms (CDU/CSU): Eine Ergänzung dazu, Herr Soell: Vielleicht ist es ebenfalls historisch von Interesse, daß bei den Konferenzen der KSZE zur Weiterentwicklung der Menschenrechte immer auch ein Beamter des innerdeutschen Ministeriums zusätzlich zu den Beamten des Auswärtigen Amtes mit dabei war. Ich glaube, daß das zur Abrundung des Bildes gehört.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich danke für die Teilnahme an der Diskussion. Besonders danke ich denjenigen aus der ehemaligen CSSR, die hier gesprochen haben. Ich darf mit dem Titel eines Buches von Ján Patočka – er ist eben schon genannt worden; er starb zwei Monate, nachdem die Charta 77 gegründet wurde –, der zur damaligen Zeit eine bedeutende Rolle gespielt hat, enden. Er hat ein Buch mit der Überschrift „Die Solidarität der Unterdrückten“ – die Solidarität der Unterdrückten ist heute zur Sprache gekommen – geschrieben. Wir sagen denen, die damals unterdrückt waren – wie soll ich es sagen; unsere nachträgliche Solidarität können wir ihnen nicht mehr geben. Ich bedauere, daß es in jener Zeit nicht immer genug Solidarität gegenüber den Unterdrückten gegeben hat. Die Diskussion heute morgen mag vielleicht ein wenig zur Linderung der entgangenen Solidarität beigetragen haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pause kann jetzt wirklich nur in einem ganz kurzen Aufstehen und Wiederhinsetzen bestehen. Denn jeder, der auf

die Uhr sieht, stellt fest, daß die Mittagspause schon längst vorbei ist und daß wir uns bereits eine halbe Stunde mit dem zweiten Thema beschäftigen sollten. Wenn wir das zweite Thema genauso ernst nehmen wollen wie das erste, müssen wir sofort weitermachen, weil Endzeiten entweder durch den Kalender oder durch Abflugtermine gesetzt sind. Ich bitte also um Verständnis dafür, daß wir sofort weitermachen.

Wir haben von der Methode her ähnliches für den Bereich Solidarnosc und Polen vor, wie wir es bei den Themen 1968, Charta 77 und Tschechoslowakei gemacht haben. Das bedeutet, es wird eine kurze Einführung des Gesprächsleiters geben – das wird in diesem Falle Markus Meckel sein – und dann ein Podiumsgespräch mit der Möglichkeit der Mitglieder der Enquete-Kommission, in dieses Gespräch einzugreifen.

(Kurze Unterbrechung)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Auch wenn wir jetzt noch wenige hier im Saal sind, wollen wir beginnen. Wir können zwischen verschiedenen Übeln wählen. Ich denke, wir sollten nicht das Übel wählen, diejenigen, die nun hier vorne sitzen, so zu benachteiligen, daß sie kaum noch zu Wort kommen können. Jeder, der jetzt nicht anwesend ist, kann es dann zumindest im Protokoll lesen. Vielleicht gesellt sich während meiner Einführungsbemerkungen ja noch der eine oder andere in unsere Runde.

Es gibt verschiedene deutsch-polnische Nachkriegsgeschichten. Diese verschiedenen Geschichten resultieren daraus, daß es zwei deutsche Staaten gab, die zudem jeweils keine einheitliche Geschichte ihres Verhältnisses zu Polen hatten. Das heißt, es gab hier nicht nur Veränderungen, sondern gleichzeitig unterschiedliche Strömungen oder jeweils Vorläufer von Veränderungen.

Die DDR-Politik gegenüber Polen war durch die sofortige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahre 1950 gekennzeichnet. Dies war wichtig, wenn auch nicht so wichtig wie dann die Anerkennung Jahrzehnte später. Ansonsten war die Beziehung der DDR-Regierung zu Polen, wie wir alle wissen, durch „große Freundschaft“ gekennzeichnet. Sie beruhte auf der Ideologie, die wiederum nicht Sache der jeweiligen Bevölkerung war, so daß sie auf sehr wackeligen Füßen stand. Diese auf Ideologie beruhende Freundschaft war im Hintergrund auch nicht immer so freundschaftlich, wie sie sich nach außen hin darstellte.

Es gab in der DDR eine andere, kleine Geschichte des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen, nämlich die der Kirchen und der Opposition, ebenfalls jeweils in sich differenziert, die eine Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Polen als Aufgabe verstanden und versuchten, dies dann in den konkreten Kontakten umzusetzen.

Es gab natürlich – dies ist heute für uns ein besonderes Thema – die Geschichte des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, eine

Geschichte, die von mancher Veränderung geprägt war, am Anfang von großer Sprachlosigkeit und von der Schwierigkeit, damit umzugehen. Mit „damit“ ist die Geschichte vor 1945 gemeint: der Überfall auf Polen, die vierte Teilung Polens, an der Deutschland und die Sowjetunion beteiligt waren, der Vernichtungskrieg gegen Polen, die vielen, vielen toten Juden und Polen in Polen und die Schwierigkeit der Bundesrepublik Deutschland – die DDR hat diesen Versuch gar nicht gemacht –, mit dieser Geschichte umzugehen, zumal es in Polen eine kommunistische Regierung gab. Man stand vor der Frage: Wie kann mit einem kommunistischen Polen Versöhnung gestaltet werden?

Eine andere wesentliche Frage, die natürlich die ganze Zeit auf dem Tisch lag und die Verhältnisse mit prägte, war die Situation der Deutschen in Polen, also der Deutschen, die in Polen geblieben waren. Was war damals für diese besser: das Festhalten an Prinzipien und das Offenhalten der Grenzfrage, so daß auch eine künftige Geschichte Deutschlands auf dem Gebiet des ehemaligen und heutigen Polen offenbleiben sollte, d. h. das Offenhalten nicht nur der deutschen Frage, sondern gleichzeitig auch die Frage der Grenze zu Polen, oder eine Verständigungspolitik, die versuchte, zumindest für die Deutschen die Ausreise zu ermöglichen? Woher sollten Veränderung und Erleichterung auch für die Polen selbst kommen? Das waren Fragen, die wir heute vormittag in bezug auf die Tschechoslowakei und natürlich die DDR und den gesamten Ostblock schon diskutiert haben und die uns weiter beschäftigen werden.

Unser Podium ist so wie heute vormittag zusammengesetzt. Das heißt, wir haben auf dem Podium selbst keinen Vertreter der neuen Ostpolitik; aber wir haben diese Vertreter, die dann entsprechende Fragen stellen und Positionen beziehen können, natürlich in der Enquete-Kommission.

Ich möchte das Podium vorstellen. Zum einen sind Polen da, die in ganz besonderer Weise das mitgeprägt haben, was für uns alle im Vordergrund steht, wenn wir an Polen und die Veränderungen denken, die es 1988/1989 gegeben hat und die ein Jahrzehnt vorher in besonderer Weise mit Solidarnosc begonnen haben. Mit Solidarnosc hatte sich für uns im Osten ein Stück weit die Welt verändert. Die Charta 77 empfanden wir – wir haben dies heute morgen sehr eindringlich erfahren – als wichtigen Versuch des Lebens in der Wahrheit. Das waren real existierende Personen, die sich zusammenschlossen und miteinander dafür einstanden. Bei Solidarnosc empfanden wir es so, daß sich plötzlich etwas veränderte, mit den entsprechenden staatlichen Reaktionen. Es wurde deutlich: Von unten kann Veränderung kommen. Dies war ein Fanal für uns alle im Osten, das wir neben vielen anderen nicht zuletzt auch denen verdanken, die hier links – von Ihnen aus gesehen rechts – neben mir sitzen.

Ich stelle Herrn Dr. Artur Hajnicz vor. Er ist Journalist und hat lange bei „Zycie Warszawy“ gearbeitet, dann, 1981, als Stellvertreter von Mazowiecki bei der Wochenzeitschrift „Tygodnik Solidarnosc“. In der Zeit des Kriegszu-

standes war er für Solidarnosc für die Kontakte nach Deutschland zuständig. Er hat seit dieser Zeit in einer Gruppe – auch dies ist, glaube ich, etwas Neues –, die sich mit der Außenpolitik konzeptionell beschäftigte, besonders den Part vertreten, der sich mit der Politik gegenüber Deutschland beschäftigt hat. Er war oft in Deutschland und ist jetzt Direktor des Zentrums für internationale Politik beim Senat und hat für seine Verdienste beim Zustandekommen der deutsch-polnischen Verträge das Bundesverdienstkreuz erhalten.

Wojciech Wiczorek war lange Mitarbeiter und Redakteur der katholischen Monatszeitschrift „Wież“. Ich will dies nicht im einzelnen ausführen. Er hat hier lange die geistige Diskussion von Solidarnosc mit geprägt. Ende der 80er Jahre war er Chefredakteur dieser Monatszeitschrift. Er hat langjährige Kontakte zu „Sühnezeichen“, zu Pax Christi und zu anderen Organisationen in Deutschland gehabt. Er war in der kurzen Zeit der demokratischen DDR Botschafter Polens in der DDR. Nach der deutschen Vereinigung war er dann Leiter der Außenstelle der Botschaft. Er lebt jetzt wieder in Warschau als sehr engagiert beschäftigter Rentner oder Pensionär.

Ganz rechts von mir sitzt Ludwig Mehlhorn. Er ist eines der beiden Mitglieder der DDR-Opposition, die in ganz besonderer Weise die Kontakte zu Polen gefördert, bekanntgemacht, weitergetragen und geprägt haben. Der andere ist Wolfgang Templin, den ich hier mit erwähnen möchte. Beide sprechen polnisch. Sie haben mit ihrer Verbindung nicht nur ein offenes Bewußtsein für Polen in der Opposition der DDR geschaffen, sondern auch immer wieder die Kontakte hergestellt. Ludwig Mehlhorn ist Mathematiker und hat zu DDR-Zeiten bei der Akademie der Wissenschaften gearbeitet, bis dies nicht mehr möglich war. Er ist jetzt bei der Evangelischen Akademie von Berlin-Brandenburg.

Timothy Garton Ash, der rechts neben mir sitzt, brauche ich, denke ich, nicht noch einmal neu vorzustellen.

Ich freue mich sehr, daß ich außer denen, die hier auf dem Podium sitzen, den polnischen Botschafter Janusz Reiter begrüßen kann. Er sitzt in der ersten Reihe. Wir freuen uns sehr, daß er hier bei uns ist (Beifall). Wir haben ihm angeboten, einige Worte zu sagen. Aber er hat gemeint, er könne nicht während der ganzen Diskussion dabeisein und wolle lieber zuhörend teilnehmen.

Ich darf dann mit den Gesprächsbeiträgen und Einführungen hier auf dem Podium beginnen. Wir haben erst gestern abend die Reihenfolge vorbesprochen. Die polnischen Gäste werden beginnen. Ich möchte Herrn Wojciech Wiczorek bitten, seine Einführung vorzutragen.

Wojciech Wiczorek: Sehr geehrte Damen und Herren! Da wir uns unter Zeitdruck befinden, möchte ich nur ganz kurz zu den Ursachen der Solidarnosc-Revolution Stellung nehmen und einige meines Erachtens grundlegende Faktoren nennen, die diese Revolution, wenn man so sagen darf, ermöglicht haben.

Der erste Faktor ist das wiederholte und endgültige Versagen der kommunistischen Planwirtschaft. Nach wenigen Jahren eines scheinbaren Wohlstandes unter Gierek hat sich eine neue wirtschaftliche Krise in Polen abgezeichnet. Die kommunistische Wirtschaft erwies sich als leistungsunfähig, so daß ihr sogar die großzügigen westlichen Kredite wenig geholfen haben. Sie haben dagegen dem polnischen Staat nur eine Schlinge der Verschuldung um den Hals gelegt.

Im Jahre 1976 hat die Regierung den Versuch unternommen, eine weitgehende Preiserhöhung einzuführen. Das hat zu einer Arbeiterrevolte in Radom-Ursus geführt, die brutal niedergeschlagen wurde. Kurz danach ist das Komitee für Verteidigung der Arbeiter gegründet worden. Dieses Komitee – in polnisch lautet die abgekürzte Fassung: KOR – ist ein Begriff für ein neues Phänomen, für eine Neuerscheinung in unserem politischen Leben nach dem Kriege. Es ist Ausdruck der Entstehung einer zwar illegalen, aber offenen und organisierten Opposition.

Die Grundidee, die der Gründung des KOR zugrunde lag, war die humanitäre Idee, den verfolgten, verhafteten und diffamierten Arbeitern, die an diesen Unruhen teilgenommen hatten, zu helfen. Aber die Bedeutung reicht weiter. Wie ich schon gesagt habe, war es der erste Versuch, im kommunistisch regierten Polen eine offene und – ich unterstreiche dieses Wort – organisierte Opposition zu gründen. Ferner war es die Idee einer Zusammenarbeit zwischen der polnischen Intelligenz, zwischen Intellektuellen und Arbeitern. Damit hat die polnische Opposition Schlüsse aus den gescheiterten früheren Versuchen gezogen. Denn als im März 1968 die Studenten und die Intelligenz gegen die Einschränkungen im Bereich der Kultur und gegen die Zensur protestierten, hat die Arbeiterschaft sie nicht unterstützt. Umgekehrt: Im Dezember 1970, als die Arbeiterrevolte in den Küstenstädten ausgebrochen war, blieben die Intelligenz und die Studenten zu Hause.

Nun waren die Oppositionellen zu dem Schluß gekommen: Wir müssen zusammenarbeiten und auch eine neue Strategie entwickeln. Herr Mlynar hat schon erwähnt, daß der Glaube an eine Änderung des Systems, an eine innere Reformierbarkeit des Systems, aufgegeben werden mußte. Es wurde eine neue Strategie entwickelt, und zwar eine Strategie, die auf einer Selbstorganisation und auf einem Druck von unten auf die Regierung beruhte. KOR stellt eine wichtige Zäsur in unserem politischen Leben dar.

Dem folgten die Entwicklung der Untergrundpresse, der sogenannte „zweite Umlauf“, und andere nach diesem Muster organisierte oppositionelle Gruppierungen, wie z. B. die Bewegung für Bürger- und Menschenrechte und andere. Das Phänomen der offenen Opposition ist also der zweite Faktor.

Der dritte Faktor: In diesem Kontext muß man auch die Rolle der Kirche erwähnen. Ich habe gesagt, die offene Opposition in Polen war ein neues Phänomen. Aber darüber hinaus gab es in Polen von vornherein eine sehr

starke katholische Kirche, die eine geistliche Alternative des Kommunismus darstellte und sich unter den Bedingungen eines kommunistischen Staates um die nationale Identität kümmerte, so daß sie zwar vor allem einen geistlichen, aber auch einen politischen Faktor in Polen darstellte. Aber nicht nur das: Unter dem kommunistischen Regime hat die Kirche sozusagen eine Ersatzrolle erfüllt. Das heißt, sie vertrat als einzige vertrauenswürdige und unabhängige Institution die Bevölkerung. Sie hat die Ansprüche und die Interessen des Volkes über die Predigten, über die Hirtenbriefe und auch über die Gespräche mit den Regierenden artikuliert. Darüber hinaus war die polnische Kirche eine Stütze für die Andersdenkenden überhaupt. Ich würde sagen: Ohne die Kirche hätte es keine Solidarnosc gegeben, aber auch umgekehrt: Ohne die massive und spontane Unterstützung des Volkes hätte es auch eine so mächtige, auch politisch mächtige, Kirche nicht gegeben.

In diesem Kontext möchte ich die Bedeutung der Wahl des polnischen Papstes und die Bedeutung seines ersten Polenbesuches erwähnen. Das war ein Feiertag; aber zugleich war es eine Ermutigung. Die Leute haben gemerkt, daß sie imstande sind, sich selbst zu organisieren. Sie haben gemerkt: Wir sind sehr viele. An den großen Veranstaltungen während des Papstbesuches haben Hunderttausende und Millionen von Menschen teilgenommen. Das war ein Beweis für die Stärke. Zugleich lautete die Parole: Unsere Sache ist gerecht. Die Bedeutung dieses Besuches war also sehr groß. Wie bekannt, erfolgte er im Juni 1979. Ein Jahr danach ist die Solidarnosc entstanden. Das wachsende Bewußtsein eigener Stärke war also ebenfalls ein Faktor im Zusammenhang mit der Tätigkeit der politischen Opposition und der Kirche.

Der vierte Faktor war eine neue Erkenntnis. Es gab nicht nur ein wachsendes Bewußtsein eigener Stärke, sondern auch die ganz neue Erkenntnis, daß die kommunistische Macht schwächer geworden war. Dafür gab es zwei sehr wichtige Beispiele, und zwar erstens, daß im Dezember 1970 nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Danzig, in Gdingen, in Stettin und in Elbing die Preiserhöhungen, die die Ursache dieser Revolte waren, zurückgezogen worden sind. Zweitens. Dies geschah erneut im Jahre 1976 nach den erwähnten Unruhen in Radom und Danzig. Damals sind die Preiserhöhungen ebenfalls zurückgezogen worden. Es schien sich also zu lohnen, sich zu organisieren und Druck von unten auszuüben; das brachte Erfolge mit sich.

Damit war eine gewisse friedliche Komponente dieses Drucks verbunden. Keine Gewaltanwendung, nur bürgerlicher Ungehorsam, das war die neue Parole, und das war auch ein Schluß, den die polnische Opposition aus den früheren gescheiterten Versuchen gezogen hat. – Der vierte Faktor war also ganz einfach die Überwindung der Angst. Das war ein sehr wichtiger psychologischer Faktor.

Der fünfte Faktor waren, wenn man so sagen darf, eine internationale Kom-

ponente oder internationale Rahmenbedingungen einer Revolution in einem Ostblockstaat. Denn die Schwäche der kommunistischen Macht resultierte nicht nur aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern ganz einfach aus der Angst vor neuen sozialen Unruhen. Das Zurückziehen der Preiserhöhungen ist ein Beweis dafür; ich unterstreiche das noch einmal. Die nur begrenzten Gegenmaßnahmen gegen die Opposition resultierten auch aus der internationalen Lage, genauer gesagt: aus der Entspannungspolitik nach der Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens. Die Rücksicht auf die öffentliche Meinung im Westen trug dazu bei, daß es die kommunistischen Behörden nie gewagt haben, die oppositionelle Bewegung in Polen entschieden zu ersticken. Technisch gesehen war es zwar durchaus möglich, aber politisch schon nicht mehr; so scheint es mir zu sein. Die Entspannungspolitik, also die Beschlüsse von Helsinki und die Menschenrechtsdoktrin, waren eine wichtige Stütze der oppositionellen Tätigkeit. Die Auswirkungen der Entspannungspolitik haben sich letzten Endes zugunsten der Opposition entwickelt.

Die fünf Faktoren sind also: erstens die strukturelle Krise bzw. das Versagen der kommunistischen Planwirtschaft, zweitens ein neues Phänomen: die Opposition, drittens die Rolle der Kirche, viertens die Bewältigung der Angst und fünftens die Entspannungspolitik, also die internationale Komponente bzw. internationale Rahmenbedingungen. Ich glaube, daß dies die Ausstrahlung der Solidarnosc-Erfolge auf andere Ostblockländer ermöglicht hat, darunter auch auf die DDR, wo gewisse Formen des bürgerlichen Protestes übernommen wurden, angefangen von den oppositionellen Gruppierungen in der DDR über die Untergrundveröffentlichungen bis zu den Gesprächen am Runden Tisch nach dem Fall der Mauer in der DDR.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Rolle der evangelischen Kirche erwähnen, die vergleichbar mit der Rolle der katholischen Kirche in Polen war. Es hat sich so geschickt: Mitte Oktober 1989 bin ich in Berlin gewesen und habe die Erscheinungen des Protestes gesehen: die Demonstrationen auf den Straßen, die brennenden Kerzen und die Hungerstreiks in den Kirchen. Ich habe damals gedacht: Ich habe das irgendwo schon einmal gesehen, und zwar in Polen. Ich schließe also, daß die Erfahrungen der polnischen Opposition auch für die Opposition in anderen Ostblockstaaten hilfreich waren, und dies nicht nur in der DDR. Nach der Wende habe ich erfahren, daß auch in Rußland die Solidarnosc-Bewegung in der Bevölkerung, in Dissidentenkreisen eine große Rolle gespielt hat und daß es in der Sowjetunion Mitte der 80er Jahre den Versuch gab, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Dieser Versuch scheiterte. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Wiczorek. Es ist wirklich spannend. Man kann die fünf Punkte und die Themen alle für ähnlich wichtig für die DDR halten. Wenn man dann die Situation

beider Länder vergleicht, stellt man ungeheure Unterschiede fest. Dies dann im einzelnen nachzuvollziehen kann, denke ich, nachher sehr spannend sein.

Ich will, weil Sie von dem Besuch im Oktober sprachen, nur kurz erzählen, daß Sie mir gestern abend berichteten, daß Sie in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit Günther Särchen hatten, der in dieser Runde vielleicht einmal erwähnt werden soll. Er ist ein deutsch-polnischer Aktivist aus Magdeburg, der das Anna-Morawska-Seminar geleitet hat. Ludwig Mehlhorn hat gewissermaßen dann von ihm die Fäden übernommen. Er hat im Versöhnungsprozeß zwischen der DDR, und zwar nicht der offiziellen DDR, und Polen eine große Rolle gespielt. Es gab dann ein Gespräch, dessen Ergebnis zeigt, daß Herr Wiczorek einen weitaus größeren Weitblick hatte als viele von uns in der DDR, indem er sagte: Wenn das so weitergeht, wird die Einheit schnell kommen. Eine Demokratie ohne deutsche Einheit gibt es in der DDR nicht. Demgegenüber waren viele von uns der Meinung, dies wäre zumindest im Augenblick international anders kaum verkraftbar.

Herr Dr. Hajnicz, Sie sind der nächste; wir bitten Sie um Ihre Ausführungen.

Dr. Artur Hajnicz: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, ich werde meinen Botschafter hier vielleicht denunzieren. Ich sagte ihm während der Pause, daß ich mich in einer schwierigen Lage befinde, weil hier vor mir schon alles gesagt wurde. Was soll man jetzt noch ausführen? Daraufhin sagte er mir: Sag das Entgegengesetzte. Also werde ich versuchen, das Entgegengesetzte zu sagen.

Wir hörten eben etwas über die Ursachen. Um etwas über die Folgen zu sagen, muß ich noch etwas über das Wesen der Solidarnosc ausführen, also darüber, worin das Spezifische der Solidarnosc besteht. Darüber wurde eigentlich auch schon vormittags viel gesagt. Die Unterschiede zwischen dem Prager Frühling und der Solidarnosc sind sehr tief und weitgehend. Schon Mlynar sagte, daß der Prager Frühling der letzte Versuch einer Verbesserung, einer Reform, des kommunistischen Systems war. Er ist gescheitert. 35 Jahre lang wurden doch viele Versuche unternommen, das System zu reformieren. Alle waren gescheitert, mehr oder weniger, schneller oder langsamer, so oder anders. Man mußte sich auch die theoretische Frage stellen, ob das System überhaupt reformierbar ist, ob es wirklich einen Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz geben kann. Die Antwort ist negativ. Man könnte es so erklären: Das Schlimmste am Kommunismus steckt nicht in dem Schlimmen, im Terror, in den Gefängnissen oder in der Mißachtung der Menschenrechte; das kann man alles hinnehmen. Das Schreckliche steckt vielmehr im Guten, das der Kommunismus gemacht hat und das man nicht entbehren will. Das Gute ist mit seinem Wesen ganz eng verbunden. Das ist das Malheur; darin steckt das Schlimme. Denn z. B. die Sanatorien oder die Kindergärten, also das Schöne, muß man jetzt entbehren. Das gilt auch für die Staatsbetriebe, in denen man arbeiten kann, aber nicht unbedingt effektiv und gar nicht intensiv. Es sind

staatliche Betriebe, und sie fallen sowieso nicht; sie existieren weiter. Es geht, und es geht nicht, und nichts geht.

Die Solidarnosc funktionierte im Vergleich zum Prager Frühling von Anfang an außerhalb des Systems und gegen das System. Woraus resultierte das? Der Kommunismus beruht auf einem vielseitigen Monopol und stützt sich darauf. Das ist das Monopol der Macht, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Information. Der Einzelmensch ist in all seinen Leistungen gänzlich auf den Staat angewiesen und vom Staat abhängig. Er schickt seine Kinder in die Staatsschule; wenn er Einkäufe macht, kauft er beim Staat, und wenn er arbeitet, arbeitet er beim Staat. Er ist also ganz von diesem Staatsmoloch abhängig und auf ihn angewiesen.

In der Solidarnosc entstand eine unabhängige, selbständige Gewerkschaft, die vom Staat, von der Partei und vom System unabhängig war. Das zersetzte das ganze System. Eine unabhängige Gewerkschaft war die erste von 21 Forderungen, die die Arbeiter auf der Lenin-Werft erhoben. Alle, die Regierenden, die Machthaber und die Intelligenz, wußten, daß das im Grunde genommen eine Änderung des Systems war.

Nach dem Entstehen der Solidarnosc tat sich eine Bresche auf. Während eines Monats, nämlich des Monats September, sind in diese Bresche 10 Millionen Polen hineingekommen, weil sie nicht mehr abhängig vom Staatsmoloch sein wollten. Diese Bresche war so kolossal groß, daß der Staat nicht weiter funktionieren konnte. Die Bresche vergrößerte sich und verdrängte die Partei, das Staatspartei-system, von allen Positionen weiter und weiter. Das System wurde völlig entblößt und konnte nicht mehr funktionieren.

Dann wurde der Kriegszustand verhängt. Man versuchte, diese Bresche zu stopfen. Aber dies war nur unter einer Bedingung möglich: wenn unter dem Dach und hinter dem eisernen Gitter des Kriegszustandes eine wirklich effektive Reform eingesetzt hätte. Das war von Anfang an unmöglich. Es ist gescheitert; es mußte scheitern. Dann suchte man den Ausweg beim Runden Tisch.

Die Solidarnosc hatte also in den Jahren 1980/1981 und später bis 1989 das System in seinem Wesen zersetzt. Dabei bewies die Bewegung eine bewundernswürdige Einheit. Nach 1989, nach der Machtübernahme, wollte man das kommunistische System ersetzen. Es genügte nicht, daß man es zersetzte; man mußte es ersetzen. In den folgenden vier spannenden, für die polnische Geschichte sehr wichtigen Jahren ist das eigentlich gelungen. Aber bei der Ersetzung des Systems ist die bewundernswürdige Einheit der Solidarnosc, das sogenannte Ethos der Solidarnosc, auf eine beschämende Weise zerbröckelt. Aber das ist schon die weitere Geschichte.

Jetzt kommen wir vom Wesen zu den Faktoren. Das Wesen der Solidarnosc ist also die Zersetzung des Monopols und des Systems. Dies bestimmte die Beziehungen zur DDR und im allgemeinen die Haltung zur deutschen Frage.

Dies bestimmte die Haltung gegenüber der Entspannungspolitik der 80er Jahre und auch die Erwartungen der damaligen Opposition und des neuen Systems gegenüber dem Westen. Sehr wichtig war natürlich die Haltung zur deutschen Frage. Wenn man das kommunistische System nicht mehr reparieren und nicht mehr verbessern konnte – die DDR war eigentlich von Anfang an nur ein Systemstaat; ohne System wäre sie entbehrlich –, dann bedeutete das, daß die Solidarnosc in einem prinzipiellen Gegensatz zur Existenz des Staates stand. Das wurde vor allem und am besten von Honecker und seinen Leuten gesehen. Sie begriffen das. Sie sahen, es entstand eine wesentliche, eine schreckliche Gefahr für die Existenz nicht nur des Systems, sondern auch des Staates. Man sprach hier mehrmals von der negativen Stellungnahme der DDR-Machthaber zu den Reformversuchen. Gegenüber der Solidarnosc war die Feindlichkeit sehr groß, weil die Gefahr bestand, daß ohne (ein kommunistisches) Polen auch eine DDR nicht existieren konnte.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Strategisch nicht!)

Die Solidarnosc wollte in den Jahren 1980 und 1981 keine Außenpolitik betreiben. Das wäre in dieser Zeit ein neuer Konfliktpunkt gewesen. Wir haben beschlossen, in der Wochenzeitung von Solidarnosc keine außenpolitische Abteilung zu haben. Wir haben überhaupt keine außenpolitischen Aufsätze gedruckt und veröffentlicht. Wir wollten uns also nicht damit beschäftigen, damit keine neue Front und keine neuen Konflikte entstehen.

Aber nach der Verhängung des Kriegszustandes wurden wir dazu gezwungen, weil das erste, das Wichtigste, war, der Weltöffentlichkeit zu sagen, daß es nicht wahr ist, daß es völlig gelogen ist, daß die Solidarnosc erledigt ist und daß es schon alles sehr gut gelungen ist, daß die ganze große Bewegung nicht zersetzt und erledigt ist. Das war von Anfang an eine Lüge. Aber diese Lüge wurde von vielen mit Genugtuung gehört und sogar angenommen, auch in Deutschland. Man mußte das sagen, und man mußte Kontakte knüpfen, um zu betonen: Nein, das ist nicht wahr. Das war auch für die innenpolitische Lage und für den Kampf wichtig, der im Untergrund unter ganz neuen Bedingungen begonnen wurde.

Es war eine Aufgabe, in Frankreich, den Vereinigten Staaten und England von der Existenz der Solidarnosc zu berichten. Aber gegenüber Deutschland entstand eine viel schwerere und wichtigere Aufgabe. Es handelte sich um eine neue Politik, um eine alternative Politik im Gegensatz zu der, die bis dahin betrieben wurde. Schon Anfang der 80er Jahre wurden in den polnischen Oppositionskreisen Vorstellungen dahingehend geäußert, daß man die Haltung gegenüber der deutschen Frage und der deutschen Politik neu gestalten soll. Im Gegensatz zum offiziellen Standpunkt haben wir die deutsche Frage als offen betrachtet. Das bedeutet, wir haben es so gesehen, daß die Frage der deutschen Einheit eine Frage der Deutschen ist, daß das deutsche Volk das Recht hat, diese Frage selber auf demokratische Weise zu beantworten. Unsere Formel,

unsere These, war, daß die deutsche Frage als offen zu betrachten ist. Aber die Grenzfrage sollte gleichzeitig als erledigt und abgeschlossen anerkannt werden.

Schon im Jahre 1983 haben wir diese Überlegungen und auch die Perspektive der Anerkennung der deutschen Einheit der deutschen Seite vorgelegt. Im Juni 1983 hat man diese Vorschläge auch im Auswärtigen Amt gehört. Der Gesprächspartner war damals Dr. Alois Mertes. Im September wurden diese Thesen auch schriftlich bestätigt.

Warum betrachtete die Elite der Solidarnosc die Einheit Deutschland als eine aktuelle Frage der 80er Jahre und nicht als eine Frage für die Urenkel?

Erstens. Es ging vor allem um die Befreiung Polens von der sowjetischen Umzingelung. Polen war ein Innenstaat im Satellitensystem. Ohne die Einheit Deutschlands konnte man diese Umzingelung, diesen Käfig, nicht aufbrechen.

Zweitens ging es um eine geopolitische Annäherung an den Westen, an seine wirtschaftliche und militärische Struktur.

Drittens. Die große Wende bezüglich des Hauptziels der Außenpolitik der Solidarnosc, also der Opposition, bestand darin, daß man die bisherige östliche Option in eine okzidentale änderte. Das war das strategische Hauptziel der polnischen Opposition. Ohne Deutschland wäre das unmöglich. Eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland war also immer ein Teil und eine Vorbedingung der neuen Politik der okzidentalen Wahl.

Wir waren damals natürlich – das möchte ich mit Verbitterung hinzufügen – etwas naive Optimisten. Wir haben den kurzichtigen Egoismus in Westeuropa und den kleinkarierten Opportunismus europäischer Bürokratien unterschätzt. So rief man z. B. wegen ein paar erbärmlicher Groschen im Handel mit Weichselkirschen ein paar Wochen vor den Wahlen eine allgemeine Empörung aller polnischen Bauern hervor. Der künftige Ministerpräsident Waldemar Pawlak sagte offen im Fernsehen, daß das eine wichtige Ursache dafür war, daß er von den Bauern so viel Stimmen bekommen hat.

Noch ein paar Bemerkungen zur Entspannungspolitik. Hier wurde schon sehr viel darüber gesagt; ich muß leider noch etwas hinzufügen oder vielleicht etwas wiederholen, was schon gesagt wurde. Mein Nachbar sagte, daß die Entspannungspolitik eine positive Rolle gespielt hat. Ja, das stimmt. Man soll vor allem die große historische Bedeutung der neuen deutschen tapferen Ostpolitik Ende der 60er Jahre nochmals hervorheben und unterstreichen. Natürlich waren die Ostverträge etwas sehr Wichtiges und Hervorragendes. Aber schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und vor allem in den 80er Jahren unterlag diese Entspannungspolitik einer wesentlichen Entartung. Timothy Garton Ash schreibt in seinem Buch von einem Stabilitätsgebot.

Ich würde hier von einem höchsten Entspannungsgebot sprechen. Wer gegen dieses Entspannungsgebot verstößt, ist ein elender und naiver Sünder.

(Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ein Romantiker!)

Horst Ehmke bezeichnete die Leute der Solidarnosc in den 80er Jahren sogar nicht als Oppositionelle, sondern etwas verächtlich als Dissidenten. Worum geht es ihnen eigentlich, fragt er. Es handelt sich bloß darum – so sagt Ehmke –, daß die Urenkel etwas mehr Freiheit genießen; das sei alles; deshalb werde gegen das höchste Gebot der Entspannungspolitik verstoßen. Das wurde im November 1985 geschrieben, als nicht nur der Westen, sondern sogar die Sowjets die Bedeutung der polnischen Opposition nicht mehr leugnen konnten. Es war nicht nur innenpolitisch wichtig. Ich meine, daß man vor allem in bezug auf Deutschland manche Vorschläge und manche Ideen besser hätte vorbereiten können, wenn man bessere Kontakte gehabt hätte, wenn man keine Berührungsangst gegenüber der Opposition gehabt hätte. Ich könnte behaupten, daß man manche Schwierigkeiten und Fehler, die in den Jahren 1989 und 1990 begangen wurden, hätte vermeiden können.

Es handelte sich hier nicht nur um mehr Freiheit für die Enkelkinder und nicht nur um Menschenrechte. Das kommunistische System war einfach nicht lebensfähig, und die Leute, die darin steckten, haben ihre zivilisatorische Position von Jahr zu Jahr verloren. Es war noch ärger: Nicht nur mit der Wirtschaft ging es immer mehr bergab; es wurden vielmehr soziale Strukturen zerstört. Der Einzelmensch war auf den Staatsmoloch angewiesen. Dadurch wurde er seiner schöpferischen Kraft beraubt. Es war so, wie Friedrich Schiller in der „Glocke“ schreibt: „Er verlor den Mut zum Wetten und Wagen, das Glück zu erjagen.“ Das Unglück besteht darin, daß der Mensch ohnmächtig ist. Wir sehen in den neuen deutschen Ländern, wir sehen in Rußland, wir sehen in weiten Gebieten in Polen, daß viele Leute, die Mehrheit, ohnmächtige Menschen sind. Sie wurden der Verantwortung für sich selber beraubt.

Ich fürchte sehr, daß man heutzutage, wenn man von diesen Problemen und von den sozusagen einseitigen Einschätzungen redet, was gut und was schlecht ist, was für Europa gut oder schlecht ist – Timothy Garton Ash hat in seinem Buch geschrieben, daß der Begriff „Europa“ einseitig und egozentrisch gesehen wurde-, in einer anderen historischen Lage doch wieder denselben Fehler macht, wenn man den mitteleuropäischen Staaten einen Anteil an einer Partnerschaft, an europäischen Strukturen, an westlichen Sicherheits- und Verteidigungssystemen verweigert (Beifall). Das ist in einer neuen Lage eine Wiederholung der schon bekannten Fehler. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen ganz herzlich, auch für die zwischendurch immer wieder geäußerten Bezüge auf ganz aktuelle Fragestellungen. Ich denke an EG und NATO. Das Stichwort „Weichselkirschen“ sollte uns nachdenklich machen, insbesondere wenn es um die Außenpolitik Deutschlands geht. Für mich war erstaunlich, daß es

schon in den frühen 80er Jahren die Überlegungen in der Solidarnosc gab, die eben hier dargestellt worden sind.

Ich möchte die Stafette an den nächsten Redner weitergeben, Ludwig Mehlhorn. Vielleicht kannst du auch die Frage beantworten, inwieweit du selbst Bekanntschaft mit diesen Überlegungen und Thesen hattest. Denn das, was in Polen diskutiert worden ist, hätte für unsere Diskussion in der DDR-Opposition durchaus eine Rolle spielen können.

Ludwig Mehlhorn: Ich werde gerne darauf eingehen. Ich denke, es hat tatsächlich eine Rolle gespielt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mir aus dem vorgegebenen Thema einen Unterkomplex herausgegriffen: Solidarnosc einschließlich ihrer Vorgeschichte und ihre Auswirkungen auf die DDR: Wie ist auf die polnischen Ereignisse 1980/81 reagiert worden? Ich möchte zwischen Ad-hoc-Reaktionen und längerfristigen Auswirkungen unterscheiden. Ich will in der DDR drei Ebenen unterscheiden: erstens Partei und Staat, zweitens die Gesellschaft, drittens die Opposition. Sie bekommen auf diese Weise eine Matrix von 3 x 2 Feldern, in die ich bestimmte Fakten, Beobachtungen und Reflexionen hineingebe. Es erübrigt sich, zu sagen, daß es fließende Übergänge gibt. Um den Preis dieser Holzschnittartigkeit werde ich versuchen, die vorgegebenen zehn Minuten nicht zu überschreiten.

Kurzfristige Reaktionen, zunächst auf der Ebene von Partei und Staat. Hier brauche ich nur auf die Dokumente zu verweisen, die Professor Wilke, Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität, herausgegeben hat. Dort ist das alles säuberlich aufgeführt. Die SED hat mit sicherem Instinkt sofort die Bedrohung erkannt, die von der Solidarnosc für ihre Machtbasis ausging. Bereits Ende September 1980 legte Axen dem Politbüro eine Analyse vor. Der PVAP wird darin u. a. vorgeworfen – ich zitiere aus diesem Katalog –: Negieren der konterrevolutionären Kräfte, rückwärtsgerichtete Fehlerdiskussion, Isolierung von den Massen, Duldung der Kirche als einem zweiten Zentrum der Macht, Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, Deformierung der sozialistischen Demokratie in Richtung einer bürgerlichen Gewaltenteilung, Verletzung des Prinzips der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Aktionslosigkeit und Kapitulantentum, Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit Nationalismus, Antisowjetismus und Revisionismus. Das geht eine ganze Weile so weiter.

Noch vor der offiziellen Zulassung der Solidarnosc im November 1980 definierte die SED die Ereignisse als Konterrevolution. Sie schätzte die Lage in Polen schlimmer als 1968 in der CSSR, schlimmer als unter Dubcek ein. Ende Oktober 1980 beschloß die SED, den seit 1971 mit Polen bestehenden visafreien Reiseverkehr einseitig „zeitweise auszusetzen“. Nach der Registrierung der „Solidarität“ im November wollte Honecker selbst auf das Blutvergießen als letztes Mittel nicht mehr verzichten, „wenn die

Arbeiter-und-Bauern-Macht verteidigt werden muß“. Allerdings konnte er sich damit zu diesem Zeitpunkt in Moskau bereits nicht mehr durchsetzen.

Die SED mußte ein ganzes Jahr auf einen wirksamen Gegenschlag warten. Bis zum 13. Dezember 1981 blieb ihr nur die Drohhärbärde nach innen und außen. Aber auch die hatte es in sich. Die Parteipresse setzte eine Desinformations- und Hetzkampagne in Gang. Die Schlagzeilen lauteten: „Solidarnosc stürzt Polen ins Chaos“, „Ohne Arbeit kann keine Gesellschaft leben“, „Antisozialistische Kräfte werden immer dreister“ etc. Zwischen den Zeilen appellierte diese Propaganda unverhohlen an das Vorurteil gegenüber der polnischen Wirtschaft. Teilweise reagierten die Genossen offen aggressiv und geradezu haßerfüllt, vor allem in internen Schulungen, die im Ton immer noch einen Zahn schärfer waren als das, was im „Neuen Deutschland“ stand. Ich selbst habe einen Dozenten für Marxismus-Leninismus erlebt, der im Dezember 1980 erklärte, die Produktionsausfälle auf Grund der Streiks in Polen hätten inzwischen zu größeren wirtschaftlichen Schäden geführt als der gesamte Zweite Weltkrieg. Ich will es damit bewenden lassen. Wie gesagt: In den von Professor Wilke herausgegebenen Dokumenten kann man das alles im Detail nachlesen.

Die Ebene der Gesellschaft. Wie haben die Menschen in der DDR auf die Ereignisse in Polen reagiert? Ihnen standen im Prinzip drei Informationsquellen offen: Einmal die eigene Presse, zum anderen die Medien des Westens und zumindest in der Anfangsphase auch der eigene Augenschein. Ich glaube jedoch, daß sich mit Solidarnosc zu keiner Phase in der DDR so große Hoffnungen verbanden wie etwa mit dem Prager Frühling. Obwohl die SED, wie schon gesagt, die Solidarnosc als schlimmer, als bedrohlicher einschätzte, möchte ich dennoch versuchen, drei Phasen zu unterscheiden.

Eine erste Phase kann man mit Respekt und Hoffnung beschreiben. Die Leute hofften, es möge den Polen gelingen, den Herrschenden ein Stück mehr Freiheit abzutrotzen. Eine charakteristische Äußerung: Die trauen sich wenigstens etwas, und vielleicht springt auch für uns etwas dabei heraus. Oder: Wenn sie wegen der Preiserhöhungen streiken, dann ist das nur recht und billig, dann ist das bei uns auch bald dran.

Diese Phase war relativ kurz. Sie wurde schnell abgelöst – sicherlich auch unter dem Eindruck der eben beschriebenen SED-Kampagne – durch eine zweite Phase, die bis zur Verhängung des Kriegsrechts reichte. Ich glaube, es ist die Phase, die sich im Bewußtsein bei uns und auch in Polen später festgesetzt hat. Es ist eine Phase, in der eine Haltung des Unverständnisses und der Besorgnis vor nachteiligen Folgen für die Verhältnisse in der DDR, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, dominierte. Sie war auch charakterisiert durch die Angst, man könnte wie 1968 in ein militärisches Eingreifen hineingezogen werden, eine Angst, die im übrigen auch durch die Propaganda zwischen den Zeilen extrem geschürt wurde, besonders im Herbst 1980 und nochmals im

Frühjahr 1981 nach den Ereignissen von Bydgoszcz. Eine charakteristische Äußerung in dieser Phase war: Die Polen gehen zu weit. Diese Grundhaltung der Gesellschaft lag in der Regel auch den offiziellen und inoffiziellen Äußerungen zugrunde, die aus den Kirchen gekommen sind, auch aus der Bundesrepublik. Denn diese ist mitbestimmt durch den Umgang mit dem Polen-Thema in der Politik der Bundesrepublik.

In der dritten Phase, ab dem 13. Dezember 1981, dominierte ein Gefühl der Erleichterung und Genugtuung darüber, daß der befürchtete Einmarsch ausblieb, daß die Polen aus eigenen Kräften Ordnung schaffen. Der größte Teil der Gesellschaft war daran interessiert, daß Ruhe einzieht.

Diese Bewertung der gesellschaftlichen Reaktionen in der DDR wird durch die Materialien der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS, ZAIG-Materialien, soweit ich sie bisher in der Gauck-Behörde einsehen konnte, im wesentlichen bestätigt.

Damit komme ich zur Opposition. In den eben erwähnten Protokollen lautet ein häufig wiederkehrender Satz: Dem MfS wegen ihrer negativ-feindlichen Haltung bekannte Personen zeigen außerordentlich großes Interesse an den Ereignissen in Polen. Sie informieren sich über westliche Medien. Sie ziehen Parallelen zur DDR. Sie betrachten die Solidarnosc als Signal für andere sozialistische Länder. Aber – das ist der entscheidende Satz – die öffentliche Wirksamkeit dieser Argumente wird als gering eingeschätzt.

Die SED hatte also die Opposition im Griff. Als ersten Schritt verfügte sie über die allgemeinen Einschränkungen hinausgehende Reiseverbote für fast alle Aktivisten. Es gab Einzelaktionen „Freiheit für Polen“, als Flugblätter in den Briefkästen oder auch an Häuserwände gemalt. Es gab auch Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Personen, die in Polen illegal Gedrucktes über die Grenze zu bringen versuchten. Aber insgesamt war die Opposition in der DDR zu schwach, waren die gegenseitigen Kontakte zu wenig intensiv, um geschlossen und repräsentativ reagieren zu können. Eine Gelegenheit dazu hätte sicher der Appell an die Arbeiterklasse Osteuropas während des I. Solidarnosc-Kongresses sein können. Aber der überwiegende Teil der DDR-Opposition war damals mit der Rüstungsspirale und den Folgen für die innere Liberalität beschäftigt. Eine revolutionäre Situation – um diesen marxistischen Terminus zu gebrauchen – bestand bei uns damals nicht. Die DDR-Führung brauchte im Grunde zu keinem Zeitpunkt Sorge zu haben, daß der sprichwörtliche polnische Bazillus kurzfristig in die DDR überspringt. Später hat man wohl auch in Polen kaum noch mit Reaktionen aus der DDR gerechnet.

Nun zu den längerfristigen, den, wie ich meine, wichtigeren Folgen für die DDR. Ich betrachte wiederum die drei Ebenen Staat und Partei, Gesellschaft sowie Opposition. Die Herrschenden in der DDR bezahlten für ihren harten antipolnischen Kurs letztlich einen hohen Preis. Die SED sah sich in den 80er Jahren zur Abgrenzungspolitik auch nach Osten gezwungen, was die

DDR international noch mehr isolierte. Es kostete sie Vertrauen, selbst bei den polnischen Kommunisten, also auch bei den eigenen Verbündeten. Die tönernen Füße, auf denen die Legitimation der Macht ruhte, wurden immer sichtbarer. Früher hatte die SED stets auf die Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems geachtet. Nun sprach sie verkappt nationalistisch vom Sozialismus in den Farben der DDR. Wir wissen schließlich, wie es endete: mit Flüchtlingen, die nicht nur in der Prager, sondern auch in der Warschauer Botschaft der Bundesrepublik Schutz suchten und denen die Bürgerkomitees Quartiere organisierten, bis diese Menschen in den Westen ausreisen konnten.

Die Solidarnosc und hier vor allem die Untergrundgesellschaft der 80er Jahre schlug zweifellos ein Loch in die Mauer und damit in die Existenzbedingung des SED-Staates. Ich möchte den Streit anlässlich Timothy Garton Ashs Buch, ob es das zweite oder das erste Loch gewesen ist, weiter den Feuilletons überlassen.

Zweitens: die Gesellschaft. Die Gesellschaft hatte natürlich zunächst die Folgen dieser Isolation zu tragen. Geistige Enge und Provinzialität wurden in der DDR immer spürbarer. Polen fiel als eines der wenigen Reiseländer praktisch aus. Die Kontakte etwa im Studentenaustausch wurden weitgehend eingeschränkt oder ganz unterbunden oder noch schärferer Kontrolle als ohnehin unterworfen.

Ich meine, an dieser Stelle muß man zumindest kurz die Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis bedenken. Die Solidarnosc hatte eine Bewegung in Gang gesetzt, die von der ganzen Gesellschaft getragen wurde. Die Schere der gesellschaftlichen Entwicklung ging in Polen und in der DDR ein ganzes Jahrzehnt lang immer weiter auseinander. Die Entfremdung der beiden Gesellschaften beiderseits von Oder und Neiße nahm spürbar zu. Die Propagandakampagne der SED zeigte Wirkung, zwar nicht in dem Sinne, daß die Leute den primitiven Lügen Glauben schenkten, aber die Einschüchterung funktionierte. Sie setzte einen Resonanzboden abgestandener, offenbar tief verwurzelter antipolnischer Schwingungen in Bewegung, der zur Klimavergiftung in der DDR wesentlich beitrug. Die abwartende Haltung der DDR-Gesellschaft, der fehlende Impuls zur Auflehnung und Rebellion, die Ignoranz und auch die Arroganz von Teilen der Bevölkerung gegenüber der Entwicklung in Polen wurden dort sehr wohl wahrgenommen und produzierten ihrerseits einen Gegenreflex der Abwehr, der sich nach meinem Dafürhalten bis heute auf das Klima in den polnisch-deutschen Beziehungen negativ auswirkt. Bis heute unterscheidet man in Polen Ost- und Westdeutsche, in der Regel zu unseren Ungunsten.

Nun zu den längerfristigen Folgen der Solidarnosc für die Opposition in der DDR, also den geistigen Einflüssen, die von dort ausgegangen sind. Ich bin mir sehr wohl der Schwierigkeiten an diesem Punkt bewußt, einmal der

Versuchung zu erliegen, heutiges Wissen und Erkennen zurückzuprojizieren, zum anderen eine Bewegung zu heroisieren, die sich nach dem Ende der alten Weltordnung in fruchtlosen Diadochenkämpfen von der politischen Bühne verabschiedet hat.

Für die Bewältigung der heutigen, der postkommunistischen Krise scheinen die Denk- und Verhaltensmuster der einstigen Opposition nicht mehr zu taugen. Die Sprache, in der wir uns damals verständigten, hat ihre Überzeugungskraft eingebüßt. Doch trotz dieser Schwierigkeiten will ich wenigstens einige Linien kurz zu skizzieren versuchen.

Vielleicht waren die Einflüsse aus Polen sogar größer, als uns seinerzeit bewußt war, obwohl man von einer effektiven politischen Kooperation der Opposition in der DDR und in Polen kaum wird sprechen können. Aber man muß sich die Situation einen Augenblick vorstellen, als meine Generation ins Erwachsenenalter eintrat. Wir fanden eine geschlossene Welt vor. Der 17. Juni war pazifiziert worden. Er hatte ein Trauma hinterlassen, das bei der älteren Generation bis in den Herbst 1989 nachwirkte. Die Mauer stand seit 1961 stabil in der geopolitischen Landschaft. Heute vormittag war davon die Rede, daß wir mit großen Hoffnungen den Reformversuch der Tschechen und Slowaken begleitet hatten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte klar sein müssen, daß unter den Bedingungen der Pax Sovjetica innere Reformen von oben unmöglich sind.

Was konnte man in einer solchen Lage tun, wenn einerseits Fundamentalopposition einem Tanz auf dem Vulkan gleichkam, die Option der Ausreise in den Westen als individualistische Lösung ausschied und andererseits natürlich die Kooperation oder gar Kollaboration mit dem Regime nicht in Frage kam? Ich denke, wir haben Wege aus diesem Dilemma. Vieles läuft jetzt parallel zu den Erfahrungen mit der Tschechoslowakei, von denen heute vormittag schon die Rede war. Wege aus diesem Dilemma haben wir auch durch die demokratische Opposition in Polen bekommen, die ihren prägendsten Ausdruck in der Solidarnosc fand, aber deren Vorgeschichte genauso wichtig ist. Wir haben seit Mitte der 70er Jahre mitverfolgt, wie sich das Projekt der selbstorganisierten Gesellschaft gegen den quasi totalitären Staat allmählich entwickelte. Das KOR, das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, war sicherlich ein entscheidender Kristallisationspunkt. Aber existieren konnte es eben nur dank eines Netzwerks von Unterstützerguppen in fast allen größeren Städten. Ich erinnere mich noch, wie wir 1977 in Krakau Kurons Ideen für ein Aktionsprogramm in einer schwer lesbaren hektografierten Untergrundaussage entzifferten.

Die polnische Situation war auf unsere nicht einfach übertragbar. Wir hatten weder individuelle Landwirtschaft noch Streiks und Demonstrationen der Arbeiter, weder eine starke, integrierende Kirche noch nennenswerte Versuche, das kulturelle und geistige Leben durch Aufbau von Selbstverlagen der

Staatskontrolle zu entziehen. Aber der Ansatz mußte auch für uns richtig sein: Nicht den Marsch in und durch die Institutionen antreten, um irgendwann Reformen von oben befördern zu können, sondern Widerstand durch soziale Bewegung, nicht den Dialog mit den Vertretern des Staates suchen, sondern der Gesellschaft Räume unzensurierter Kommunikation erschließen, weg von der Staatsfixierung, wichtiger als Forderungen an den Staat ist die Solidarität untereinander, nicht anonym handeln, sondern mit vollem Namen und damit auch mit vollem Risiko und schließlich keine übertriebene Angst vor einer sowjetischen Intervention; die Panzer kommen nur, wenn es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt, also wenn die Opposition schwach ist, aber nicht, wenn sie dem Regime maßvolle Reformen abtrotzt.

Aus der heutigen Sicht und mit unseren heutigen Erfahrungen mutet Kurons Programm, ein Pars pro toto für andere Texte, wie eine Aufzählung von Trivialitäten an. Aber für uns war das damals durchaus eine Erleuchtung. Wir sahen, wie wirksam kleine Gruppen sein können. Wir merkten, daß schon das Verlassen der verordneten Sprache eine befreiende Wirkung hat. Wir sahen, wie allmählich das Bündnis zwischen Kirche und der sogenannten laikalen Linken Gestalt annahm, wie es Michnik beschrieben und vielleicht auch ein wenig antizipiert hat. Es konnte entstehen, weil beide Seiten der Menschenrechtsfrage Priorität einräumten und auf die traditionellen ideologischen oder weltanschaulichen Differenzen verzichteten. Wir erlebten beim ersten Besuch des Papstes schließlich, wie sich eine Gesellschaft als autonomes Subjekt der Politik wahrzunehmen beginnt. Wir sahen dann, wie aus diesen Ansätzen eine große gesamt nationale Bewegung hervorging, die sich 16 Monate länger als jemals zuvor halten konnte. Während des Kriegsrechts sahen wir schließlich, wie die einmal errungene Freiheit verteidigt werden kann, wenn auch unter Opfern. Wir begriffen, daß die Ermordung Jerzy Popieluszkos ein Pyrrhussieg für das Regime war. 1987 und in den folgenden Jahren entstand eine neuerliche Dynamik des Reformprozesses von unten.

In der DDR wurde diese Intensität gesellschaftlicher und politischer Aktivitäten nie erreicht, es sei denn im kurzen Herbst 1989. Damals wurde, freilich viel zu spät, um noch Entscheidendes bewirken zu können, der Runde Tisch, letztlich ein originär polnisches Möbelstück, in Ost-Berlin aufgestellt. Auch die Themen waren in der DDR-Opposition größtenteils andere. Es ging um die Friedensfrage, die Militarisierung der Gesellschaft, die ökologische Verwüstung, die fortdauernde Ideologisierung der Schule und der Kultur. Es ging um die Abgrenzungspolitik. Aber die Methoden des Handelns waren ähnlich: Versammlungen, Seminare, Ausstellungen, Konzerte, Autorenlesungen, wo es nur ging, meistens in Kirchen und Privatwohnungen, Vernetzung lokaler Initiativen, Aufbau von Gegenöffentlichkeit durch eigene Zeitschriften, Präsenz in den westlichen Medien, Solidarität bei Repressionen usw. Es gab also ganz ähnliche Formen des Handelns.

Schließlich – damit komme ich auf die Frage, die mir Markus Meckel gestellt hat – haben auch Stimmen aus Polen dazu beigetragen, daß es wenigstens bei Teilen der Opposition zu einem allmählichen Umdenken in der deutschen und in der europäischen Frage gekommen ist. Der Status quo der Teilung galt in beiden deutschen Staaten als unveränderlich. Im Osten wurde er trotz des Leidensdrucks resignativ hingenommen. Im Westen war er trotz der Rhetorik an bestimmten Feiertagen gesellschaftlich akzeptiert. Die Ordnung von Jalta schien, zumal vor dem Hintergrund der Ostpolitik in den 70er Jahren, die auch wir enthusiastisch begrüßt hatten, der unverrückbare Grundriß Nachkriegseuropas zu sein. Wir mußten also aus diesem Geschichtsdeterminismus und Geschichtsfatalismus herauskommen. Wir mußten Alternativen überhaupt erst wieder denken lernen. Allein angewiesen auf deutsch-deutsche Kontakte hätten wir wohl kaum begriffen, daß z. B. die Frage der deutschen Schuld nicht instrumentalisiert werden darf, um die Teilung Deutschlands und auch die Teilung Europas akzeptierend oder gar rechtfertigend auf längere Sicht in Kauf zu nehmen.

Über das Denken der polnischen Opposition, das in Grundzügen bekannt war und das auch in einzelnen Kreisen besprochen wurde, hat Artur Hajnicz eben berichtet. Ich beschränke mich auf ein weiteres, besonders charakteristisches Beispiel. Wladyslaw Bartoszewski bekam den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1986 in Frankfurt. Er sagte dort das Folgende:

„Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: die Mauern und Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“

Mir scheint es, meine Damen und Herren, noch heute unmöglich, jemand von uns hätte unbefangen einen solchen Satz sagen können, nicht weil wir ihn ablehnten, sondern weil niemand sicher sein konnte, ihn hinreichend gegen Mißverständnisse abzusichern. Mit der Nennung des Warschauer Ghettos und der Berliner Mauer in einem Atemzug hätte die Opposition in der DDR keinen halbwegs kultivierten Historikerstreit ausgelöst. Sie hätte statt dessen den Staatsanwalt auf den Plan gerufen. Aber mehr noch: Sie hätte sich auch die Sympathien eines großen Teils der Kirche und der kulturellen Elite verscherzt und wohl noch weiter die ohnehin schwache Unterstützung aus dem Westen verloren. Bartoszewski ging es natürlich nicht um die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen, sondern um angemessene politische Konsequenzen, die wir aus dieser Geschichte zu ziehen haben. In dieser Hinsicht war die Botschaft aus Warschau, aus Prag und aus Budapest im Laufe der Jahre immer eindeutiger. Sie lautete: Wenn ihr die Teilung

weiter fatalistisch akzeptiert, begeben ihr euch nochmals auf einen deutschen Sonderweg. Es war für uns von fundamentaler Bedeutung, daß die polnischen Intellektuellen und Publizisten, die als erste unter den Stiefeln der Wehrmacht und dem Terror der Sonderkommandos gelitten hatten, in dieser Logik argumentierten.

Zusammenfassend: Die Einflüsse der Solidarnosc und ihres kulturellen Kontextes auf die DDR sind vielfältig und jedenfalls nicht auf die vielzitierten zynischen Abwehrversuche der SED zu beschränken. Ich sage auch, daß sie bis heute weiterwirken, selbst wenn sie im politischen Alltag kaum zur Geltung kommen. Keine Freiheit ohne Solidarität – *ne ma wolnosc bez solidarnosci* –: Das war eine polnische Lektion der 70er und 80er Jahre, ich meine, eine Lektion für ganz Europa, für die wir Ostdeutschen besonderen Dank schulden. Auf diese Überzeugung und Erfahrung stützte sich die Idee der Bürgergesellschaft. Auch sie ist mehr als nur ein Kampfbegriff der früheren Opposition. Wenn die Freiheit bewahrt werden soll, dann hat auch heute das Ethos der Solidarität seine moralische Substanz und seine politische Relevanz meines Erachtens nicht eingebüßt. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Ludwig. Ich will mit Blick auf die Uhr ohne irgendeinen Kommentar zu dem letzten Einführungsbeitrag von Timothy Garton Ash überleiten.

Timothy Garton Ash: Ich glaube, das meiste ist schon gesagt worden. Ich möchte nur drei kurze Bemerkungen zum Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und der Entstehung der Solidarnosc machen.

Ohne Entspannungspolitik keine Solidarnosc. Ohne KSZE keine Solidarnosc. Ohne Ostpolitik keine Solidarnosc. Es liegt auf der Hand, daß die Hauptursachen innenpolitische und osteuropäische waren. Ich glaube allerdings, daß die Entspannungspolitik in dreierlei Hinsicht die Solidarnosc mitverursacht hat. Zum einen bin ich davon überzeugt, daß die viel größeren Reisemöglichkeiten gerade für polnische Bürger in den 70er Jahren – die Zahl der Reisen sind mächtig angestiegen – dazu beigetragen haben, daß man über die eigene Wirklichkeit noch mehr desillusioniert war und der magnetischen Anziehungskraft des Westens noch mehr unterlegen war und daß insbesondere das Feindbild Deutschland, das gerade in Polen in den 70er Jahren noch sehr wirksam war, allmählich verblaßte. Zum zweiten gab es für die Opposition die Möglichkeit der Berufung u. a. auf die KSZE. Nur glaube ich, daß die besondere Bedeutung der KSZE in dieser Hinsicht gerade in Deutschland oft überbewertet wird. Es ist aufgefallen, daß Anna Sabatova sehr betont hat, daß sich die Charta 77 auf die UNO-Menschenrechtserklärungen berufen hat. Das KOR hat sich u. a. – aber eben nur unter anderem – auf die KSZE berufen. Das steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der KSZE. Die Danziger Forderungen im August 1980 haben sich auf die Internationale Arbeitsorganisation berufen und eben nicht auf KSZE. Wenn es ein internationales Dokument von überragender

Bedeutung für die Menschenrechtsthematik in Polen gab, dann war es nicht KSZE, nicht UNO und nicht ILO, sondern das Zweite Vatikanum. Das Zweite Vatikanum war in Polen viel wichtiger als KSZE. Denn es führte gerade den Krakauer Kardinal Karol Wojtyla dazu, daß nicht allein die nationalen Rechte der Kirche, sondern die gottgegebenen Menschenrechte jedes einzelnen von vielen Kanzeln ständig gepredigt wurden, nicht zuletzt durch den Papst selber und seinen Besuch 1979.

Dritter Punkt. Bei den Wirtschaftsbeziehungen gibt es wiederum eine dieser schönen Ironien der unbeabsichtigten Folgen. Denn beabsichtigt war in der Osthandelspolitik der Entspannungszeit natürlich nicht, daß man die polnische Wirtschaft in die Krise führt. Aber die westlichen Kredite haben entscheidend dazu beigetragen und die Entstehung der Solidarnosc dabei katalysiert. Wenn Sie so wollen, ist das auch ein Erfolg der Entspannungspolitik.

Dann kommt in der Tat die Entstehung der Solidarnosc. Die Reaktionen vielerorts in Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland sind sehr gespalten. Denn einerseits neigt man dazu, zu sagen, das sei gewissermaßen ein Ergebnis der Entspannungspolitik. Andererseits sieht man darin eine unmittelbare Bedrohung der Entspannung, und zwar eine sehr große Bedrohung vor allem des Erreichten im deutsch-deutschen Verhältnis. Das heißt, wenn es richtig ist, daß die Solidarnosc zum Teil ein Ergebnis der Entspannung war, dann muß man, auf die kürzeste Formel gebracht, zu dem Schluß kommen: Die Entspannung war schlecht für die Entspannung. Diesen Widerspruch versucht man dialektisch aufzulösen. Aber das ging und geht natürlich nicht, weil es nicht so aufzulösen ist. Vielmehr werden die Spannungen immer wieder in diesen Systemen entstehen, nicht zuletzt und gerade im Kontext der außenpolitischen Entspannung. Die Spannungen sind wahrscheinlich auch notwendig, um diese Systeme zu verändern. Denn nennen Sie mir die Diktatur, die sich, als die Diktatoren völlig entspannt waren und sich völlig sicher fühlten, aus freien Stücken liberalisiert hat. Ich will noch weitergehen: Diese Spannungen sind in sich schon ein Stück praktizierter Demokratie. Denn was ist Demokratie, wenn nicht die geregelte Austragung von Konflikten, also von Spannungen? Gewissermaßen geht die Vorstellung einer völligen innenpolitischen Entspannung nicht in die Tiefen der Demokratie; ich will nicht sagen: Das ist undemokratisch.

Dann kommt das Kriegerrecht und die bekannte, sehr ambivalente Reaktion Helmut Schmidts am Werbellinsee. Aber man muß gerechterweise auch sehen, was Helmut Schmidt im Bundestag gesagt hat: Ich stehe ganz auf der Seite der polnischen Arbeiter, sowie die große Debatte nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Westen über die Bedeutung von Solidarnosc und des Kriegerrechts. Dazu nur zwei Aspekte.

Erstens. Ich glaube, es ist schon sehr wichtig, über die rein moralische Bedeutung des Widerstands und der Opferbereitschaft für die Selbstachtung

und die Zukunft des einzelnen Menschen, einer Gesellschaft und einer Nation zu sprechen. Das klang auch in dem an, was Anna Sabatova heute vormittag sehr bewegend gesagt hat: In Prag hatte man sich tatsächlich überlegt, ob man das eigene Leben aufs Spiel setzen würde. Hier gab es – das ist natürlich ein sehr sensibles und sehr weites Feld – zum Teil unterschiedliche Lernebenen aus dem Zweiten Weltkrieg. Ich habe selbst erlebt, wie Günter Gaus in einer Diskussion in West-Berlin bloßes Entsetzen über die Vorstellung geäußert hat, irgend jemand könnte für Danzig sterben. Bronislaw Geremek schloß seinen großen Vortrag zum Gedenken an Marc Bloch in Paris mit den Worten: On peut mourir pour Danzig.

Aber das ist „nur“ die moralische Seite. Es gibt – zweitens – auch die politische Seite. Natürlich stellte sich nach dem 13. Dezember 1981 die Frage: War das eine weitere Niederlage, die man in die Reihe 17. Juni 1953, 13. August 1961 und 21. August 1968 stellen sollte? Bewies das wieder einmal, daß es so nicht geht, daß es eben nur über Moskau geht: Nur wenn sich in Moskau etwas ändert, wird auch der Wandel in Osteuropa möglich sein? Oder war das qualitativ anders, dadurch, daß die Transformation innerhalb Polens soviel länger – sechs bis sieben Monate – und soviel weiter gegangen ist, von einer so großen Mehrheit der Gesellschaft getragen worden ist und eben nicht mit einem sowjetischen Einmarsch beendet worden ist, sondern nur mit einer Selbstintervention und daß sich über die Monate und Jahre danach herausstellte, daß eine Normalisierung à la Kadar oder à la Husak in Polen nicht möglich war. Napoleon hat gesagt: Alle Imperien sterben an Verdauungsschwierigkeiten. Polen hat der Sowjetunion sicherlich große Bauchschmerzen bereitet. Das stellt man auch in vielen Gesprächen mit denjenigen fest, die das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik eingeführt haben, ob Oleg Bogomolow oder Jakowlew oder Schewardnadse oder Tschernajew.

Einer der Ausgangspunkte des Überdenkens der sowjetischen Osteuropapolitik war sicherlich die Frage: Was machen wir bloß in Polen? Die sind nicht zu normalisieren. Das kriegen wir nicht hin. In einem Zusammenspiel zwischen innenpolitischer Entwicklung in Polen und der Änderung der sowjetischen Außenpolitik kommt eine Renaissance der Solidarnosc ab 1986/87 und 1988 mit zwei Streikwellen. „Ne ma wolnosz bez solidarnosci“ rufen die Arbeiter. So geht es weiter – als die Chance durch die veränderte sowjetische Osteuropapolitik gegeben war – zum ersten Runden Tisch. Wie Sie sehr zu Recht sagten, wurde der Runde Tisch nicht in Moskau gezimmert, sondern in Warschau. Damit hat Polen einen sehr direkten Beitrag zu den Ereignissen von 1989, zu den anderen Runden Tischen und auch zur deutschen Vereinigung geleistet.

Das heißt, um es zusammenzufassen: Ich glaube in der Tat, daß Ostpolitik das erste Loch in der Mauer war und Solidarnosc das zweite Loch in

der Mauer. Die tragische Ironie ist: Beide Seiten, die Ostpolitiker und die Solidarnosc-Politiker, haben sich miteinander sehr schwergetan. Beide haben große Schwierigkeiten gehabt, den Beitrag des anderen anzuerkennen, vielleicht heute noch. Hoffen wir, daß die heutige Diskussion dazu ein bißchen beitragen kann. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Daß manche Wunden noch heilen müssen und manche schon geheilt sind, das kann man an Gesprächen ablesen, die zwischen führenden Vertretern der Ostpolitik und Vertretern von Solidarnosc geführt worden sind, wo dergleichen sehr deutlich ausgesprochen und dann aber wirklich zu Grabe getragen worden ist. Ich rede konkret von Willy Brandt, Adam Michnik und Walesa.

Mir liegen nun eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Die Zeit ist wiederum sehr fortgeschritten. Wir sollten versuchen, bis 16.30 Uhr fertig zu werden. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann schließe ich die Liste. Zum Schluß erhalten die Mitglieder des Podiums Gelegenheit, auf die Fragen und Bemerkungen einzugehen. Es ist deutlich geworden, daß ein spezifischer Zeitabschnitt der Beginn von Solidarnosc und des Kriegsrechts war. Hier hat es manche Turbulenzen und Defizite gegeben.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Das Thema unserer Kommission ist die SED-Diktatur, ihre Geschichte und ihre Folgen. Wir diskutieren heute über die Tschechoslowakei und über Polen. Bevor ich zu dem komme, wofür ich hier als erster das Wort bekommen habe, möchte ich anmerken, daß ich mich als deutscher Patriot noch immer schäme und nicht vergessen habe, wie die Tschechen und Polen, die Anfang der 80er Jahre von der deutschen Einheit sprachen, in der alten Bundesrepublik verlacht worden sind. Ich denke, daß diese Menschen, die damals unsere ureigenste nationale Forderung nach Selbstbestimmung gestellt haben, im nachhinein unsere ausdrückliche Anerkennung verdienen. Ich wünsche mir, daß der Deutsche Bundestag sie irgendwann einmal in gebührender Form zum Ausdruck bringt.

Nun zum Thema. Der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin hat im Januar 1993 im Zusammenhang mit meiner Arbeit für den „Untersuchungsausschuß 1/3“ des Landtags von Brandenburg über die Aktivitäten des Konsistorialpräsidenten im Wartestand Manfred Stolpe eine Sammlung von SED-Dokumenten vorgestellt, aus denen Mehlhorn schon vorgetragen hat. Das zentralste und wichtigste Dokument war mit Sicherheit das Protokoll des Treffens der Generalsekretäre in Moskau am 5. Dezember 1980. Auf diesem Treffen nahm Breschnew – ich habe das gestern schon deutlich gemacht – ausdrücklich Bezug auf den gerade gewählten neuen amerikanischen Präsidenten Reagan und die Drohung der USA: Falls Polen von außen ein fremder Wille aufgezwungen wird, ist Schluß mit den Handelsbeziehungen. Honecker drang mit seiner Forderung, daß die Arbeiter- und Bauern-Macht mit Blutvergießen verteidigt werden muß, nicht durch. Vielmehr konnte Kania

seine Vorstellung unterbreiten, mit einer polnischen Lösung in Polen Ruhe und Ordnung im Sinne der SED und der anderen kommunistischen Parteiführungen wiederherzustellen.

Bei der Präsentation bin ich gefragt worden: Lieber Wilke, das ist alles schön und gut; aber wo sind die Militärakten dazu? Sind das vielleicht nur bedeutungslose Phrasen? Wir haben nicht aufgehört zu suchen und sind der Frage nachgegangen – dabei hat mir mein Kollege Hans-Hermann Hertle von der Freien Universität verdienstvollerweise sehr geholfen –: Wo sind die Militärakten abgeblieben? Wir haben sie gefunden, und zwar im Ministerbüro von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann. Wir müssen feststellen, daß sich Honecker als Generalsekretär die Militärpolitik vorbehalten hat. Die Berichte von Hoffmann gingen direkt an Honecker. Das, was hier vorzulegen ist, wird, so hoffe ich, das Bild vom „Friedensstaat“ Deutsche Demokratische Republik und von der SED als Partei des Friedens endgültig als eine deutsche Legende entlarven. Parallel zu dem Treffen der Generalsekretäre flog am 1. Dezember 1980 Generaloberst Stechbarth nach Moskau, um eine nicht geplante große Übung mit dem sowjetischen Generalstab abzustimmen. Die Übung sah den Einmarsch von 21 Divisionen des Warschauer Paktes unter Einbeziehung der NVA in Polen vor. Welchen Charakter diese Übung haben sollte, läßt sich vielleicht daran erkennen, daß die Militärlazarette in Alarmbereitschaft versetzt wurden, daß in den Karteiblättern schon die Rubrik für Verluste vorgesehen war, die die Kampfverbände gehabt hätten. Am 8. Dezember meldete Hoffmann an Orgakow, daß die NVA-Verbände einsatzbereit sind. Am 10. Dezember unterschrieb Honecker persönlich die Weisung, daß sich die Truppen der NVA an dieser Übung beteiligen, vorausgesetzt das Signal aus Moskau kommt. Es kam nicht. Aber die NVA hat sich 1981 weiterhin „verdienstvoll“ betätigt. Ihr Militärattaché in Warschau und der Verbindungsgeneral im Stab von Liegnitz haben sich daran beteiligt, in der polnischen Armee „gesunde“ Kräfte zu finden, die den Militärputsch endlich auslösen. Ein Dokument vom 7. April 1981, dem Gespräch zwischen Streletz und Keßler mit Kulikow, dem Oberkommandierenden der Warschauer-Pakt-Staaten, bringt Klarheit über die militärischen Zusammenhänge zwischen innerpolnischer Konfliktlösung und eventuellem Einmarsch. Kulikow stellt gegenüber den NVA-Generalen klar: Erstens. Es ist in Polen mit einem Bürgerkrieg zu rechnen. Das ist eine Lageeinschätzung, auf die wir uns einrichten müssen. Zweitens – hier wiederholt er das, was die Generalsekretäre in Moskau beschlossen hatten –: Bevor nicht die polnischen Sicherheitskräfte zuschlagen, können wir von außen nicht „helfen“. Erst wenn die Polen es nicht schaffen und uns um Hilfe bitten, entsteht eine neue Situation. – Das war im April 1981. In diesem Zusammenhang klären die NVA-Offiziere auch, ob – wieder einmal – deutsche Truppen gefragt sind, wenn es darum geht, in Polen Ordnung zu schaffen. Der Armeegeneral Hoffmann meldet als Verteidigungsminister

seinem Generalsekretär, daß die leitenden polnischen Generale nichts mehr dagegen haben, wenn sich die NVA an einer Intervention beteiligt. Auch das war im April 1981.

Im Dezember 1981 zeigen Honecker und die NVA unmißverständlich, daß sie auch zum zweitenmal bereit sind, die polnische Frage auf ihre Weise zu lösen. Anlässlich des Treffens der Verteidigungsminister des Warschauer Pakts legt der Gastgeber, Marschall der Sowjetunion Ustinov, Anfang Dezember ein Kommuniqué auf den Tisch und verlangt, daß die Verteidigungsminister zustimmen. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um die sozialistische Gemeinschaft vor den Angriffen von Solidarnosc in Polen zu schützen. Das konnte nach Lage der Dinge eigentlich nur die Ankündigung der Militärintervention bedeuten. Der Armeegeneral Hoffmann hat von Moskau aus dieses Kommuniqué mit Honecker abgestimmt, und der hat ihm ausdrücklich zugestimmt. Das Kommuniqué kam nicht zustande. Das war dem ungarischen Verteidigungsminister und seinem rumänischen Kollegen zu verdanken. Der ungarische Verteidigungsminister hat es abgelehnt, es zu unterschreiben, auch nicht in der abgeschwächten Form, der rumänische Verteidigungsminister ebenso.

Als eine der Spuren, daß diese Planungen tatsächlich stattgefunden haben, hat Dr. Gutsche im Potsdamer Militärarchiv diese Karte gefunden. Sie lag ohne weitere Anlagen in einer Mappe: 13./14. Dezember 1981. Auf der Karte geht die 9. Panzerdivision über die Oder.

Zweiter Teil. In dem schon erwähnten von der FU veröffentlichten Arbeitspapier ist außerdem alles das enthalten, was wir zur Rolle der evangelischen Kirche in der polnischen Krise im zentralen SED-Archiv gefunden haben. Diese Arbeit wurde für den Untersuchungsausschuß in Brandenburg begonnen, deshalb möchte ich gern zwei Anmerkungen zu diesen Kirchendokumenten machen.

Erstens, es ist ziemlich klar, die evangelischen Kirchen spielten eine Rolle, und zwar durchaus auch die in der Bundesrepublik. Es gibt ein Dokument, nach dem Bischof Lohse im Februar 1981 dem DDR-Gesandten Moldt eröffnete, die EKD sie gern bereit, Mißverständnisse zwischen den beiden deutschen Staaten auszuräumen. So weit, so gut. Über den Gesprächskanal evangelische Kirche befördert die Bundesregierung, damals geführt von Bundeskanzler Schmidt, der SED die klare und unmißverständliche Botschaft: Unter der Voraussetzung, daß die NVA nicht in Polen einmarschiert und daß die Sowjets einen solchen Schritt alleine tun, kann die innerdeutsche Politik weitergehen. Über die Kirche wird auch das Gespräch vorbereitet, das vom 11. bis 13. Dezember 1981 am Werbellinsee stattfindet.

Es gibt einen zweiten Komplex, den ich vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ausdrücklich zu Protokoll geben will. Vom 15. Dezember 1981 – das ist seit einem Jahr bekannt – existiert eine inhaltlich

furchtbare Gesprächsnotiz des ZK-Abteilungsleiters für Kirchenfragen, Bellmann. Er hat damals den Oberkonsistorialrat Stolpe empfangen, den Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirche. Stolpe gab – ich bin fast versucht zu sagen: als loyaler Untertan seiner Majestät, des SED-Generalsekretärs – die Position der Bischöfe zu Polen zu Protokoll. Erster Punkt. Man wolle sich von der westlichen Hysterie über einen angeblichen Einmarsch in Polen nicht anstecken lassen. Nächster Punkt. In den Gemeinden bestehe keine Neigung, Polnisch zu lernen.

Das alles wäre mit Nachsicht abzuhaken, wenn es nicht einen Satz gäbe, der die Unterstützung der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik präzisieren würde. Nach dem, was Bellmann geschrieben hat, sagte Stolpe, daß die Bischöfe der Meinung sind, in der evangelischen Kirche der DDR sei keine Unruhe zu befürchten, wenn es zur Militärintervention kommt, die Sowjetunion das alleine tut und sich die NVA nicht beteiligt. 15. Dezember 1981.

Bis zum heutigen Zeitpunkt hat es die evangelische Kirche abgelehnt, diesen Sachverhalt zu klären. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist der Untersuchungsausschuß des Landtags von Brandenburg in seiner Mehrheit aus SPD, PDS und F.D.P. dabei, die Klärung der Frage, ob das wirklich stimmt und wer die Position zu verantworten hat, die Bischöfe oder der eigenmächtig handelnde Sekretär des Bundes, hinauszuschieben. Nach dem Auffinden der Militärdokumente besteht für mich eine neue Lage. Sie verlangt, daß diese kirchliche Positionsbestimmung zu Polen wirklich geklärt wird um der deutsch-polnischen Zukunft willen.

Auf den Werbellinsee will ich nur noch ganz kurz eingehen. An dem Tag, an dem Schmidt am Werbellinsee eintrifft, weiß Honecker bereits, bis zum 15. wird in Polen etwas passieren. Nach den Gesprächsprotokollen der SED ist Polen auf dem deutsch-deutschen Gipfel nur Randthema. Schmidt wird mit der Bemerkung zitiert: Polen ist ein Mosaiksteinchen in der europäischen Situation. Beide beklagen, daß sie mit ihrer Wirtschaftshilfe für Polen am Ende sind. Honecker berichtet dem Politbüro am 15., Schmidt habe die Ausrufung des Kriegsrechts mit Gelassenheit aufgenommen und sei der Meinung gewesen, in Polen muß einer Ordnung machen und daß es am besten ist, wenn die Polen das selber machen.

(Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Wo steht das denn?)

Ansonsten wäre es gut, wenn keine weitere Störung des europäischen Friedens mehr von der polnischen Krise ausgeht.

Ich halte die Tatsache, daß ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am Werbellinsee mit dem Generalsekretär des ZK der SED elf Jahre nach dem Kniefall von Willy Brandt vor dem Ghetto-Gedenkstein in Warschau auch nur in Andeutungen so spricht, daß der Generalsekretär der SED es so verstehen kann, als sei er zufrieden, daß in Polen „Ordnung“ gemacht wird, für

einen Skandal erster Ordnung. Ich bin der Meinung, auch das gehört geklärt. (Vereinzelt Beifall)

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Erste Bemerkung. Ich glaube, die Referate von Herrn Wieczorek, von Herrn Hajnicz und von Herrn Mehlhorn haben die Fruchtbarkeit einer vergleichenden Perspektive in Osteuropa gezeigt, vergleichend in der Weise, daß man Gemeinsames, aber auch Unterschiede feststellt. Die Situation war offenbar in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. Sie lief auch phasenmäßig unterschiedlich ab. Das bedeutet, daß man sich vor allgemeinen Aussagen über richtige Strategien hüten muß, weil die Bedingungen überall ein bißchen unterschiedlich waren.

Ich nehme ein Beispiel. Ich frage den Diskussionsleiter Markus Meckel: Kann man tatsächlich die evangelische Kirche in der DDR mit der polnischen Kirche vergleichen, auch was die politische Rolle angeht? Schon eine solche Frage zeigt, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern recht unterschiedlich sind. Wenn man den Westen diskutiert, wird man fragen müssen, ob er die erheblich differierenden Situationen in den verschiedenen Ländern im Hinblick auf seine Politik immer hinreichend bedacht hat. Das müßte eine der Fragen sein, die zu diskutieren sind. Wie gesagt: Fruchtbar scheint mir die vergleichende Perspektive zu sein, aber nicht nur im Hinblick auf die Feststellung der jeweiligen Spezifika und der situativen Kontexte, in denen zu handeln war.

Zweite Bemerkung zum Verhalten des Westens. Ich möchte gern Timothy Garton Ash zum Beispiel Polens noch eine Frage stellen. Zuckerbrot und Peitsche – so heißt es in dem Buch – haben gerade gemeinsam die Veränderungen bewirkt. In welchen Hinsichten wirken die äußeren Faktoren? In welcher Weise greift die Sanktionspolitik in die polnische Entwicklung ein, und inwiefern ist sie ein zentraler oder peripherer Faktor in bezug auf die gesamte polnische Entwicklung?

Herr Wilke hat die Werbellin-Frage angesprochen. Selbstverständlich muß über diese Dinge diskutiert werden. Es ist auch für das öffentliche Bewußtsein nötig, über diese Dinge zu reden. Aber ich bitte doch, zunächst einmal den Gesamtkontext der Situation 1980/81/82 mit zu bedenken, die starke Dominanz der sicherheitspolitischen Diskussion, die durchaus schwierige internationale Situation. Man kann fragen, ob die Sicherheitspolitik und die sicherheitspolitischen Aspekte von seiten des Westens nicht verabsolutiert worden sind. Aber sie spielen in der damaligen Situation eine sehr große Rolle. Möglicherweise haben sie blind gemacht oder bestimmte andere Dinge in ihrer Eigengewichtigkeit nicht hinreichend würdigen lassen. Aber man argumentiert historisch verkürzt, wenn man diesen Kontext nicht mit sieht. Was die Handelnden angeht, waren sie im übrigen generationell geprägt: durch bestimmte Erfahrungen von 1953, 1956 usw. Sie wollten in dieser Situation

Blutvergießen verhindern. Diese generationellen Prägungen wird man in den Verhaltensmustern mit sehen müssen.

Was konkret das Verhalten von Helmut Schmidt angeht, nach dem, was wir bisher wissen – wir wissen möglicherweise nicht genug –, so hat er in Gesprächen mit Honecker diesen sehr energisch vor einer Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen gewarnt. Auch diese Tatbestände gehören in das Bild hinein.

(Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Habe ich doch gesagt!

– Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Nein, das ist nicht gesagt worden!)

– Das ist eben so nicht gesagt worden. Das müßte, glaube ich, in eine solche Betrachtung mit einbezogen werden. – Es muß auch berücksichtigt werden, wie Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag zu dieser Frage Stellung genommen hat. Ich will einmal so fragen: Traut man per se der sekundären Wiedergabe durch SED-Akten immer mehr als dem, was öffentlich gesagt worden ist oder in Erinnerungsbänden steht? Hier ist wohl eine sehr sorgfältige Analyse der vielfältigen Quellentexte erforderlich. Man sehe sich im übrigen an, wie die Publikation von Manfred Wilke vorgeht. Ich bitte die Anmerkungen 100 und 132 in die Betrachtung einzubeziehen. Sie geben ein etwas anderes Bild, als das eben hier gezeichnete. In der Anmerkung 100 wird unter „streng geheim“ im Politbüro gesagt:

„Die BRD-Regierung ist nicht an einer Stärkung bzw. dem Erhalt der kommunistischen Regierung in Polen interessiert. Sie betrachtet die Bildung der neuen Gewerkschaftsbewegung und die Streikergebnisse vielmehr als Beweis für die Möglichkeit evolutionärer Veränderungen in den sozialistischen Ländern im Rahmen der westlichen Entspannungskonzeption.“

Diese und ähnliche Dinge finden sich auch in den Akten und müssen in die Betrachtung einfließen. Das gilt auch für das, was in der Anmerkung 132 gesagt wird. Ich möchte, daß die verschiedenen Facetten zu einem fairen Bild zusammengefügt werden, bevor wie hier der große Gestus der Anklage über die Rampe kommt. Wir müßten die Dinge miteinander differenziert diskutieren, sicherlich auch im Hinblick auf Fehler, die von seiten des Westens oder auch von seiten der Regierung Schmidt gemacht worden sind, die die Solidarnosc-Frage oder auch die Gesamtsituation möglicherweise falsch eingeschätzt hat. Das könnte durchaus das Ergebnis sein. Aber man muß sich mehr Mühe bei der Analyse der vorliegenden Materialien geben.

Dritte Anmerkung. Es ist hier gesagt worden, daß die polnische Opposition die Frage der Wiedervereinigung als offen betrachtet hat. Aber in Polen wurde – so habe ich die polnische Diskussion manchmal wahrgenommen – ein Zusammenhang zwischen Oder-Neiße-Grenze und der Wiedervereinigungsfrage im öffentlichen Bewußtsein hergestellt. War die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Teile der deutschen Öffentlichkeit nicht auch eine

Erschwernis für die polnische Politik, auch für die Reformbemühungen in Polen, weil es eben diesen psychologischen Zusammenhang gegeben hat?

Eine vierte Frage an Herrn Mehlhorn: Würden Sie soweit gehen, zu sagen, die SED-Führung hat politische Ressentiments, bestimmte Momente des traditionellen deutschen Nationalismus und der Abneigung gegenüber Polen bewußt und gezielt mobilisiert zur Abgrenzung gegenüber Solidarnosc und den Reformbewegungen in Polen?

(Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich jedenfalls würde das ausdrücklich bestätigen.)

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Zunächst eine Vorbemerkung. Herr Wilke, ich finde es hervorragend, daß Sie sich ein solches Thema vorgenommen haben und daß Sie die Absicht haben, das in Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen herauszubringen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es möglich wäre, demnächst auch eine polnische Fassung vorzulegen. Dazu allerdings eine Bemerkung im Anschluß an das, was Herr Faulenbach schon angedeutet hat. Meine herzliche Bitte wäre: Versuchen Sie gerade bei einem solch heiklen Thema mehr wissenschaftliche Maßstäbe anzulegen und keine emotionalen. Wir sind jetzt in der „glücklichen“ Lage, die Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen aus den Archiven der ehemaligen DDR zu rekonstruieren, aber nicht, sie mit den Protokollen zu konfrontieren, die bei uns im Auswärtigen Amt oder im Bundeskanzleramt liegen. Zumindest würde ich von Ihnen erwarten, bevor Sie irgend etwas veröffentlichen, das Helmut Schmidt zu schicken: Das ist die Aussage aus den Archiven der DDR; bitte überprüfen Sie das, nehmen Sie dazu Stellung. Dann hätten wir eine ausgewogene Position und könnten zu einer Bewertung kommen. Das ist der wissenschaftliche Maßstab, den wir anlegen müssen. Es würde Ihrer Studie sehr gut tun, wenn Sie so vorgehen.

Zweitens. Ich habe zwei Fragen. Auf eine dritte möchte ich verzichten, weil die Zeit schon fortgeschritten ist. Die erste Frage an Herrn Hajnicz wiederum im Anschluß an das, was Herr Faulenbach angedeutet hat. Mir ist etwas nicht ganz klar. Ich glaube, Sie haben recht, was das Offenhalten der deutschen Frage in der „Solidarität“ angeht. Das bestreite ich gar nicht. Doch zeigen alle unsere Umfragen bis in die jüngste Gegenwart hinein, vor welchen Schwierigkeiten man sich in Polen bezüglich der Einheit Deutschlands und der Stärke Deutschlands in Mitteleuropa gestellt sieht. Die ganzen Umfragen sind eigentlich viel negativer. Trotz großer Kooperationsbemühungen stellen wir immer wieder fest, daß die Polen am skeptischsten gewesen sind und daß das Deutschlandbild heute in Polen immer noch schlechter ist, als wir uns das gewünscht haben. Ich sehe da noch eine gewisse Diskrepanz. Aber vielleicht können Sie das aufklären.

Letzter Punkt, und der scheint mir der wichtigste zu sein. Ich verstehe, was Sie sagen wollen, wenn Sie formulieren, man müßte bei der Entspannungspolitik

einen zweiten Aspekt berücksichtigen, das, was Sie die Entartung nennen. Ich weiß nicht, ob man von „Entartung“ sprechen kann. Meiner Meinung nach sollte man nur von der vielleicht sehr stark ausgeprägten Eingleisigkeit der Entspannungspolitik sprechen. Denn wenn Sie im gleichen Atemzug von der Stabilität als Element der Entartung sprechen, so kann ich nur sagen: Es ging nicht darum, Stabilität um der Stabilität willen zu erreichen. Der Grundgedanke war vielmehr – ich hoffe, daß Sie das so akzeptieren –, Stabilität zu erreichen, um die Stabilität unterminieren und friedlich überwinden zu können, oder anders formuliert, den Status quo anzuerkennen, um den Status quo friedlich überwinden zu können. Das war die eigentliche Zielsetzung. Wenn man nur die Stabilität um der Stabilität willen gesucht hätte, damit eben auch die polnische Stabilität gewährleistet ist, dann würde ich Ihnen recht geben und sagen, das wäre eine Entartung. Aber das war nicht das eigentliche Ziel.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich darf eine Bemerkung dazu machen. Was Herr Hajnicz sagte, bezog sich auf das, was innerhalb der Solidarnosc außenpolitisch gedacht worden ist, und nicht auf allgemeine Äußerungen in der Bevölkerung. Daß sich das, was in damaliger Zeit in Oppositionskreisen gedacht worden ist, und das, was in der Gesamtbevölkerung gedacht worden ist, unterscheiden kann, haben wir z. B. in der DDR erlebt. Das sind zwei verschiedene Gesichtspunkte.

Ich möchte, da Timothy Garton Ash zeitlich in Bedrängnis ist, fragen, ob diejenigen, die sich gemeldet haben, speziell an ihn Fragen haben. Ich würde diese Fragen vorziehen und Herrn Garton Ash die Möglichkeit geben, abschließend zu reagieren. – Gert Weisskirchen, bitte.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Meine Frage richtet sich an Timothy Garton Ash, zugleich aber auch an die beiden polnischen Freunde. Mich hat das Bild, das Timothy Garton Ash an den Schluß seiner Bemerkung gesetzt hat, animiert, darüber nachzudenken. An dieser Stelle wollte ich nachfragen. Es hat ja immer eine Wechselbeziehung zwischen der staatlichen Verhärtung auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Bemühen durch die Entspannungspolitik des Westens gegeben, diese Verhärtung aufzulockern und zu verändern. Natürlich war völlig klar, daß sich diese staatlichen Systeme niemals von sich aus auflösen wollten. Das heißt, es war denjenigen auf staatlicher Ebene, die auf beiden Seiten gehandelt haben, bewußt, daß die Entspannungspolitik im Grunde genommen niemals dazu führen konnte, daß die staatlichen Systeme selbst zerbrechen. Es war aber das Risiko der Entspannungspolitik, daß es, zumindest wenn die Gegenbewegung aus den Gesellschaften ihre eigenen staatlichen Systeme in Frage stellten, an irgendeinem Entwicklungspunkt des historischen Prozesses genau zu diesem Moment des Zerbrechens der Systeme kommen mußte. Wir haben Ende der 80er Jahre in unserer Fraktion und in unserer Partei genau über den Punkt

reflektiert und nachgedacht, wie weit das Motiv derer, die auf westlicher Seite Entspannungspolitik modelliert haben, respektiert werden kann, daß sie sagten: Wenn es zum Zerschlagen der Systeme kommen kann, wird Gewalt freigesetzt, fließt Blut und müssen Menschen leiden. Meine Frage an Timothy Garton Ash: Wie stark kann das Motiv derer, die das Design der Entspannungspolitik gemacht haben, herangezogen, akzeptiert und respektiert werden, daß sie immer gesagt haben: Vorsicht bei diesem Punkt; es darf auf keinen Fall zu einem so schrecklichen Ereignis wie Mitte des Jahres 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens kommen? Wie war diese Aporie aufzulösen? Wie konnte man mit diesem Punkt umgehen? Ich habe selbst kritisiert, daß man die Oppositionsbewegungen vom Westen aus nicht genügend ermutigt hatte. Wie weit darf man jedoch respektieren, daß diejenigen, die die staatliche Seite repräsentiert haben, gesagt haben: Was geschieht mit den Menschen, wenn es dazu kommt?

Timothy Garton Ash: Es ist wahrscheinlich das allerschwierigste, die Motive der einzelnen Akteure zu erkunden. Sie sind gerade bei der Ostpolitik sehr unterschiedlich. Das kann man überhaupt nicht pauschal begründen. Man muß natürlich vor dem von dir genannten Motiv Respekt haben, daß keiner aus dem sicheren Hort der Freiheit heraus andere auffordert, ihr eigenes Leben zu riskieren. Die Erfahrung von der Niederschlagung des 17. Juni war sicherlich ein Schlüsselerlebnis für Egon Bahr oder Willy Brandt. Nur ist das Problem dabei, daß gerade in diesem Fall überhaupt nicht klar ist, daß das der Hauptgedanke war. Von Bahr stammt der berühmte Satz nach dem 13. Dezember: Weltfrieden ist wichtiger als Polen. Dabei war natürlich auch das Motiv einer „Stabilität“, einer Stabilisierung sehr stark. Anders gesagt: Eine Ordnung muß in Polen wiederhergestellt werden, damit wir unsere Ostpolitik in bezug auf Moskau und auf die DDR weitermachen können. Ich glaube, dem ist auch so. Das ist meines Erachtens auch der Punkt: Herr Jacobsen, die Dialektik, von der Sie gesprochen haben, den Status quo zu akzeptieren, um ihn zu überwinden, ist richtig; damit bin ich einverstanden. Etwas problematischer ist der zweite dialektische Satz: Man muß die Regime stärken, um sie abzuschwächen. Das ist gerade im Falle der DDR schon etwas fragwürdig. Noch problematischer ist der dritte dialektische Satz: Man muß, um die Demokratie zu stärken, die Demokraten ignorieren. Aber zu dieser immer problematischer werdenden Dialektik kam das Problem der Prioritäten in der Ostpolitik, daß gerade Ostmitteleuropa an dritter Stelle stand. Deswegen glaube ich, daß es im Falle der Polenpolitik dieser Zeit nicht so sehr darum ging, dialektisch eine Liberalisierung durch Stabilisierung zu bewirken, sondern daß man in der Tat zumindest für einen kurzen Augenblick die Stabilität vor die Freiheit gestellt hat.

Ganz kurz zu Herrn Faulenbach: Zuckerbrot und Peitsche. Man muß zwischen kurzfristiger und Langzeitwirkung unterscheiden. Denn die Sanktionen haben

die genannten Ziele nach dem 13. Dezember überhaupt nicht erreicht. Aber ich glaube in der Tat beweisen zu können, daß auf längere Sicht während der 80er Jahre – dazu wird Herr Hajnicz viel mehr sagen können – die ausdrückliche Verknüpfung von Gewährung von weiteren Krediten und wirtschaftlicher Erleichterung mit der Anerkennung der Opposition seitens der westlichen Politik eine große Wirkung gehabt und auf dem Weg zum Runden Tisch entscheidend geholfen hat.

Mir fällt noch etwas auf. Vielleicht darf ich das als Außenseiter sagen. Es gehört zum engeren Thema der Enquete-Kommission: Erforschung der SED-Diktatur. Mir scheint, daß sich der Deutsche Bundestag – und vielleicht die Bundesrepublik überhaupt – in eine einmalige Lage versetzt hat, indem er beschlossen hat, die Akten der SED zu öffnen. Das finde ich sehr richtig. Ich habe viel an diesen Akten gearbeitet. Sie haben einen hohen Quellenwert, stellen jedoch gerade die Politiker der Bundesrepublik in ein etwas ungünstiges, wenn nicht schiefes Licht. Wie kann man das zurechtrücken? Nur dadurch, daß man die eigenen Akten öffnet. Dann fragt man sich: Gibt es irgend einen anderen Staat auf der Welt, der bereit ist, die eigenen Akten von gestern und vorgestern zu öffnen, außer in Form von leaks in der Presse, was natürlich alle tun? Aber ich glaube trotzdem, man ist eben in dieser Situation. Es steht mir nicht zu, von diesem Podium aus mit einem Plädoyer zu enden, daß die Bundesrepublik die einschlägigen Akten öffnet, beispielsweise – was gerade zum Thema der deutsch-deutschen Beziehungen besonders wichtig wäre – die Akten der Abteilung BRD des Außenministeriums der DDR, die, wie die meisten wissen, ausnahmsweise direkt auf das Auswärtige Amt übergegangen sind und dort unter strengstem Verschuß stehen – „aus technischen Gründen“, wird einem gelegentlich gesagt. Das ist nicht Gesetz. Es steht jedoch in der Entscheidung des Auswärtigen Amtes, sie zu öffnen, wenn ich das richtig sehe. Das wäre auch ungeheuer wichtig. Dort ist eine fast geschlossene Reihe der Gesprächsprotokolle zu den deutsch-deutschen Beziehungen von 1969 bis zum Jahre 1990. Ich fände es schon ungeheuer wichtig, sie in verantwortlicher Weise für die Forschung und die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aber wie gesagt: Mir steht es nicht zu, dieses Plädoyer zu halten. Ich will nur sagen, um mit einer marxistischen Formel zu enden: Das wird vielleicht eine objektive Notwendigkeit. (Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Timothy Garton Ash dafür, daß er heute diesen Tag mit uns verbracht und mit uns diskutiert hat. Ich danke ihm auch dafür – ich denke, daß ich das nicht nur in meinem Namen tue –, daß er dieses Buch geschrieben und sich in ausführlicher und grundsätzlicher Weise mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Daß auch wir das wollen, wird durch das deutlich, was wir tun. Daß hier noch viel Gespräch notwendig ist, ist auch deutlich geworden.

Ich möchte auch noch meinen Dank für die letzte Bemerkung aussprechen. Verschiedene in dieser Kommission haben begeistert zugestimmt. Auch ohne daß es Gesetze gibt, sollten z. B. die Akten dieser Abteilung und manche andere, die bisher von der Bundesregierung nicht freigegeben worden sind, freigegeben werden, um zu einem angemessenen Bild zu kommen. Das ist von uns in der ersten Sitzung der Enquete-Kommission schon angesprochen worden. Bisher hat sich nichts bewegt. Ganz gewiß wäre von besonderer Bedeutung, daß die entsprechenden Akten aus dem Bundeskanzleramt, aus dem Innerdeutschen Ministerium und von den entsprechenden Parteien – dazu gehören die Blockparteien genauso wie die SPD – zugänglich gemacht würden. Noch einmal herzlichen Dank! Wir werden diese Anregung weiter verfolgen. Alles Gute! (Beifall)

Ich entschuldige mich dafür, daß wir die normale Reihenfolge verlassen mußten. Wir gehen nun weiter nach der Rednerliste vor. Als nächster spricht Rainer Eppelmann.

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Ich könnte genauso anfangen wie in meinem Beitrag heute vormittag. Ich habe den Eindruck, der Weg ist schon ein Stück Ziel. Mir ist das bei dem aufbrandenden Konflikt – so habe ich es erlebt – zwischen Herrn Professor Jacobsen und Herrn Professor Wilke deutlich geworden. Es ist für mein Empfinden ein Unterschied, ob man mit noch soviel Engagement und Herz eine Sache – man verzeihe mir diesen Ausdruck – von außen betrachtet oder ob man drinnen lebt und den Eindruck hat: Da machen andere Politik, im günstigsten Falle für uns mit. Von daher kann ich die Argumentation von Professor Wilke verstehen. Mir hilft an dieser Stelle der Hinweis auf Wissenschaft alleine nicht.

Ich habe eine Bitte an Ludwig Mehlhorn. Du hast vorhin versucht – wofür ich sehr dankbar war –, zu entfalten, inwieweit SED-Propaganda Einfluß auf unser ostdeutsches Denken und Empfinden genommen hat. Ich kann mich noch an die Wiederbelebung – so hieß es damals – von antipolnischen Witzen erinnern. Das heißt, die Propagandisten bei uns haben sehr wohl gewußt, was sie damit beabsichtigt haben. Sie haben offensichtlich alte Vorurteile geschürt und neue dazugesetzt. Ich habe immer wieder so ein Stück den Eindruck, wenn ein DDR-Bürger sagte: Die Polen sind eigentlich bloß zu faul zu arbeiten und deswegen streiken sie – ich mache es jetzt ganz billig –, versuchte er damit, seine eigene graue Wirklichkeit ein bißchen zu beschönigen. Kannst du genauer sagen, in welchen Größenverhältnissen Menschen anfällig gewesen ist: Ist es eine Splittergruppe gewesen, sind es mehr gewesen?

Ich habe noch eine zweite Frage. Wir denken ja auch nach vorne. Wie ist das nach deinem Eindruck heute? Gibt es Langzeitwirkungen, die heute noch in uns drin sind?

Eine weitere Frage richtet sich an unsere beiden polnischen Gäste, denen ich sehr danke, daß sie hier sind. Welche Erfahrung machen Sie mit der

Aufarbeitung Ihrer polnischen Nachkriegsgeschichte? Ist das Ihr individuelles je eigenes Tun, oder gibt es ähnliche Bemühungen wie bei uns, das in einem gesellschaftlichen oder parlamentarischen Auftrag zu tun? Mich würde z. B. interessieren: Wie geht es heute Herrn Czyrek? Sind die Mörder von Popieluszko noch im Knast, oder sind sie draußen? Wissen Sie etwas über sie? Welche Bedeutung spielen bei Ihnen Worte, die bei uns gegenwärtig in der Diskussion hochaktuell sind: Amnestie, Verjährung, Gerichtsprozesse, Versöhnung?

Die zweite Frage an Sie. Ich wage zu sagen: Ich gehöre zu den Menschen, die seit vielen, vielen Jahren die Polen bewundern, vor dem Hintergrund des von ihnen immer wieder gezeigten Mutes in der Nachkriegszeit und ihrer Phantasie. Darum hätte ich eine Bitte. Ich habe dabei zwei Bilder vor mir. Ein Schauspieler, der sich öffentlich für das Kriegsrecht ausgesprochen hat, nachdem es ausgerufen worden ist, wurde mit Beifall empfangen, als er zum erstenmal wieder im Theater auftrat. Er hat sich gefreut und artig verbeugt. Der Beifall hat aber nicht aufgehört. Der Schauspieler mußte von der Bühne herunter. Er konnte nicht mehr spielen. Ein weiteres Beispiel ist mir erzählt worden. Ein polnischer Schriftsteller, ein bekannter Mann, der viele Bücher geschrieben hatte, hatte sich ebenfalls unterstützend hinter das Kriegsrecht gestellt. Nachdem er das öffentlich getan hat und am nächsten Tag sein Haus verlassen wollte, kam er nicht mehr heraus, weil ihm die Bürger seine Bücher vor Türe und Fenster gelegt hatten.

Ich würde Ihnen Mut machen wollen, wenn Sie nicht schon selber auf diesen Gedanken gekommen sind, weil es immer noch unterdrückte Menschen gibt: Schreiben Sie ein Handbuch des phantasievollen gewaltlosen Widerstandes. Ich habe den Eindruck, die Polen sind dafür in besonderer Weise prädestiniert.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Der Zufall wollte es, daß ich gemeinsam mit dem leider hier nicht mehr anwesenden Kollegen Böhm und mit einem hier noch anwesenden Journalisten genau an dem Tag im Oktober 1989 in der Nähe von Warschau gewesen bin, an dem die Botschaftsflüchtlinge ausreisen konnten. Wir waren nicht von ungefähr, sondern aus diesem Anlaß in der Nähe von Warschau. Denn auf Initiative britischer Konservativer fand in der Nähe von Warschau ein Treffen mit Oppositionellen aus Mitteleuropa statt. Federführend waren polnische Vertreter der Solidarnosc, des weiteren beteiligt Tschechen, Ungarn und Slowaken. Es war in der Tat sehr beeindruckend, für uns überraschend und für unsere britischen konservativen Freunde sehr erschreckend – sie sind sehr nachdenklich von Warschau weggefahren –, mit welcher deutschlandpolitischen Klarheit die Oppositionellen aus Polen, aus der Tschechischen Republik, aus Ungarn oder aus der Slowakei gesagt haben: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, dann kommt die deutsche Einheit. Ich will

das nur als persönliche Erinnerung an die für mich unvergeßlichen Warschauer Tage sagen.

Ich möchte für uns alle noch etwas anderes in Erinnerung rufen. Herr Hajnicz hat sehr eindrucksvoll deutlich gemacht, was die deutschlandpolitische Bedeutung der Solidarnosc-Bewegung gewesen ist. Indem sie das System des Kommunismus und damit auch das System der DDR in Frage gestellt hat, hat sie die deutsche Teilung in Frage gestellt und sich für die deutsche Einheit ausgesprochen. Deshalb sollten wir uns immer daran erinnern, daß es eine große Symbolkraft hatte – wir Deutschen leiden manchmal darunter, daß wir uns guter Symbole in unserer Geschichte zu wenig erinnern und sie zu wenig pflegen –, daß in den Stunden, in denen die Mauer in Berlin fiel, der deutsche Bundeskanzler in Warschau weilte, um mit Mazowiecki eine neue Seite in den deutsch-polnischen Beziehungen zu schreiben. Den uns alle bewegenden Bildern von Berlin folgten in fast nur 48 Stunden die bewegenden Bilder der Friedensmesse in Kreisau und des ausgetauschten Bruderkusses und des Friedensgrußes zwischen Kohl und Mazowiecki. Ich glaube, daß wir der Solidarnosc-Bewegung einen ganz wichtigen Impuls für eine der schwierigsten Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses verdanken, nämlich: Wie gehen wir Deutschen mit dem Kapitel der Vertreibung, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und – als aktuelle Frage der deutschen Politik; Markus Meckel hat es eingangs bereits erwähnt – mit der Minderheitenfrage um, die immer ein belastendes Thema gewesen ist? Es hat für mich Symbolkraft, daß in der damals von Kohl und Mazowiecki unterzeichneten gemeinsamen Erklärung erste politische Ansätze zur Lösung der bis dahin völlig tabuisierten Frage auf den Weg gebracht wurden. Wir verdanken Ihnen, Herr Wieczorek, einen bemerkenswerten Aufsatz in der Zeitung, für die Sie so lange verantwortlich gewesen sind, zu dem Thema: Wie gehen die Polen mit der Vertreibung der Deutschen und der Geschichte und Kultur in den ehemaligen deutschen Ostgebieten um? Wenn wir über diese Themen sprechen, muß man, so glaube ich, auch eine polnische Persönlichkeit würdigen. Das ist der unvergessene Jan-Jozef Lipski. Er hat durch seinen Aufsatz „Zwei Patriotismen, zwei Vaterländer“ – hier muß ich Ihnen widersprechen, Herr Hajnicz – konzeptionelle Grundlagen für spätere polnische West- und Ostpolitik gelegt. Denn ich glaube, durch die Art und Weise, wie Lipski damals das Verhältnis der Polen zu ihren Nachbarn enttabuisiert hat, wurde in dieser Zeit – es war die Zeit des Kriegsrechts – eine Grundlage für die spätere polnische Außenpolitik sowohl nach Westen, gegenüber Deutschland, als auch gegenüber den östlichen Nachbarn gelegt.

Wir haben heute sowohl von unseren polnischen als auch von unseren tschechischen Gästen zur deutschlandpolitischen Perspektive vieles in beeindruckender Klarheit und Offenheit gehört. Wir haben heute ein paarmal anklängen lassen, was wir an politischen Konsequenzen aus unserer Enquete-

Kommissions-Arbeit zu ziehen haben. Ich glaube, wir übernehmen uns als Enquete-Kommission nicht, wenn wir aus einer solchen Anhörung wie der heutigen die Konsequenz ziehen, daß Deutschland seine federführende Rolle in der europäischen und westlichen Politik noch klarer spielen muß, um unseren mitteleuropäischen Nachbarn, den Reformstaaten, eine echte Perspektive wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Integration in Europa zu geben (Vereinzelte Beifall). Ich glaube, das ist etwas, was wir als Enquete-Kommission nach einer solchen Anhörung für die Öffentlichkeit deutlich formulieren müssen.

Ich möchte noch eine zweite Konsequenz aus der heutigen Anhörung jedenfalls für mich ziehen. Ich möchte uns alle ermuntern und ermutigen, darüber nachzudenken, was wir von Herrn Wilke im Hinblick auf die Rolle der SED-Diktatur bei einer möglichen Intervention in Polen gehört haben. Das muß weiter vertiefend untersucht werden. Ich bin auch der Meinung, daß der Frage nachgegangen werden muß, ob das nicht auch eine strafrechtliche Relevanz für die heute noch lebenden Mitglieder des Verteidigungsrats der DDR haben muß. Das ist eine Frage, die man nicht überstürzen darf. Aber man muß ihr zumindest nachgehen.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Da ich jetzt leider zum Flugzeug muß, möchte ich auf die Wortmeldung verzichten. Ich will aber nicht versäumen, unseren beiden polnischen Gästen gegenüber meinen hohen und höchsten Respekt dafür zum Ausdruck zu bringen, was sie in den vergangenen zwanzig Jahren geleistet haben. Danke schön. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Diesem Dank schließen wir uns an. Wir schließen nun mit einer Runde am Posium in der umgekehrten Reihenfolge. Nachdem Timothy Garton Ash schon geredet und uns verlassen hat, ist nun Ludwig Mehlhorn an der Reihe.

Ludwig Mehlhorn: Ich will mich auf ein paar ganz kurze Bemerkungen beschränken. Natürlich gibt es einen ganz breiten Themenkatalog in den deutsch-polnischen Beziehungen, Herr Koschyk, der heute nicht Gegenstand der Diskussion sein konnte. Es ging hier nur um Solidarnosc und die Folgen, also um einen Ausschnitt daraus. Eine Bemerkung kann ich mir jetzt nicht verkneifen. Ich weiß nicht, wie die beiden polnischen Kollegen darüber denken. Sie sprachen zum Schluß davon, die polnische Opposition sei für die deutsche Einheit gewesen. In dieser Pauschalität trifft das natürlich nicht zu. Vielmehr ist die Frage offengehalten worden. Es ist gesagt worden: Das ist Sache der Deutschen. Man konnte, ohne daß man sich irgendeinem Nationalismusverdacht aussetzte, mit polnischen Gesprächspartnern unbefangen darüber sprechen. Ich will dafür plädieren, nicht in der umgekehrten Richtung im nachhinein zu vereinfachen.

Dann bin ich noch zu dem ganzen Komplex der antipolnischen Ressentiments angesprochen worden, die von der SED bewußt mobilisiert worden sind. Ich glaube auf jeden Fall, daß sie toleriert und in Kauf genommen worden

sind. Dann ist aber auch der Bodensatz von Gefühlen und Empfindungen gegenüber Polen bewußt ausgenutzt worden. Wie gesagt: Vielleicht ist das nicht immer auf den ersten Zeitungsseiten oder im Fernsehen zum Ausdruck gebracht worden. Aber gerade in internen Schulungen, in den Betrieben, in Anleitungen – wie es immer hieß – für die Parteisekretäre, für die Multiplikatoren dieser Agitationsarbeit ist das sehr wohl gemacht worden, wie ich weiß. Die schlimmste Demagogie dieser Propaganda ist mit Sicherheit während des I. Solidarnosc-Kongresses erreicht worden, als dieser Kongreß einen Appell an die Arbeiter in den anderen osteuropäischen Ländern verabschiedet hatte. Darauf hat die SED reagiert, Walesa würde in Danzig so etwas wie SA-Bataillone unterhalten. Das war eine Demagogie, wie sie nicht mehr überboten werden kann. Ich denke, es gibt hier für die Verantwortlichen keine mildernden Umstände.

Wie hat damals die Bevölkerung reagiert? Rainer Eppelmann, die einzelnen Leute haben natürlich unterschiedlich reagiert. Es gab ein Gemisch aus Ängsten, daß es in der DDR schlechter wird, weil Versorgungsengpässe in Polen auch bei uns Löcher reißen. Man kann das in den Stasi-Dokumenten nachlesen. Wenn irgendwo Medikamente oder etwas anderes knapp wurde, wurde sofort argumentiert: Das haben sie wieder nach Polen geschickt. Politische Ängste kamen dazu: Die deutsch-deutsche Entspannung geht kaputt. Das, was die SPD im Westen befürchtet hat, war zu einem guten Teil auch das Befürchten der Leute in der DDR.

Was von diesen Vorurteilen ist heute noch da? Das, was wirtschaftlicher Natur war, was durch die wirtschaftliche Situation bedingt war, ist natürlich sofort verschwunden. Man sieht das heute an der deutsch-polnischen Grenze. Niemand sagt mehr: Die Polen kaufen unsere Kaufhäuser leer. Das ist ein Argument, das nicht mehr zieht. Umgekehrt wird nicht so darauf reagiert, weil in Polen inzwischen auch eine marktwirtschaftliche Situation herrscht und nicht mehr die künstlich verknappte Wirtschaft dafür verantwortlich ist, daß Ressentiments zwischen Nationen aufgebaut werden können.

Ich denke, daß sich inzwischen die Vorurteilsstruktur bei Deutschen gegenüber Polen zwischen Ost- und Westdeutschen nicht mehr allzu sehr unterscheidet. Die schlimmste längerfristige Folge dieser Propaganda ist vielleicht, daß die SED dafür gesorgt hat, daß in den 80er Jahren positiv nichts geschehen konnte. Die Generation der damals 20jährigen ist ins politische Leben getreten, die nicht wie wir in den 70er Jahren noch die Chance hatten, authentische Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Diese Möglichkeit ist dieser Generation zehn Jahre lang geraubt worden. Das ist doch ein ziemlich langer Zeitraum. Durch die harte Propagandasprache in den sensiblen deutsch-polnischen Beziehungen ist, so glaube ich, die Sprache für Verständigung beeinträchtigt und zerstört, jedenfalls nicht gepflegt worden. Auf dieser Ebene würde ich die längerfristigen Folgen sehen.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Als nächsten möchte ich Herrn Dr. Hajnicz bitten.

Dr. Artur Hajnicz: Vor allem möchte ich auf ein paar Fragen von Prof. Jacobsen antworten. Gab es einen Gegensatz zwischen der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der offenen deutschen Frage? Ja, natürlich, es gab ein Junktim, ein umgekehrtes Junktim. Sowohl in der Politik des Ostblocks bestand ein Junktim, nämlich daß die Grenze an die Teilung Deutschlands gebunden sei, und der deutsche Rechtsstandpunkt barg auch dieses Junktim, aber umgekehrt. Natürlich behandelten wir in den Gesprächen damals diese Frage, und Mertes sagte: So geht es nicht, denn wir halten an unserem Rechtsstandpunkt fest. Ich habe ihm geantwortet: Aber das bedeutet, daß ihr heutzutage keine Ostpolitik habt. Die Regierung von Kohl hat keine eigene, originelle reale Ostpolitik. Er antwortete: Ja, damit bin ich einverstanden. Es war klar, daß man versuchen mußte, von dem von beiden Seiten gestützten Junktim abzugehen. Die Geschichte hat gezeigt, es mußte gebrochen werden, man mußte diese Verbindung zerteilen.

Die zweite Frage betrifft die Offenheit der deutschen Frage und die innerpolnischen Schwierigkeiten damit, die Skepsis in Polen zur deutschen Frage. Natürlich ließen sich die Eliten der Solidarnosc auf ein großes Wagnis ein, wenn sie in den Diskussionsgremien alle Konsequenzen der neuen Lage zogen, denn man hatte es mit den Folgen einer gelungenen Propaganda zu tun. Aber es mußte sein, weil man ein neues Konzept brauchte. Deswegen hat man versucht, diese Dinge sowohl in der Untergrundpresse als auch im Ausland, in Deutschland, zu veröffentlichen. Wir haben darüber in Deutschland sehr viel veröffentlicht, vor allem aber in der Untergrundpresse. Die Kirche war darauf nicht vorbereitet. Kazimierz Diewanoski hat versucht, das Thema in die Diskussion zu bringen, und es kam zu Schwierigkeiten und weiteren Diskussionen.

Drittens, Entartung oder Einseitigkeit. Das Urteil ist abhängig davon, aus welcher Sicht man die Sache anschaut. Die Entspannungspolitik verfolgte doch ein zweiseitiges Interesse, sie sollte auch den Ostblock stärken. Sie stärkte den Ostblock in einer neuen Situation, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ganz deutlich sichtbar wurden. In dem Moment, als die inneren Kräfte gegen das System hervortraten, war sie aus der Sicht der Opposition eine Entartung, da sie eine Unterstützung der fallenden Systeme bedeutete.

Und noch eine Frage, das letzte, was ich sagen möchte zu Gert Weisskirchen. Die Frage: Was wird, wenn Blut fließt? Das war eine wirklich wichtige Frage für Solidarnosc. Man muß hier sehr klar sagen, es ist nicht wahr, daß der Kriegszustand – das Verhängen des Kriegszustandes – eine völlige Überraschung war. Das kann man als Märchen ansehen. Solidarnosc hatte viel zu viele Verbindungen, war eine zu große Macht, als daß man solche Vorbereitungen nicht gesehen und keine Informationen von der anderen Seite

bekommen hätte. Ich habe selber so einen Moment erlebt. Ich habe zehn Tage vor dem Verhängen des Kriegszustandes konkrete Informationen bekommen, ganz konkrete Informationen, und wir haben nachts eine Versammlung in der Redaktion der Wochenzeitung mit Teilnahme von Mazowiecki, von Janek Strzelecki und vielen mehr gehabt. Wir waren ca. zehn Leute. Wir hatten Fakten, und Mazowiecki sagte: Was sollen wir mit den Fakten tun? Wenn wir heute alles offen sagen, daß solche Vorbereitungen im Gange sind, so entsteht ein Streik. Wir sind verantwortlich, daß das Verhängnis – das Kriegsrecht als Antwort auf unsere Aktion – nicht eintritt, denn wir könnten in dieser Lage ein Blutbad nicht verhindern. Eines der Ziele von Solidarnosc war, auch mit Hilfe von taktischen Überlegungen – Was wird geschehen, wenn sie es machen? – es nicht zu Blutvergießen kommen zu lassen. Mazowiecki sagte damals: Das heißt, daß wir, die wir hier sitzen, das vielleicht nicht überleben werden. Aber das heißt, es beginnt ein neues Spiel. Die Karten sind heute in der Hand von Jaruzelski, er muß entscheiden, was für ein Spiel er macht, und dann beginnen wir wieder von neuem. Aber wir müssen in jedem Moment darauf achten, daß es nicht zu einem neuen Warschauer Aufstand kommt. Das war eine sehr präzise Taktik. Das ist alles, danke.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Haben Sie ganz herzlichen Dank. Herr Botschafter Wiczorek.

Wojcieck Wiczorek: Herr Hajnicz hat fast alle Fragen beantwortet. Ich werde versuchen, noch etwas diese Probleme zu ergänzen. Erstens, natürlich gab es Unterschiede zwischen den verschiedenen Ostblockstaaten hinsichtlich der Stufen politische Reife der oppositionellen Tätigkeit, und deswegen können dieselben Probleme von verschiedenen Orten anders beurteilt werden. Aber mir scheint, das gilt auch für die westlichen Politiker, die auch von ihrer eigenen Sicht aus die Entwicklungen in den Ostblockstaaten beurteilten. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes in Ostblockstaaten hier im Westen unterschätzt wurde – warum, das ist eine Frage an Sie, an die deutschen und an die westlichen Politiker. Weswegen waren die Reaktionen auf die Verhängung des Kriegsrechts nicht eindeutig? Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich mit einem amerikanischen Gelehrten geführt habe. Ich habe ihn gefragt, wie die Amerikaner den großen Wandel in Osteuropa und in der Sowjetunion beurteilen. Er hat geantwortet: Naja, mit gemischten Gefühlen. Eine berechenbare Welt existiert nicht mehr, wir wissen nicht, wie es weitergehen wird. Es gibt eine Sehnsucht nach einer berechenbaren Welt, die zur Zeit der sogenannten friedlichen Koexistenz vorhanden war, vielleicht auch eine Angst vor Risiken. Und doch scheint mir, in der Politik muß man in den wichtigeren Momenten auch ein bißchen riskieren.

Noch zur offenen deutschen Frage. Ich möchte nur sagen, mir scheint, es gab unterschiedliche Meinungen einerseits auf der Ebene der politischen Elite und

andererseits auf der Ebene der Bevölkerung. In den ersten Stunden der neuen nichtkommunistischen Regierung im Jahre 1989, als wir noch die einzigen waren, die den Kommunismus gestürzt hatten, saß uns Sowjetrußland im Nacken, obgleich unter Gorbatschow der erste hohe sowjetische Politiker, der den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Mazowiecki besuchte, eine sehr wichtige Persönlichkeit war, Herr Krjutschkow, Chef des KGB. Darüber hinaus hatten wir ein zwar unterminiertes, dennoch hartes Regime in der DDR und in der Tschechoslowakei. Wichtig war demnach vor allem, einen – wenn man so sagen darf – physischen Kontakt mit den westlichen Ländern zu bekommen. Dieser Beweggrund belegt zusätzlich, daß wir für die Vereinigung Deutschlands waren. Aber die Gründe, die Sie erwähnt haben, waren natürlich auch richtig. Dagegen sahen und sehen unter der Bevölkerung die Dinge bis heute ein bißchen anders aus. Ich beobachte die Ergebnisse eines demoskopischen Instituts in Polen, das die Einstellung der Polen gegenüber Deutschland und den Deutschen untersucht. Die Einschätzung der deutschen Politik geht so „zickzack“, mit Zicken und Zacken, d. h. sie ist abhängig von den Ereignissen. Wenn wir Verträge schließen, geht diese Linie nach oben, wenn wir in den Zeitungen lesen, daß polnische Touristen geschlagen werden, geht die Linie nach unten. Nichtsdestoweniger, das habe ich innerhalb drei Jahren bemerkt, gibt es einen klaren Trend, der nach oben geht, also ein wachsendes Vertrauen zu Deutschland und zu den Deutschen. Aber dennoch, eines meiner persönlichen Gebote in den deutsch-polnischen Kontakten ist, sich nicht enttäuschen zu lassen, besonders dort, wo Probleme und Konflikte auftauchen. Das ist sehr wichtig. Ohne Konflikte wird dieser nicht leichte Prozeß nicht ablaufen.

Aufarbeitung der eigenen Geschichte, wonach Herr Eppelmann gefragt hat. Ich glaube, wir müssen unterscheiden zwischen einerseits Aufarbeitung der Geschichte, andererseits Abrechnung mit dem Kommunismus. Das sind ein bißchen unterschiedliche Dinge meiner Meinung nach. Wenn es um die Aufarbeitung der Geschichte geht, bin ich der Meinung, daß es dazu noch zu früh ist. Besonders deswegen, weil Aufarbeitung in den letzten drei Jahren sehr oft in den politischen Machtkämpfen zwischen den Parteien ganz einfach ausgenutzt wird. Dazu ist es noch zu früh. Nichtsdestoweniger bin ich der Meinung, daß insbesondere die Verbrechen, die von den kommunistischen Prominenten begangen wurden, ganz einfach bestraft werden müssen. Die Leute sollen vor Gericht gestellt und bestraft werden. Danke.

Dr. Artur Hajnicz: Die Deutschen haben keine Geschichte, weil sie in dieser Zeit ohne Geschichte sein wollten. Und die Polen haben wenigstens zwei Geschichten, und beide sind falsch. Also das ist noch zu früh, wirklich. Aber das ist richtig, man soll wenigstens Dokumente festhalten und Fakten registrieren, damit man für später das nicht verliert, was heute erfaßbar ist.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich möchte mich ganz herzlich

bedanken. Wir sind am Ende unseres Tages angekommen. Ein paar Bemerkungen möchte ich zum Schluß noch machen. Wir haben zuletzt über die deutsch-polnischen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte gesprochen, in analoger Weise zu den Verhältnissen zur Tschechoslowakei. Eines ist in bezug auf die deutsch-polnischen Beziehungen besonders gewesen, das ist die Frage der Grenze. Dies hat hier im Gespräch keine Rolle gespielt, aber ich denke, es wäre wichtig, dies hier noch einmal in einer besonderen Weise zu betonen, daß das Bestehen auf der Grenze, die nach 1945 entstanden ist, und das Bestätigen dieser Grenze eine Frage der Zukunftsfähigkeit der Nachbarschaft beider Völker und Länder war und auch eine Frage, wie man mit dieser schuldhaften Geschichte umgeht. Daß dies sehr lange gedauert hat – im Westen Deutschlands meines Erachtens zu lange –, aber nun doch glücklicherweise im Rahmen der Vereinigung geschafft worden ist, möchte ich immerhin doch noch als ein wichtiges Thema der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte erwähnt haben.

Ein zweites ist das Erwähnen einer Person. Es sind mehrere Personen, die in der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte eine Rolle gespielt haben, hier schon angesprochen worden. Ich möchte einen hinzufügen, der zu Anfang dieses Jahres gestorben ist und der als internationaler Sekretär des DGB gegen viel Widerstand sehr viel für Solidarnosc und für Polen getan hat, Erwin Kristoffersen. Ich glaube, nicht nur in meinem Namen, sondern, wie ich von meinen Nachbarn höre, auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich seiner mit Dank gedenke.

In der Frage – und das ist das Dritte – nationale Einheit und Demokratie ist die These vertreten worden, für die ja manches spricht, daß die Gestaltung von Demokratie in der DDR nur möglich war mit der nationalen Einheit. Ich möchte dies aber auch noch einmal umdrehen. Ich denke, daß die selbst eroberte Demokratie in der DDR erst wirklich die Einheit möglich gemacht hat. Nur dadurch, daß Demokratie selbst erkämpft worden ist, war die Einheit als politisch gestaltete – wenn auch, wie manche sagen würden, schlecht gestaltete – möglich. Das sollte auch noch einmal sehr deutlich betont werden. Wir in der DDR haben die Demokratie selbst erkämpft, haben sie dann nicht selbst gestaltet, sondern ein durchaus bewährtes, aber durchaus auch weiterhin verbesserungsfähiges Modell von Demokratie übernommen.

Polen hat die Demokratie selbst erkämpft und ist dabei, sie zu gestalten, mit allen Schwierigkeiten. Wir wünschen Polen auf diesem Weg viel Glück und sollten einiges mehr vielleicht noch, als bisher getan wird, dafür tun. Damit bin ich bei dem letzten, was Herr Koschyk schon angesprochen hat, d. h. die Integration, die Ermöglichung der von Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn und anderen gewünschten Integration in den Westen. In den Westen heißt, in die westlichen Institutionen, die Stabilität und Wohlstand ermöglicht haben. Hier ist – denke ich – noch mehr möglich und

mehr nötig, als bisher getan wird. Es ist nötig, einen Zeitplan, einen Fahrplan und einen Zeitpunkt für eine mögliche EG-Mitgliedschaft festzusetzen, und dafür sollten wir uns einsetzen. – Ich danke Ihnen und übergebe das Wort an den Vorsitzenden der Kommission.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe bloß noch zwei Dinge zu sagen. Einmal ein Wort des Dankes an die Tschechen, die Slowaken und die Polen, daß sie hier gewesen sind und uns dabei geholfen haben, über unsere Geschichte nachzudenken. Auf dem Hintergrund deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert mit unseren Nachbarn ist das nicht selbstverständlich, daß Nachbarn zu uns kommen und – so habe ich das jedenfalls erlebt – freundschaftlich mit uns darüber nachdenken, wie unsere gemeinsame Geschichte gewesen ist. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank. Das ist für mich das Hoffnungsvollste an diesem heutigen Tag, daß wir da offensichtlich gemeinsam auf einem guten neuen Weg sind. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Das Zweite ist, ich ziehe nicht nur als freudig bewegter Mensch von hinnen, sondern auch als ein betroffener, weil ich feststelle, daß etwas passieren konnte, was ich nicht für möglich gehalten habe. Daß nach diesem schrecklichen Zweiten Weltkrieg es offensichtlich schon wieder Politik in deutschem Namen gegeben hat, wo man sich vorgestellt hat, vorstellen konnte, daß wir mit Waffengewalt dabei behilflich sind, andere zu unterdrücken, das hat für mich ein Stück – muß ich Ihnen ehrlich sagen – mein Denken verändert. Ich weiß noch nicht, was das für mich bedeutet.

Ende der Sitzung 16.58 Uhr